

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

125. Sitzung

Hannover, den 12. September 2007

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde 14864

a) **Debakel der Landesregierung beim JadeWeserPort - Missmanagement wird zum Markenzeichen des Wirtschaftsministers** - Antrag der Fraktion Bünd-nis 90/Die Grünen - Drs. 15/4046 ... 14864

und

b) **Land unter beim JadeWeserPort - Wulff versenkt größtes Infrastrukturprojekt des Landes**
- Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/4049 14864
Stefan Wenzel (GRÜNE) 14864, 14866, 14872
Wolfgang Jüttner (SPD) 14866
Dr. Philipp Rösler (FDP) 14867
Hermann Dinkla (CDU) 14868, 14870
Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 14870, 14872

c) **Nach "Müntes" Wende: Jetzt die Chance auf ein modernes Zuwanderungsrecht für Fachkräfte nutzen** - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 15/4051 14873
Jörg Bode (FDP) 14873
Klaus-Peter Bachmann (SPD) 14875
Enno Hagenah (GRÜNE) 14876
Heinz Rolfes (CDU) 14877
Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport 14878, 14880

d) **Neues Schuljahr hat begonnen - das Beste für unsere Kinder!** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/ 4052 14880
Karl-Heinz Klare (CDU) 14880, 14882
Ingrid Eckel (SPD) 14882, 14883

Ursula Helmhold (GRÜNE) 14884
Hans-Werner Schwarz (FDP) 14885, 14886
Bernhard Busemann, Kultusminister... 14887, 14888

Tagesordnungspunkt 2:

47. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 15/4035 - hier: Eingaben, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen 14889
Beschluss 14889

Tagesordnungspunkt 3:

Einzige (abschließende) Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in Niedersachsen - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/3595 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 15/4043 - Schriftlicher Bericht - Drs. 15/4054 14889
Johann-Heinrich Ahlers (CDU) 14889
Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE) 14891
Heiner Bartling (SPD) 14892, 14893
Hans-Christian Biallas (CDU) 14894
Jörg Bode (FDP) 14894
Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport 14895, 14896
Beschluss 14897
(Direkt überwiesen am 05.03.2007)

Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008 - HG 2008 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/4000 14898

und

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/4025 14898
Hartmut Möllring, Finanzminister 14898
Wolfgang Jüttner (SPD) 14903, 14904, 14905
David McAllister (CDU) 14910, 14912
Stefan Wenzel (GRÜNE) 14918
Dr. Philipp Rösler (FDP) 14922
Ausschussüberweisung 14924

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

Gleichbehandlung für Frauen auch im niedersächsischen Strafvollzug gewährleisten! - Teil II - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/2723 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 15/4044 14925
Beschluss 14925
(Erste Beratung: 86. Sitzung am 23.03.2006)

Tagesordnungspunkt 7:

Besprechung:

Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien in den Kindertagesstätten und Schulen in Niedersachsen - Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/3853 - Antwort der Landesregierung - Drs. 15/4017 14925
Ina Korter (GRÜNE) 14925, 14934, 14939
Bernhard Busemann, Kultusminister .. 14927, 14929
Claus Peter Poppe (SPD) 14931, 14935
Hans-Werner Schwarz (FDP) .. 14933, 14934, 14935
Joachim Albrecht (CDU) 14936

Tagesordnungspunkt 8:

Stärkung der Unabhängigkeit in der Justiz - Richterwahlausschüsse einrichten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4013 14939
Ausschussüberweisung 14939

Vom Präsidium:

Präsident	Jürgen Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Ulrich Biel (SPD)
Vizepräsidentin	Ulrike Kuhlo (FDP)
Vizepräsidentin	Silva Seeler (SPD)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Georgia Langhans (GRÜNE)
Schriftführer	Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin	Christina Philipps (CDU)
Schriftführer	Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin	Isolde Saalman (SPD)
Schriftführerin	Bernadette Schuster-Barkau (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin	Anneliese Zachow (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU)	Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Uwe Schünemann (CDU)	Staatssekretär Wolfgang Meyerding, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU)	Staatssekretärin Cora Hermenau, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Mechthild Ross-Luttmann (CDU)	Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kultusminister Bernhard Busemann (CDU)	Staatssekretär Hartmut Saager, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Walter Hirche (FDP)	Staatssekretär Joachim Werren, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Hans-Heinrich Ehlen (CDU)	Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke, Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann	
Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann (CDU)	
Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP)	Staatssekretär Dr. Christian Eberl, Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn der Sitzung: 10.43 Uhr.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 125. Sitzung im 44. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode.

Ich bitte Sie jetzt, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 15. Juli 2007 verstarb der ehemalige Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages Dr. Konrad Schneller im Alter von 70 Jahren. Herr Dr. Schneller gehörte dem Niedersächsischen Landtag von 1982 bis 1990 als CDU-Abgeordneter an. Während dieser Zeit war er im Ausschuss für Bau- und Wohnungswesen, im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, im 10. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss und im Geschäftsordnungsausschuss tätig.

Am 20. Juli 2007 verstarb der ehemalige Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages Herr Dr. Diedrich Hinrichs im Alter von 85 Jahren. Herr Dr. Diedrich Hinrichs gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der SPD-Fraktion von 1970 bis 1978 an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen sowie im Kultusausschuss, den er von 1972 bis 1974 als Vorsitzender leitete.

Am 30. Juli verstarb der ehemalige Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages Wilhelm Brunkhorst im Alter von 71 Jahren. Herr Brunkhorst gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der CDU-Fraktion von 1970 bis 1994 an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen, im Ausschuss für Medienfragen, im Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs, im Ausschuss für Umweltfragen, im Geschäftsordnungsausschuss, im Ältestenrat und im Präsidium. Herr Brunkhorst wurde mit dem Großen Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens und mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Wir werden die drei Kollegen in guter Erinnerung behalten. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich darf schon jetzt die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen.

Gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen zur Tagesordnung.

Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor.

Der Innenminister hat angekündigt, eine Regierungserklärung abzugeben. Ich halte Sie damit einverstanden, diesen Tagesordnungspunkt am Donnerstag vor den Dringlichen Anfragen zu behandeln.

(Unruhe)

- Wenn Sie sich auf das, was ich jetzt sagen möchte, konzentrieren könnten, würde es mir sicherlich etwas leichter fallen, den ohnehin schwierigen Ablauf darzustellen.

Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer, sich schon jetzt Gedanken über die Gestaltung der Tagesordnung für den Donnerstagvormittag zu machen, zumal ja der Bericht des 19. PUA nach Überlegungen im Ältestenrat in jedem Fall am Donnerstagvormittag besprochen werden soll. Wenn wir die Tagesordnung unverändert lassen, bedeutet dies, dass wir - wie Sie der Tagesordnung mit der Übersicht über die Redezeiten entnehmen können - morgen ohne Mittagspause durchtagten müssten. Ich bitte Sie also, untereinander Kontakt aufzunehmen und dem Präsidenten mitzuteilen, wie Sie verblieben sind.

Für die Aktuelle Stunde liegen vier Beratungsgegenstände vor.

Ferner liegen zwei Dringliche Anfragen vor, die - zumindest nach dem derzeitigen Stand der Planungen - morgen im Anschluss an die Regierungserklärung beantwortet werden sollen.

Auf der Basis der im Ältestenrat für die Beratung einzelner Punkte gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbarten Redezeiten und des gleichfalls im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssels haben die Fraktionen die ihnen jeweils zustehenden Zeitkontingente so verteilt, wie Sie das aus der Ihnen vorgelegten Übersicht ersehen können.

Ich gehe davon aus, dass die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt wird. - Das ist so beschlossen.

Die heutige Sitzung soll gegen 19.15 Uhr enden.

Ich möchte Sie noch kurz auf drei Veranstaltungen hinweisen:

In der Portikushalle ist die von der Kunstschule im Packhaus in Brake konzipierte Ausstellung „Das Auge hinter der Kamera“ und im Eingangsbereich und in den Räumen der Bibliothek ist die von der Bibliothek des Niedersächsischen Landtags konzipierte Ausstellung „60 Jahre Niedersächsischer Landtag - 60 Jahre Landtagsbibliothek - von Anfang an dabei“ zu sehen.

In der Portikushalle wird Ihnen zu Beginn der Mittagspause der Shanty-Chor „Beckedorfer Schifferknoten“ eine kurze musikalische Darbietung vortragen, an der Sie, wenn Sie Zeit haben, bitte teilnehmen möchten.

Ich empfehle diese Veranstaltungen Ihrer Aufmerksamkeit.

Besonders möchte ich noch darauf hinweisen, dass am 28. September 2007 hier im Hause der zweite „Tag der Landesgeschichte“ stattfindet. Wenn Sie noch nicht im Besitz eines Programmes sein sollten, melden Sie sich bitte. Sie können bei uns ein Programm erhalten. Ich lade Sie also sehr herzlich ein. Der erste „Tag der Landesgeschichte“ war ja mit mehr als 10 000 Besuchern außerordentlich erfolgreich.

Im Rahmen der Initiative „Schulen in Niedersachsen online“ werden in den kommenden drei Tagen Schülerinnen und Schüler der Realschule aus Nordenham mit einer Onlineredaktion live aus dem Landtag berichten. Als Pate wird der Abgeordnete Björn Thümler erster Ansprechpartner der Nachwuchsjournalisten sein.

Des Weiteren werden im Rahmen des von der Multimedia-Berufsbildende Schule initiierten Modellprojekts „Landtagsfernsehen“ wieder Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten der Humboldt-Schule Seelze Sendungen erstellen. Die einzelnen Sendungen stehen ab sofort unmittelbar nach ihrer Produktion im Internet auf der Homepage der Multi-Media Berufsbildende Schule - www.mmbbs.de - zum Abruf bereit und sollen auch über den Regionalsender h1 gesendet werden.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst - bis spätestens morgen Mittag 12.00 Uhr - wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Isolde Saalmann:

Es haben sich für heute entschuldigt von der Fraktion der CDU Frau Klopp, Herr Dr. Brockstedt und Herr Eppers und von der Fraktion der SPD Frau Krämer, Herr Wolfkühler und für heute Vormittag Herr Horn.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir treten dann unmittelbar in die Beratungen ein. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde

Die ersten beiden Punkte werden vereinbarungsgemäß zusammen beraten:

a) **Debakel der Landesregierung beim JadeWeserPort - Missmanagement wird zum Markenzeichen des Wirtschaftsministers** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4046

und

b) **Land unter beim JadeWeserPort - Wulff versenkt größtes Infrastrukturprojekt des Landes** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/4049

Herr Kollege Wenzel, zunächst haben Sie das Wort. Bitte schön!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, was wir in den letzten Wochen um den JadeWeserPort erleben konnten, waren höchst merkwürdige Vorgänge. Auch Ihre Staatskanzlei hat wohl in letzter Zeit den Überblick verloren. Wie anders konnte es sein, dass Ihnen ein Sprechzettel mit vier peinlichen Varianten zum Ausgang des Gerichtsverfahrens vorlag, aber die schlimmste Variante, die dann

eingetreten ist, nicht dabei war? Mit Vielem haben Sie gerechnet, aber nicht damit, dass das Gericht feststellt, dass das Angebot von Hochtief nachträglich verändert wurde und deshalb ausgeschlossen werden musste. Sie wollten der Firma Bunte sogar noch Schadenersatzklagen an den Hals hängen.

Minister Hirche konnte gestern in der Sondersitzung der beiden zuständigen Ausschüsse die entscheidenden Fragen nicht klären, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

- Ich will sie Ihnen nennen, Herr Rolfes. Wenn er sie beantworten kann, Herr Rolfes, dann kann er das hier heute an diesem Ort tun.

Welche Durchstechereien hat es gegeben? Warum hat Vergabeteam 1 das Angebot von Hochtief ursprünglich ausgeschlossen? Was ist der wahre Grund für die Entlassung des Chefplaners? Seit drei Monaten haben Sie den Kündigungsgrund nicht genannt; auch gestern wurde die Nennung verweigert. Warum wurde das Vergabeteam völlig neu besetzt? Warum kam das neue Team in 14 Tagen zu einer 180-Grad-Kehrtwendung? Warum wurden frühzeitig Informationen aus vertraulichen Akten an Wettbewerber weitergegeben? Warum ignorierte man die Ausschlussgründe bei Hochtief? Warum akzeptierte man eine nachträgliche Änderung des Angebots? Gab es Koppelgeschäfte mit Hochtief bei CT 4 und dem JadeWeserPort? Wie hoch sind die Mehrkosten durch Verfall der EU-Mittel? Wie hoch sind die Mehrkosten durch die Steigerung der Stahlpreise? Wie hoch sind die Mehrkosten - vermutlich 30 bis 40 Millionen Euro - durch die Beschleunigung der Bauzeit?

Herr Hirche hat gestern personelle Konsequenzen nicht ausgeschlossen. Nur, was heißt das? Beim Transrapid hat man jetzt den zuständigen Referenten versetzt. Warum hat man denn nicht den Hausmeister genommen, Herr Hirche?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Heinz Rolfes [CDU]: Das ist billige Polemik!)

Herr Hirche, soll es jetzt wieder ein Bauernopfer geben, oder ist gar der juristische Berater schuld, den Sie uns gestern präsentiert haben? Herr Wulff, so kann es nicht weitergehen.

(Zuruf von der SPD: Der Oberberater!)

Die FDP hat gestern im Ausschuss einen Zeugen präsentiert. Die Anhörung weiterer Zeugen und Sachverständiger haben Sie gestern verweigert. Auch die Bitte an den Landesrechnungshof, einen Sonderermittler einzusetzen, haben Sie gestern zurückgewiesen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Unerhört!)

Die FDP, Herr Bode, tat dies mit großer Vehemenz. Die CDU war eher so zu verstehen, dass sie für Vertagung plädierte. Da sind wir noch gespannt, was heute kommt. Der Landesrechnungshof hat signalisiert, dass er über einen Wunsch der vier Fraktionen gründlich beraten würde.

Es gibt Beispiele für einen solchen Sonderermittler. Die Affären von Ministerin Griefahn und MP Glogowski sind Anlass für ein ähnliches Verfahren gewesen. Seinerzeit, Herr Wulff, hatten Sie sogar eine Beurlaubung von Frau Griefahn gefordert. Jetzt liegt es bei Ihnen, Herr Wulff! Wollen Sie diese Affäre aufklären, dann kann ich Ihnen nur raten, unsere Vorschläge aufzugreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir haben bislang keinen Untersuchungsausschuss vorgeschlagen, obwohl Sie schon weit geringere Anlässe zum Grund für einen solchen Schritt genommen haben. Aber wir lassen uns in dieser Frage auch nicht an der Nase herumführen. Was im MW passiert ist, ist ein Debakel für Ihre Regierung, und Missmanagement ist das Markenzeichen Ihres Wirtschaftsministers.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Jetzt, Herr Wulff, ist es an Ihnen, diesen Saustall auszumisten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege, ich erteile Ihnen erstens einen Ordnungsruf und weise Sie zweitens darauf hin, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Ich komme zum letzten Satz. - Wir haben Ihnen gestern zwei Vorschläge vorgelegt, nämlich die Anhörung weiterer Zeugen und Sachverständiger und die Einsetzung eines Sonderermittlers. Das ist der Vorschlag, der auf dem Tisch liegt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat jetzt Herr Kollege Jüttner. Bitte schön!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der JadeWeserPort war unser Projekt. Er ist unser Projekt. Wir wollen, dass dieser Hafen schnellstmöglich in Betrieb geht.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN - Jörg Bode [FDP]: Warum merkt man das eigentlich nicht?)

Die Regierung Wulff hat 2003 zugesagt, dieses Projekt konstruktiv weiterzubetreiben. Diese Zusage haben Sie gebrochen, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und zwar an zwei Stellen.

(Zuruf von der CDU: Absurd!)

Umweltminister Sander hat durch Ignoranz von EU-Recht den Zeitplan durcheinandergebracht, und Sie, Herr Hirche, haben eine brutale Intervention in ein laufendes Bieterverfahren zugelassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Unterstellung!)

Bis Ende 2006 war das ein geregeltes Verfahren. Es war klar, wie es ausgehen würde. Der Aufsichtsratsvorsitzende und Staatssekretär Werren schreibt in einer E-Mail an Herrn Hirche einen langen Text zur Beurteilung und kommt dann zu einem Ergebnis; das ist insoweit alles klar. Der Schlusssatz lautet:

„Aufgrund der traditionellen und langjährigen Bindungen von bremenports

und Eurogate zu Hochtief kann es bei der Entscheidungsfindung noch zu Schwierigkeiten kommen.“

(Zuruf von der SPD: Ach was!)

Genau hinhören! - Und was passiert anschließend? Das kann man aus einer Bemerkung von Herrn Professor Erdmann im Haushaltsausschuss rekonstruieren. Er sagt nämlich, da sei massiv interveniert worden. Rechtlich sei diese Intervention nicht maßgeblich, aber wirtschaftlich wichtig. - Meine Damen und Herren, was heißt das konkret? Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft haben mit Beginn dieses Jahres massiv interveniert, um das Ergebnis umzudrehen. Sie haben Druck auf alle Beteiligten ausgeübt. Sie haben eine Nacharbeit bei dem Angebot von Hochtief organisiert, und sie haben neue juristische Betrachtungsweisen anstellen lassen. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts ist nichts anderes als die Wiederherstellung der Sach- und Rechtslage von vor knapp einem Jahr. Das ist zu diesem Zeitpunkt alles bekannt gewesen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Daher ist die Entscheidung des OLG eine Ohrfeige sondergleichen für die Landesregierung, die dies hier zugelassen hat. Herr Hirche, jetzt fangen Sie an umzuinterpretieren, warum der Zeitplan durcheinandergerät, nämlich weil noch Klagen beim OVG vorliegen. Das ist doch albern, das wissen Sie. Bei vergleichbaren Vorgängen ist immer Sofortvollzug angeordnet worden, auch beim Sperrwerk.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Wer war das denn damals?)

- Ja, aber gleichzeitig sind die Vorarbeiten vorangebracht worden.

Sie, Herr Hirche, haben gestern den rechtlichen Saubermann gegeben. In Ihrem nachgeordneten Bereich werden zurzeit Ausschreibungen vorgenommen, obwohl das Genehmigungsverfahren überhaupt noch nicht begonnen hat. Das ist die tatsächliche Praxis. Ich will sie nicht kritisieren; aber Sie müssen aufhören, sich bei diesem Thema so aufzuspielen, wie Sie es gestern gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Vorwürfe sind klar: Durch einen rechtswidrigen Eingriff ins Verfahren gefährden Sie den Zeitplan und die EU-Mitfinanzierung. Herr Hirche, Sie haben es zugelassen, dass Ihr Ministerium einen leitenden Beamten dieses Landes öffentlich diffamiert. Das ist unerhört!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Daraus erwachsen für uns drei politische Forderungen: Erstens. Herr Wulff, setzen Sie einen Projektmanager in der Staatskanzlei ein, damit dieses Projekt endlich vorankommt.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Ich fordere die Landesregierung auf, sich endlich bei Herrn Starke zu entschuldigen. Das ist mehr als überfällig.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Drittens. Bei dieser Auftragsvergabe stinkt es erkennbar zum Himmel. Herr Hirche, leisten Sie einen Beitrag zur politischen Hygiene, und treten Sie zurück!

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Kollege Dr. Rösler.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt der Verteidiger!)

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass die Menschen in Wilhelmshaven von den Grünen nichts zu erwarten haben, war allgemein bekannt. Aber die Sozialdemokraten haben heute ihr wahres Gesicht gezeigt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die SPD ist bereit, das größte Investitionsprojekt unseres Landes, den JadeWeserPort, auf dem Altar ihres armseligen Wahlkampfes zu opfern. Wir halten dies für schäbig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Sie verspielen damit die Zukunftschancen einer ganzen Region.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Man fragt sich natürlich, wie ausgelagert die Sozialdemokraten sein müssen, dass sie hier im Plenum immer wieder versuchen, den JadeWeserPort kaputt zu reden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Wer hat den JadeWeserPort in Misskredit gebracht, Herr Rösler? - Anhaltende Zurufe von der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, bei den vorangegangenen Redebeiträgen ist es relativ ruhig zugegangen. Ich bitte Sie herzlich, die Zwischenrufe zu unterlassen. Sie können sich gern im Rahmen der Geschäftsordnung zu Wort melden. - Bitte schön, Herr Dr. Rösler, Sie haben das Wort.

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Das sind alte Freundschaften, die hier gepflegt werden. - Es ist offensichtlich, dass Sie angesichts Ihrer fehlenden Inhalte und auch - ich sage es einmal nett - Ihrer dünnen Personaldecke und schlechten Umfragewerte mehr als verzweifelt sind.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Können Sie mal zur Sache sprechen, Herr Rösler?)

Das gibt Ihnen aber noch lange nicht das Recht, hier einen schmutzigen Wahlkampf zu starten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Eines ist doch klar: Trotz Ihrer Panikmache, trotz Ihrer dreisten Unterstellungen können wir alle gemeinsam festhalten, dass dem Land überhaupt kein Schaden entstanden ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Durch das Vergabeverfahren gab es nicht eine einzige Sekunde lang eine Verzögerung. Sie wissen, dass wir vor Baubeginn noch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg zum Planfeststellungsbeschluss abwarten müssen. Der einzige Schaden, den wir momentan erkennen

können, ist ein Imageschaden, und zwar insbesondere für Ihre Fraktion, Herr Kollege.

(Lachen bei der SPD)

Aber diesen Schaden haben Sie ganz allein selber zu verantworten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Natürlich dürfen wir davon ausgehen, dass die EU-Fördermittel vollständig verbaut werden können. Dafür braucht man eine vernünftige Förderkulisse. Niedersachsen war das erste Bundesland, das seine Förderkulisse für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 genehmigt bekommen hat. Dies wiederum, Herr Kollege, ist ein Verdienst unseres Wirtschaftsministers Walter Hirche, ein Verdienst seiner vorausschauenden Planung und Vorbereitung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Dadurch entfallen aber die Gelder aus der letzten Periode, Herr Rösler!)

Sie dürfen auch davon ausgehen, dass die unterschiedlichen Fördermittel gegenseitig deckungsfähig gestaltet werden können. Es wird also kein Nachteil in finanzieller Hinsicht auf unser Land zukommen.

Deswegen können wir festhalten: Weder gibt es Zeitverzögerungen, noch wird ein Cent verloren gehen. Daher sind Ihre Anschuldigungen und Vorwürfe ohne jede Substanz, wie im Übrigen die gesamte Politik der SPD in Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Seit 20 Jahren versprechen Sie den Menschen in Wilhelmshaven einen Tiefwasserhafen. Obwohl Sie länger als genug hier in Niedersachsen regiert haben, gab es zu Ihrer Zeit keine konkreten Pläne, geschweige denn eine solide Finanzierung.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: So alt ist der Plan noch gar nicht, Herr Rösler!)

Die Menschen in Wilhelmshaven warten immer noch auf die von Ihnen versprochenen 90 Millionen Euro aus Berlin. Allein deshalb sind Sie die Allerletzten, die sich hier zum JadeWeserPort äußern sollten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das einzige Risiko, das wir für den JadeWeserPort erkennen können, sind Sie, die SPD in Nieder-

sachsen; denn jeder Ihrer konstruierten Vorwürfe, die auf die Landesregierung zielen sollen, trifft in Wahrheit die Menschen und die Wirtschaft vor Ort. Diesen Angriff werden wir gemeinsam nicht zulassen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wie die Menschen vor Ort es wahrnehmen, kann ich Ihnen zitieren. In der *Nordwest-Zeitung* vom 11. September wurden Herrn John Niemann, dem Präsidenten der Hafenwirtschaft in Wilhelmshaven, drei Fragen gestellt.

Frage:

„Was ist Ihr Wunsch an die Politik?“

Antwort:

„Mein herzlicher Wunsch und dringender Appell an die Politiker ist es, den Hafen aus oberflächlichen und absolut unnötigen Politikstreitereien herauszuhalten. Bitte verschont den Hafen vom Wahlkampf!“

Dem, meine Damen und Herren, ist nichts, aber auch gar nichts hinzuzufügen. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Mir wurde mitgeteilt, dass die Redner im hinteren Teil des Saales schlecht zu verstehen sind.

(Bernd Althusmann [CDU]: Weil die von der Opposition so laut sind!)

Wir versuchen, Abhilfe zu schaffen. Der nächste Redner, bei dem wir ausprobieren können, ob das klappt, ist der Kollege Dinkla. Bitte schön!

Hermann Dinkla (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Reden von Herrn Wenzel und Herrn Jüttner ist mir eines noch klarer geworden: Wissen Sie, welche Entscheidung der Opposition heute die klügste gewesen wäre? Beide Anträge zur Aktuellen Stunden zurückzuziehen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In der gestrigen fast dreieinhalbstündigen gemeinsamen Sitzung des Haushalts- und des Wirtschaftsausschusses konnten alle Nachfragen an den Minister, an den Geschäftsführer Herrn Werner und an den renommierten Fachanwalt

(Zuruf von der SPD: Der verloren hat!)

schlüssig beantwortet werden. Von Ankerlösung bis Aufklärungsbedürftigkeit nach § 24 VOB ist vieles angesprochen worden. Alles wurde umfassend dargelegt.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sogar öffentlich!)

Ich fürchte aber, meine Damen und Herren, dass auch weitere Sitzungen den Zustand der politischen Verbohrtheit bei der Opposition nicht beenden können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, Sie sollten den Appell des Präsidenten der Hafengewirtschaft Wilhelmshaven - der Kollege Rösler hat es eben zitiert - wirklich ernst nehmen. Er hat gesagt: Verschont den Hafen bitte vom Wahlkampf. - Bei allem Verständnis dafür, dass Sie verzweifelt nach Themen suchen, mit denen Sie zur Landtagswahl punkten wollen, sage ich Ihnen: Die Menschen in der Region haben dieses politische Gekaspere satt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie wollen keine politisch-verbale Inkontinenz, die nur rückwärtsgewandt ist und völlig außen vor lässt, dass es eigentlich eine gemeinsame Verantwortung aller Fraktionen dafür geben müsste, dass dieses Jahrhundertwerk in Wilhelmshaven baldmöglichst gebaut wird und ein Erfolg wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, in Wilhelmshaven will man Bagger und Spundwände sehen, aber keine nörgeligen und quengeligen Presseerklärungen lesen, in denen alles immer wieder in Frage gestellt und nur schlechte Stimmung verbreitet wird.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Firma Bunte jede Möglichkeit nutzen wird, um die Leistungsfähigkeit dieser niedersächsischen Gruppe unter Beweis zu stellen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Unruhe)

Meine Damen und Herren, im Emsland gilt der Spruch: Geiht nich, giff nich. - Das wird auch hier so umgesetzt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Jüttner, Herr Wenzel, ist es denn die Schuld der Landesregierung, dass das OVG in Lüneburg noch nicht entschieden hat? Hat die Landesregierung Schuld daran, dass es im Planfeststellungsverfahren 2 800 Einwendungen gegeben hat? Die Eilverfahren müssen abgewickelt werden. Vorher kann nicht mit dem Bau begonnen werden. Dies wissen alle Beteiligten. Nur die Opposition erhebt immer wieder den lächerlichen Vorwurf der Zeitverzögerung gegenüber der Landesregierung. Herr Jüttner, womit begründen Sie denn den in Wilhelmshaven erhobenen Vorwurf des eklatanten Nichtstuns der Landesregierung?

(Werner Buß [SPD]: Das stimmt doch!)

SPD und Grüne in Niedersachsen denken nur in Negativkategorien.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die haben wir gestern auch schon gehört: Debakel, Missmanagement, Kaputtmachen, Katastrophe. - Herr Jüttner, Herr Wenzel, wer gar nicht mehr in der Lage ist, positiv zu denken, der kann in Niedersachsen auch keine Wahlen gewinnen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit nichts sind Ihre politischen Rundumschläge substanzvoll zu belegen. Die Opposition, auch speziell Sie, Herr Jüttner, führt die Öffentlichkeit bewusst in die Irre.

Übrigens - auch das sei hier erwähnt -: Dass der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz klagen kann und damit auch der Baubeginn verzögert wird, verdanken wir der SPD und ihrem umweltpolitischen Sprecher Herrn Jüttner: Rot-Grün hat 1993 das Verbandsklagerecht für Umweltverbände im Naturschutzgesetz verankert.

(Werner Buß [SPD]: Alle anderen haben Schuld! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will hier gar nicht über Sinn oder Unsinn dieses Klagerechts diskutieren, sondern nur darauf hin-

weisen, wie scheinheilig manchmal argumentiert wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Paradebeispiel, Herr Jüttner, war doch das Emsperrwerk. Sie haben es eben ja selbst angesprochen. Damals war auch von 40 Millionen Mehrkosten die Rede. Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben Respekt vor dem Rechtsstaat -

(Lachen bei Wolfgang Jüttner [SPD] - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sie anscheinend nicht. Deshalb ist der Vorwurf der Zeitverzögerung gegenüber der Landesregierung völlig daneben.

Es wird auch eine Lösung mit der EU geben - man wird zu vernünftigen Vereinbarungen kommen.

Die Landesregierung hat auch keine Schuld daran, dass es juristische Nachprüfungen gegeben hat. Dies wäre bei allen Varianten der Auftragsvergabe der Fall gewesen. Dies hat gestern auch Herr Dr. Otting ausdrücklich gesagt: Bei Auftragsvolumina dieser Größenordnung steht so etwas immer auf der Tagesordnung. Es geht eben nicht um den kleinen Sportboothafen - um den Begriff „Hundehütte“ nicht noch einmal zu verwenden. Es geht um das größte Infrastrukturprojekt und, meine ich, auch um weitere Milliardeninvestitionen in Wilhelmshaven.

(Glocke des Präsidenten)

Sie als Opposition können ja weiter versuchen, mit dem Projekt JadeWeserPort Ihr politisches Süppchen zu kochen. Aber wenn Sie so weitermachen wie jetzt - das betrifft nicht nur den Fall JadeWeserPort -, dann treten die Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl als politische Allianz der Nörgler und Miesmacher an.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluss!

Hermann Dinkla (CDU):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Der JadeWeserPort hat das nicht verdient.

(Aus der Lautsprecheranlage ertönt ein Pfeifton)

Deshalb wird die Presse am 28. Januar 2008 in Anlehnung an die Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion lauten: Land unter bei der SPD - Wulff versenkt Jüttner. - An diesem Punkt kann man dann endlich sagen: Das überflüssige und absurde Wahlkampfgetöse um den JadeWeserPort hat ein Ende.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Aus der Lautsprecheranlage ertönt ein Pfeifton)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Wenn die Lautsprecheranlage weiter so pfeift wie eben bei dem Kollegen Dinkla, dann haben Sie die Situation verschlimmbessert. Das geht so nicht. Abgesehen davon müsste es ja eigentlich ein Leichtes sein, die Anlage so einzustellen, wie sie üblicherweise gut funktioniert.

Meine Damen und Herren, jetzt hat der Herr Wirtschaftsminister das Wort. Bitte schön!

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bleibt dabei: Der Zeitplan steht, die EU-Gelder werden für das Projekt abgerufen, und der Hafen wird 2010 verwirklicht. - Das sage ich mit Blick auf die Chimären, die hier so auf den Tisch kommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Seit mindestens einem halben Jahr oder länger - auch durch meine Aussagen hier im Landtag - ist bekannt, dass das OVG mit seinem Urteil über die Klagen gegen den Sofortvollzug den Zeitplan bestimmt. Das Urteil war immer für den Spätherbst avisiert. Jetzt hat das Gericht gesagt, es könnte auch später sein. Das können Sie doch nicht der Landesregierung vorhalten! Die Termine bestimmen unabhängige Gerichte, die sehr viel zu tun haben. Ich habe die Hoffnung, dass in diesem Herbst entschieden wird und wir dann mit dem Bau anfangen können. Wir bereiten uns darauf vor. Am Montag ist der Bieter, der neben Bunte im Bieterverfahren noch übrig geblieben ist, informiert worden, dass wir beabsichtigen, Bunte den Zuschlag zu geben. Dieser Bieter hat jetzt 14 Tage Zeit, Einspruch einzulegen und sich zu überlegen

- auch das ist in unserem Rechtsstaat möglich -, zur Vergabekammer und zum OLG zu gehen. Aber ich rechne damit, dass das alles jetzt zügig vonstatten gehen wird. Dann kann der Gesamtbetriebsplan für Sandmengen usw. aufgestellt werden. Das alles wird vorbereitet sein, damit die Firma sofort mit dem Bau beginnen kann, wenn das OVG entschieden hat.

Meine Damen und Herren, ich möchte einmal die Opposition sehen, wenn wir jetzt trotz vorliegender Eilklagen - z. B. des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz - anfangen würden zu bauen. Das wäre vielleicht möglich, aber dann wäre hier von Rechtsbruch, von Nichtachtung der Einsprüche usw. die Rede.

Eine juristische Nachprüfung - das ist heute ja auch Thema - hätte es in jedem Fall gegeben, auch wenn der Zuschlag einem anderen erteilt worden wäre; denn dann hätte die unterlegene Firma gesagt: Wie könnt ihr jemandem den Zuschlag geben, dessen Angebot höher liegt als unser Angebot?

Meine Damen und Herren, ich hätte es in manchen Situationen - auch in dieser - begrüßt, wenn man einfach sagen könnte: Da ist ein niedersächsisches Bieterkonsortium, dem geben wir den Zuschlag. - Aber die VOB sagt klar und deutlich: Es geht nicht nach politischem Gutdünken, es geht nicht nach dem Firmensitz, es geht nicht nach der Größe des Unternehmens,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Nach Recht und Gesetz!)

sondern es geht nach den objektiven Daten. Genau darum geht es.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Und die haben Sie missachtet! Da haben Sie richtig zwischengegrätscht!)

- Hören Sie doch wenigstens zu! - Zunächst ist die Ankerlösung geprüft worden. Natürlich waren wir daran interessiert, sie zu verwirklichen, wenn das möglich gewesen wäre; denn es ist immer eine gute Sache, wenn man Geld sparen kann. Es hat sich aber ergeben - darüber haben wir hier diskutiert -, dass es Einwände dagegen gab. Selbst das Büro, das ein Gutachten dafür geschrieben hat, hat gesagt: Das ist aber noch nicht ausprobiert worden, ihr müsst immer messen usw. - Deswegen haben die erste und zweite Instanz gesagt: Ihr

habt richtig gehandelt, den Sondervorschlag nicht zu berücksichtigen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Dazu wurde sich gar nicht geäußert!)

- Doch! Sie hätten sich dazu geäußert, wenn das falsch gewesen wäre.

(Lachen bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das Sondergutachten stand gar nicht zur Verhandlung!)

- Natürlich hätten sie sich dazu geäußert. Das ist völlig klar.

Meine Damen und Herren, das ist eine neue Legendensbildung. Dinge, die ausdrücklich bestätigt worden und durchgelaufen sind, werden hier wieder infrage gestellt. - Das ist das eine.

Das andere ist die Frage, wer billiger ist und ob die Angebote zuschlagsfähig sind. Auch darüber hat es kontroverse Diskussionen in der Gesellschaft gegeben. Das ist ganz selbstverständlich. Dass wir die Erfahrungen, die Bremen eingebracht hat - derentwegen die SPD wohl den Vertrag so gemacht hat, weil sie die Bremer Erfahrungen einbeziehen wollte -, hinsichtlich der Solidität des Bauwerks haben wollten und prüfen mussten, ist richtig. Dabei ist keine Nacharbeit gemacht worden. Herr Wenzel hat diese falsche Darstellung wieder in die Öffentlichkeit gebracht.

(Glocke des Präsidenten)

Das Angebot steht so, wie es eingebracht worden ist. Meine Damen und Herren, es ging darum, ob eine Erklärung, die dazu von Hochtief abgegeben worden ist, Teil des Angebots war oder nicht. Das hat die erste Instanz anders beurteilt als die zweite Instanz. In Deutschland ist es leider gelegentlich so, dass die Instanzen unterschiedlich urteilen.

Herr Wenzel hat hier noch den Begriff „Durchstechereien“ gebracht. Gestern im Ausschuss - das muss ich hier noch einmal sagen - hat er allen Ernstes erklärt, Bremen habe zu Hause Aufträge mit Hochtief unter Preis abgewickelt und Hochtief gesagt, sie könnten das Geld beim JadeWeserPort zurückholen. Meine Damen und Herren, Sie sollten sich eigentlich zusammentun und den Rücktritt von Herrn Böhrnsen fordern und hier nicht gegen die Niedersächsische Landesregierung vorgehen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Hirche, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Die Konstruktion „Missmanagement und finstere Machenschaften“ macht sich natürlich gut, zu behaupten, als hätte es das gegeben. Meine Damen und Herren, alle Schritte sind nachprüfbar. Sie mögen fragen: Warum waren die erst positiv und hinterher skeptisch? - Ich habe aus politischen Debatten in Erinnerung, dass alle Fraktionen schon einmal bestimmte Sachverhalte zuerst positiv und danach negativ oder zuerst negativ und dann positiv beurteilt haben. Meine Damen und Herren, das ist ein einwandfreies Verfahren. Beide Vergabeteams haben ordentlich gearbeitet. Daran ist nichts auszusetzen.

(Widerspruch bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Deshalb ist der Mann auch ausgetauscht worden!)

Es war eine Personalentscheidung wegen Befangenheit einer Person zu treffen. Wenn wir diese Entscheidung nicht getroffen hätten, hätte es eine Klage des anderen Bieters wegen einseitiger Orientierung gegeben. Meine Damen und Herren, deswegen haben wir so entschieden. Das sagt nichts gegen die Ehrenhaftigkeit und Vorzüglichkeit der sonstigen Arbeit dieses Mannes aus - - -

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Minister, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

- das ist mein letzter Satz -, der übrigens gesagt hat: Das Verhalten der SPD-Regierung beim Sperrwerk in Gandersum hat das Land - dazu gibt es einen Vermerk - 40 Millionen gekostet.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Warum haben Sie ihn dann entlassen, Herr Hirche?)

Diese Mehrkosten sind in Wilhelmshaven nicht entstanden und werden nicht entstehen. Wir sind im Zeitplan, wir holen die EU-Gelder ab und wir verwirklichen das Projekt so, wie es vorgesehen ist. Im Interesse von Wilhelmshaven, der Region

und der gesamten Küste setzen wir in Europa ein Zeichen mit einem neuen Tiefwasserhafen.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Herr Kollege Wenzel.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Hirche, haben Sie denn eigentlich niemanden im Kabinett, der Sie verteidigt? Gibt es niemanden mehr, der sich hinter Sie stellt und hier versucht, die Sachen klarzustellen?

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das hat er gar nicht nötig! - Wolfgang Hermann [FDP]: Warum denn?)

- Da sitzt der Chef! - So viel Pfeifen im Walde hätte ich nicht erwartet, Herr Rösler. Ich hätte auch erwartet, dass Sie sich die Akte zumindest etwas genauer angeschaut hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben gesagt, dem Land sei überhaupt kein Schaden entstanden. Sie haben gesagt, es gebe weder Zeitverzögerungen noch einen Verlust von EU-Mitteln. Ich darf kurz Ihren Minister Walter Hirche vom 31. Oktober 2003 zitieren: Wir freuen uns darüber, dass es der JadeWeserPort-Gesellschaft gelungen ist, die Unterlagen so weit aufzubereiten, dass begonnen werden kann. Wir erwarten eine zügige Durchführung, sobald der Planfeststellungsbeschluss vorliegt. Etwa Ende des Jahres 2004 rechnen wir mit dem sofortigen Vollzug. Dann können die Bauarbeiten beginnen. - Dann begründen Sie noch, warum Sie den sofortigen Vollzug anwenden wollen.

Meine Damen und Herren, Sie haben immer wieder Zeitverzögerungen verursacht. Es war Ihr Umweltminister, es waren Sie, es war Ihre Stabsstelle, und es war die JadeWeserPort-Gesellschaft, für die Sie Verantwortung tragen.

Wenn Sie jetzt hier das alte Lied von der Schuld der Umweltverbände singen, dann kann ich nur lachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie selbst haben das Infrastrukturbeschleunigungsgesetz durchgesetzt, das den Sofortvollzug ermöglicht,

(Bernd Althusmann [CDU]: Wie viele Einwendungen gab es denn, Herr Wenzel? 2 700 Einwendungen!)

aber Sie haben es in diesem Fall nie angewendet, weil Sie Ihren eigenen Laden nie im Griff hatten und überhaupt nicht in der Lage gewesen wären, früher anzufangen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deswegen waren Sie immer ganz froh, dass Sie noch jemanden hatten, dem Sie die Schuld in die Schuhe schieben konnten.

Was ist denn jetzt, Herr Wulff? Gibt es personelle Konsequenzen, oder sind auch Sie der Meinung, dass hier alles in Ordnung ist, nichts passiert ist, alles zur vollsten Zufriedenheit ist und jeder, der ein Haar in der Suppe findet, nur das Land schlecht redet und Ihre Kreise im Vorfeld des Wahlkampfes stört und wir Ruhe benötigen? Ist das auch Ihre Auffassung, Herr Wulff? - Das hätte ich gerne genauer.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir haben jetzt zwei Baustellen. Die eine Baustelle ist das Projektmanagement und die Frage, wer in der Lage ist, hier weiter die notwendigen Entscheidungen zu treffen, damit mit der Firma Bunte so schnell und so fachgerecht wie möglich mit dem Bau begonnen werden kann. Wir haben gesehen, dass auf diesem Gebiet bisher nichts im Lot ist.

Das Zweite ist - völlig unabhängig von diesem Vorgang - die Aufklärung der Vorgänge in der Vergangenheit. Das werden wir Ihnen, Herr Wulff, nicht durchgehen lassen. Was ist mit dem Vergabeteam gewesen? Was ist mit Herrn Starke? Ist er zu Unrecht entlassen worden?

Herr Hirche, Sie sagen, Sie hätten das günstigste Angebot nehmen müssen, nämlich das Angebot von Hochtief. Es lag 3 bis 7 Millionen Euro unter dem Hauptangebot von Bunte. Sie wissen aber ganz genau, dass im Hauptangebot von Hochtief beispielsweise der Verbindungsdamm überhaupt nicht enthalten war. Das hat Herr Starke frühzeitig erkannt, das hat das erste Vergabeteam erkannt. Das ist beiseite gewischt worden. Deswegen war

das Angebot von Hochtief nicht billiger, sondern teurer. Das haben Sie im Wissen um diese Angelegenheit ignoriert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nun noch ein Zitat, Herr Hirche. Der Senator für Wirtschaft und Häfen - es war nicht Herr Loske, wie Sie gestern anmerkten, sondern Herr Nagel - hat seinen zuständigen Ausschuss in der letzten Woche unterrichtet. In der Unterrichtung sagte er: Das Angebot von Hochtief stimmte nicht mit dem Angebot überein, das eröffnet worden ist. - Das ist der Fakt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: So ist es!)

Da sind hinterher Akten manipuliert worden. Jetzt ist es an Ihnen, Herr Wulff, das aufzuklären.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Besprechung der Tagesordnungspunkte 1a) und 1 b) abgeschlossen.

Ich rufe auf:

c) Nach „Müntes“ Wende: Jetzt die Chance auf ein modernes Zuwanderungsrecht für Fachkräfte nutzen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 15/4051

Dazu hat Herr Kollege Bode das Wort. Bitte schön!

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, können wir uns bitte auf den Tagesordnungspunkt konzentrieren! - Bitte schön, Herr Bode!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 17. November - - -

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, können Sie bitte die Unterhaltungen einstellen oder draußen fortsetzen!

(Heinz Rolfes [CDU]: Das Mikrofon war nicht an!)

Jörg Bode (FDP):

Jetzt funktioniert es. - Meine Damen und Herren, am 17. November 2006 haben sich die Innenminister auf eine Änderung des Bleiberechts verständigt. Auf dieser Sitzung haben alle Innenminister darum gebeten, dass der Bundesarbeitsminister, Franz Müntefering von der SPD, für bereits in Deutschland Geduldete einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen möge. Dies wurde kategorisch abgelehnt. Die Frage des Innenministers aus Nordrhein-Westfalen, worin die Gefahren gesehen würden, wurde mehrfach nicht beantwortet. Am 1. Januar dieses Jahres hat unser Innenminister Uwe Schünemann eine Bundsratsinitiative zur Erleichterung der Zuwanderung von Fachkräften angekündigt. Dies war damals schon aus seiner Sicht weniger als wünschenswert, aber immerhin der kleinste gemeinsame Nenner, der eine Aussicht auf Erfolg hätte.

Im Juni dieses Jahres ist diese Initiative aufgrund des Widerstandes des Vizekanzlers der Bundesrepublik Deutschland und Arbeitsministers Franz Müntefering von der SPD gescheitert. Es ist schlimm, dass nicht einmal dieser Minimalkonsens von der SPD zugelassen worden ist. Das hat erhebliche Nachteile für Deutschland und damit auch für Niedersachsen. Der Mangel an Fachkräften schadet der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Viele Unternehmen könnten leistungsfähiger sein, mehr Wirtschaftswachstum erzielen und weitere Arbeitsplätze schaffen. Dies würde weitere Investitionen und vor allem auch Arbeitsplätze für wenig und gar nicht qualifizierte Menschen nach sich ziehen. Studien gehen sogar davon aus, dass der Wirtschaft insgesamt 3,5 Milliarden Euro Wertschöpfung verloren gehen. Der Mangel ist auch dort vorhanden, wo Deutschland als führend gilt, nämlich in der traditionellen Ingenieurausbildung. Hier sind 48 000 Stellen unbesetzt geblieben. Aber auch beim Werkzeugmacher, Elektriker und Schlosser gibt es Engpässe.

Am letzten Wochenende konnten wir in der *Bild am Sonntag* Erstaunliches von Franz Müntefering lesen. Ich zitiere: Auf die Frage „Wie wollen Sie die

Zuwanderung von Spezialisten künftig organisieren?“ antwortet Franz Müntefering:

„Wir wollen keine Zuwanderung nach dem Prinzip ‚Schleusen auf‘ ... Unabhängig davon brauchen wir aber auch eine geordnete, strikt arbeitsmarktbezogene Zuwanderung. Eine Zuwanderungskommission sollte jedes Jahr vorschlagen, wie viele Menschen wir ins Land einladen sollten. Wer sich meldet, wird nach verschiedenen Kriterien beurteilt: Alter, Sprache, theoretische und praktische Qualifikation, Familiensituation.“

Meine Damen und Herren, wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich Franz Müntefering von seiner für Deutschland schädlichen Haltung verabschiedet hat. Wir sind gerne bereit, diesen von ihm angedeuteten Weg eines Punktesystems mitzugehen und mitzugestalten; denn wir als FDP haben dies immer wieder vorgeschlagen und eingefordert, wenn auch mit einer kleinen Detailänderung in der Frage, wer darüber entscheiden sollte. Wir sind da gesprächsbereit.

(Zustimmung von Klaus Rickert [FDP])

Aber wir sind auch sehr misstrauisch; denn bisher hat die SPD jeden einzelnen kleinen Schritt als zu weitgehend abgelehnt. Warum sollte sie jetzt auf einmal einer kompletten Modernisierung der Zuwanderung von Fachkräften zustimmen? Es ist doch viel wahrscheinlicher, dass hier das alte Spiel mit der Öffentlichkeit gespielt wird: In der Presse predigen die SPD und Franz Müntefering Wein und machen Vorschläge, die wahrscheinlich weit über das hinausgehen, was derzeit im Deutschen Bundestag mehrheitsfähig ist. Da kann man schön fordern, aber muss man nichts tun.

(Zuruf von Georgia Langhans [GRÜNE])

Aber was passiert, wenn man versucht, erste kleine Schritte zu gehen, die auch in der Gesellschaft wahrscheinlich schon akzeptiert sind, Frau Kollegin Langhans? Dann schenkt Franz Müntefering Wasser aus und blockiert.

Wir werden das nicht durchgehen lassen, liebe Kollegen von der SPD. Wir erwarten Taten. Sorgen Sie dafür, dass Ihr Parteifreund Müntefering nicht nur redet, sondern endlich auch handelt!

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Richtig!)

Lassen Sie nicht nur Herrn Bachmann hier im Plenum in dieser Frage die SPD als Wolf im Schafspelz darstellen, sondern sorgen Sie dafür, dass etwas passiert! Denn das Wasser, das Franz Müntefering bisher ausgeschenkt hat, ist halt ohne Sprudel, es prickelt nicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege Bode. - Das Wort hat jetzt der Kollege Bachmann.

Klaus-Peter Bachmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bode, als Sie vom „Wolf im Schafspelz“ sprachen, dachte ich, Sie reden von Herrn Schünemann. Das muss ich irgendwie missverstanden haben.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Da haben Sie falsch gedacht!)

Zunächst einmal ist eines Fakt, meine sehr verehrten Damen und Herren: Es ist eine sehr schwierige Gemengelage, wenn man versucht, in der Diskussion über das Zuwanderungsrecht, bei der ersten Runde der Gesetzgebung und auch jetzt in der Aktuellen Stunde allen Anforderungen und Ansprüchen gerecht zu werden. Wir sollten hier keine Schuldzuweisungen vornehmen, ohne die Gründe für die Debattenlage zu nennen.

In einer Zeit mit immer noch hoher Arbeitslosigkeit, besonders Jugendarbeitslosigkeit, sollten Sie, Herr Bode, sich vielleicht an die eigene Nase fassen; denn Sie hätten hier in Niedersachsen noch genug Möglichkeiten, Entscheidendes zu tun. Aber Sie sitzen das weitestgehend aus.

(Zustimmung bei der SPD)

Bei einer hohen Arbeitslosigkeit unter älteren und auch jüngeren Menschen und einem hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten, die bei uns leben, ist die Debatte über die Zuwanderung von Fachkräften sicherlich sinnvoll, weil im Einzelfall Bedarfe ergänzt werden können. Aber primär müssen wir doch daran arbeiten, dass wir denen, die in diesem Lande leben und keine Arbeit haben - da schlummern exzellente Talente -, die Chance auf

Ausbildung und auf Integration in den Arbeitsmarkt geben. Das war immer der Ansatz von Franz Müntefering.

(Zustimmung bei der SPD)

Auch diese Gründe müssen Sie einmal nennen. Wir haben über die Frage der schlummernden Talente gerade in der Ausländerkommission debattiert. Ihr Ministerpräsident äußert sich in gleicher Weise und sagt: „Da müssen wir etwas tun.“ Praktisch tun Sie aber zum Beispiel mit der Einführung von Studiengebühren das Gegenteil.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Sie verdrängen die, die an unseren Universitäten für die Entwicklungshilfe ausgebildet werden,

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Hat Ihr Redenschreiber die Manuskripte verwechselt?)

mit der im Zuwanderungsrecht 1 enthaltenen Option der einjährigen Arbeitssuche, um hier auf dem Arbeitsmarkt Funktionen zu finden, von unseren Universitäten. Durch Ihre praktische Politik werden Talente verdrängt. Das ist der Widerspruch zwischen Ihrem Reden und Ihrem Handeln, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD - Heinz Rolfes [CDU]: Das ist hanebüchen!)

Und noch etwas möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, Herr Bode: Wäre man bei der Runde über das Zuwanderungsrecht 1 damals den Vorschlägen der rot-grünen Bundesregierung gefolgt, hätten wir seit Jahren in Deutschland ein Punktesystem für die Bewertung geplanter Zuwanderung.

(Zustimmung von Georgia Langhans [GRÜNE])

Das ist an der CDU und der CSU gescheitert. Nennen Sie doch auch die Verantwortlichen, die die Zuwanderung Qualifizierter vor Jahren in die Tonne getreten haben!

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will der FDP nicht absprechen, dass sie in Fragen des Ausländerrechts und des Zuwanderungsrechts inhaltlich oft nahe an unserer Seite steht. Man kann mit der FDP darüber eher diskutieren kann als mit ihrem Koalitionspartner hier im Hause. Es reicht auch

nicht, wenn man ein Türschild auswechselt, Herr Schönemann. Sie nennen sich jetzt „Minister für Integration“, haben sich aber in der Vergangenheit einen Namen als „Minister für Abschiebung“ gemacht.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie haben es zu verantworten, dass mit obskuren Anhörverfahren in der ZASt Braunschweig - lesen Sie die *Braunschweiger Zeitung* - ein negativer Blick auf Niedersachsen gerichtet wird. Für die Menschen, die ernsthaft daran interessiert sind, als Fachkräfte zu uns zu kommen, ist das Klima in Niedersachsen nicht gut. Dann ist es kein Wunder, dass viele der offensichtlich auch von Ihnen gewollten Zuwanderer einen großen Bogen um unser Land machen. Wenn wir uns wirklich als Einwanderungsland bekennen wollen, dann muss die Ganzheitlichkeit von Ausländer- und Integrationspolitik auch mit einer humanitären Flüchtlingspolitik übereinstimmen. Nur dann haben wir auch die Chance der Akzeptanz, nur dann wird man Niedersachsen für ein integrationsfreundliches Land halten. Die Realität in diesem Land ist aber eine andere, und deshalb kommen viele Fachkräfte nicht in unser Land, sondern machen diesen großen Bogen.

Herr Schönemann, in aller Ernsthaftigkeit: Bevor Sie sich „Integrationsminister“ nennen können, müssen Sie erst einmal daran arbeiten, dass Sie das Schild „Minister für inhumane Flüchtlingspolitik“ loswerden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat Herr Kollege Hagenah.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Knapp fünf Monate nach der letzten von der FDP-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde für mehr Zuwanderung von Hochqualifizierten versucht die Fraktion heute erneut, mit diesem Instrument das öffentlich zu verkünden, was sie in der Koalition mit der CDU in unserem Land nicht hinbekommt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es war auch beim letzten Mal fast rührend, Herr Bode - ich habe das Protokoll noch einmal nach-

gelesen -, aber vor allem wenig glaubwürdig. Sie haben hier eben die Zahl von 48 000 unbesetzten Ingenieurstellen in Deutschland wiederholt. Beim letzten Mal haben Sie noch von den Vorteilen der hohen Ausländerquote in Baden-Württemberg für Wachstum und Innovation gesprochen. Es bleibt ein unauflösbarer Widerspruch für Sie, weil Sie andererseits durch den von Ihnen mitgetragenen Innenminister für die Abschreckungspolitik gegen Zuwanderung in Niedersachsen voll mitverantwortlich zeichnen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Opposition in der Koalition funktioniert nicht, vor allen Dingen nicht von diesem Podium hier vorne aus.

Sie haben durch Ihre gemeinsame Politik mit dem sogenannten Hochschuloptimierungskonzept, durch das viele Studienplätze verloren gegangen sind, und durch die Einführung der Studiengebühren voll mitverantworten, dass Niedersachsen gegenüber den anderen westlichen Bundesländern Wanderungsverluste insbesondere beim akademischen Nachwuchs hat.

In Ihrem Werben für mehr Zuwanderung und Qualifizierung geben wir Ihnen ja grundsätzlich recht. Da laufen Sie bei uns Grünen ohnehin alle offenen Türen ein. Aber sorgen Sie doch bitte zunächst einmal dafür, dass die Qualifizierten, die schon hier bei uns sind, von Herrn Schönemann nicht vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden und in vielen Fällen sogar zwangsweise wieder zurückgeschickt werden!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

In der vorigen Debatte haben Sie gerufen: „Wer denn? Nennen Sie Beispiele!“ Da Sie selbst offenbar die Situation vieler Menschen in unserem Land gar nicht so genau kennen, will ich Ihnen kurz einige Schicksale, mit verursacht durch Ihre Politik, schildern:

Nehmen wir zum Beispiel ein Ehepaar aus dem Iran. Beide Eltern sind studierte Informatiker, Mitte 30. Sie haben sich Ende 2005 wegen ihrer Gefährdung als Christen im Iran in Niedersachsen um eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis bemüht. Ich wiederhole: Informatiker, Mitte 30. Im November 2005 lehnten Sie die Petition mit den Stimmen der CDU hier in diesem Hause endgültig ab. Fachkräftemangel war für Sie da kein Problem.

Oder nehmen wir ein bulgarisch-libanesisches Ehepaar aus Hemmingen, er Ingenieur, sie Zahnärztin, zwei Kinder - ein gelungenes Beispiel für Integration. Alle sprachen gut deutsch, waren hier in Schule und Vereinen sehr beliebt. Aber es wurde keine Arbeitserlaubnis gewährt, von der Anerkennung ihrer Abschlüsse ganz zu schweigen. Die Petition der Familie wurde im Oktober 2005 von der Mehrheit hier im Hause abgelehnt. Die Familie wurde nach Bulgarien abgeschoben.

Sie sorgen sich um Fachkräftemangel? - Machen Sie etwas hier im eigenen Hause!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Signale aus der Regierungskoalition von CDU und FDP zu einem neuen Verständnis von Zuwanderung und der Notwendigkeit verbesserter Anerkennung und Integration bleiben doch nur symbolische Gesten ohne Wirkung in der Breite, so z. B. der Unterbietungswettbewerb zwischen Herrn Schönemann und Herrn Hirche um die Einkommensgrenze zur Integration. 25 % weniger oder 50 % weniger sind kein Maßstab für sachgerechte Lösungen beim Einkommen zugewanderter Fachleute im Hinblick darauf, ob sie hierbleiben können.

Da bin ich schon eher bei dem von Ihnen eben zitierten Herrn Müntefering mit seiner Neupositionierung in der *Bild am Sonntag*. Das Punktesystem wie in Kanada oder Australien mit einer Zuwanderungskommission, die das steuert, hat sich bewährt. Dabei ist sinnvollerweise gar keine Einkommensgrenze nötig. So hat es auch Herr Müntefering, wenn man das Zitat weiterliest, gesagt. Dahin muss unser Weg gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Werfen wir hinsichtlich Ihrer Symbolpolitik noch einen Blick auf das Bemühen von Herrn Stratmann, einen Teil der Lorbeeren des Studienganges „Interkulturelle Bildung und Beratung“ an der Universität Oldenburg - zur Erhöhung der Berufschancen von hoch qualifizierten Migranten auf dem Arbeitsmarkt - für die Landesregierung zu reklamieren! Er war damit vor zwei Wochen gut in der Presse. Zunächst einmal ist das natürlich eine gute Sache, die bisher aber ohne Landesgeld allein über den Europäischen Flüchtlingsfonds finanziert worden ist. Zudem sind 24 Studierende im Verhältnis zu dem Problem, das wir haben - Ingenieurmangel, 48 000 unbesetzte Stellen -, natürlich nichts weiter als ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn die Landesregierung das Ange-

bot nun ausbauen will, dann erwarten wir auch die Benennung konkreter Fördersummen und konkreter Ausbauziele, und zwar über den bisher über die EU gesicherten Finanzierungsrahmen - bis September 2008 - hinaus. Herr Bode, da müssen Sie etwas machen, und zwar ordentlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir auch in kommenden Aktuellen Stunden von der FDP als Opposition in der Koalition hier in Niedersachsen zu hören bekommen, was sie alles gerne machen möchte, aber in der Praxis nicht hinbekommt, empfehle ich ihr zunächst eine grundsätzliche Erneuerung ihrer tatsächlichen Politik im Segment „Zuwanderung und Integration“. Sonst bleiben das hier Fensterreden, die keinem nützen, aber viele Enttäuschungen bei denen verursachen, die Ihnen vielleicht zunächst noch glauben, was Sie hier sagen, Herr Bode. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Klaus Rieckert [FDP]: Schönen Dank, Herr Hagenah, für Ihren Beitrag! Wir sind begeistert! - Karl-Heinz Klare [CDU]: So lehrreich! Man könnte mitschreiben!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat der Kollege Rolfes.

Heinz Rolfes (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bachmann, ich sage es Ihnen ganz offen: Ich nehme Ihnen ohne Weiteres ab, dass Sie sich mit Herz, aber auch mit Verstand für Integration, für Asylbewerber insgesamt einsetzen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das Erste stimmt!)

Aber ich weiß nicht, warum in Ihren Reden hier immer Polemik und persönliche Angriffe gegen einen Innenminister dabei sein müssen, der nichts anderes macht, als das Recht, das auf Bundesebene mit großem Konsens verabschiedet worden ist, hier umzusetzen.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Er verhindert auf Bundesebene Fortschritte!)

Ich weiß nicht, warum Sie sich nicht so weit disziplinieren können, dass man das hier einmal in aller Sachlichkeit diskutieren kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, fünf Monate ist es her, dass wir das letzte Mal eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema hatten. Ich kann einfach auf den Redebeitrag von damals verweisen und heute das, was sich zwischendurch entwickelt hat, hier anführen. Ich stelle grundsätzlich fest, dass die SPD es in diesen fünf Monaten geschafft hat, sich bei diesem Thema auf uns zu bewegen. Hintergrund dieses begrüßenswerten Sinneswandels ist die Klausurtagung der Bundesregierung in Meseberg am 23. und 24. August 2007. Dort wurde vereinbart:

„Um eine verlässliche Grundlage für Entscheidungen zur Zuwanderung zu schaffen, werden die zuständigen Ressorts zügig einen Vorschlag über ein systematisches Monitoring zur Ermittlung des Bedarfs entwickeln.“

Wir wollen eine arbeitsmarktadäquate Steuerung der Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte vorsehen und die Position unseres Landes im Wettbewerb um die Besten stärken. ...

Die Bundesregierung wird hierfür ein Konzept für eine Zuwanderung entwickeln ... Bei der Erarbeitung des Konzeptes sollen ... die Erfahrungen anderer Länder bei der arbeitsmarktbezogenen Steuerung von Zuwanderung einbezogen werden.“

Da kann man nur sagen: Warum nicht gleich so? - Unser Innenminister hatte damals schon seinen Vorschlag gemacht. Was das Punktesystem betrifft, hat Herr Bachmann eben gesagt, das hätte man mit der SPD ganz leicht hingekriegt. Ich finde, wir sollten uns trösten. Wenn es in Berlin eine andere Koalition gibt, etwa eine wie hier in Niedersachsen, dann werden wir über dieses Punktesystem ganz sicher vernünftig ins Gespräch kommen können.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, erfreulich ist auch, dass schon zum November bei Maschinenbau- und Elektroingenieuren aus den zwölf neuen EU-Staaten die Vorrangprüfung abgeschafft werden soll. Dieses Verfahren bedeutet, dass zunächst immer geprüft werden musste, ob sich nachteilige Aus-

wirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt ergeben.

(Vizepräsident Ulrich Biel übernimmt den Vorsitz)

Wir müssen aber noch einen Schritt weiter gehen. Die bürokratische Vorrangprüfung sollte insbesondere in Regionen mit Fachkräftemangel vollständig entfallen, wenn der Hochschulabsolvent einen Arbeitsplatz nachweisen kann.

Die Bundesregierung ist sich auch einig, dass künftig ausländische Studenten, die ihren Abschluss an einer deutschen Hochschule gemacht haben, ohne Vorrangprüfung arbeiten dürfen. Sie haben ein Jahr Zeit für eine Jobsuche und dürfen dann drei Jahre bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei allem Lob für den Sinneswandel von Müntefering und einigen anderen wichtigen Politikern der SPD in diesem Falle bleibt oberstes Anliegen - das ist hier einvernehmlich; das muss man eigentlich gar nicht extra betonen - selbstverständlich die Anstrengung, die Arbeitskräfte im hiesigen Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Daher begrüßen wir das Ziel, an der Förderung deutscher Spitzenkräfte festzuhalten. Wir können es uns auf Dauer nicht erlauben, eigene Fachkräfte in großer Zahl auszubilden und diese dann ins Ausland ziehen zu lassen, beispielsweise weil dort mehr gezahlt wird. Wir werden auch alle Möglichkeiten der Ausbildung und der Förderung von qualifizierten Nachwuchskräften hier in Deutschland ausschöpfen müssen. Richtig ist: In beiden Bereichen gibt es wegen des Fachkräftemangels dringenden Handlungsbedarf. Die Bremser dürfen dabei nicht im Weg stehen. - Danke schön.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Nun hat der Innenminister das Wort.

Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass diejenigen, die politisch verfolgt werden, die eine geschlechtsspezifische Verfolgung über sich ergehen lassen mussten, in unserem Lande ein Aufenthaltsrecht und dann auf jeden Fall

die Fürsorge der Gesellschaft und des Staates bekommen. Die Integrationsmaßnahmen gerade in diesem Bereich sind wichtig. Da lassen wir uns wirklich von keinem übertreffen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Genauso war zumindest bisher Konsens, dass diejenigen, die getäuscht haben, die falsche Angaben gemacht haben, die Straftaten begangen haben oder die es sich im Sozialsystem gemütlich gemacht haben, nicht die Möglichkeit haben, in unserem Land zu bleiben, und auch nicht die Solidarität unserer Gesellschaft genießen können.

(Zustimmung bei der CDU und der FDP - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Da sind wir uns einig! Reden Sie zur Sache!)

- Ich habe deshalb darauf hingewiesen, weil Herr Hagenah hier zwei Beispiele beigebracht hat. Auf das eine reagiere ich sofort. Zu dem anderen wird gerade noch ermittelt; dazu werde ich nachher sagen, wie es genau gewesen ist.

Sie haben gesagt, eine bulgarische Familie mit akademischen Abschlüssen sei abgeschoben worden. - Diese Familie war hier. Sie hat bis zuletzt behauptet, sie seien Libanesen. Sie hat hier ausschließlich von öffentlichen Mitteln gelebt.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Sie durfte doch nicht arbeiten!)

Ich sage: Wenn man bis zum Schluss falsche Angaben macht, hat man keine Chance, in unserem Land zu bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Georgia Langhans [GRÜNE]: Sie haben doch keine Arbeitserlaubnis bekommen!)

- Sie wissen genau, dass diese Landesregierung im Bundesrat eine Alternative gestartet hat, auf die Vorrangprüfung bereits nach einem Jahr zu verzichten, sodass dann freier Zugang zum Arbeitsmarkt besteht. Abgelehnt hat das Herr Müntefering. Das darf man der linken Seite einmal sagen. Das ist die Wahrheit in diesem Bereich.

(Zustimmung von Jörg Bode [FDP])

Meine Damen und Herren, es geht aber vor allen Dingen darum, dass man denjenigen, die hier da-

für sorgen, dass unsere Wirtschaftskraft noch weiter an Dynamik gewinnt, wirklich eine Möglichkeit gibt, hier auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Es ist falsch, sich hier abzuschotten und zu sagen, sie würden hier Arbeitsplätze in irgendeiner Weise gefährden. Im Gegenteil, wir haben eben nicht die Rohstoffe, wir müssen alles daransetzen, den Wettbewerb um die klügsten Köpfe zu gewinnen.

Richtig ist auch, dass wir hier in Deutschland, in Niedersachsen eine Qualifizierungsoffensive auf den Weg bringen müssen. Das ist in Meseberg beschlossen worden; das ist auch richtig. Wir in Niedersachsen haben es als Einzige ermöglicht, dass diejenigen, die mit einer akademischen Ausbildung, die aber hier nicht anerkannt wird, aus dem Ausland zu uns kommen, mit einem Ergänzungsstudiengang eine Anerkennung erreichen können, gerade in sozialen Berufen. Wir werden dies auf die technischen Berufe ausdehnen.

Es ist doch aber genauso richtig, dass wir keine Angst vor denjenigen haben müssen, die hoch qualifiziert sind und aus dem Ausland hierherkommen wollen. Deshalb haben wir den Vorschlag gemacht, dass die Einkommensgrenze im ersten Schritt auf 60 000 Euro abgesenkt wird. Aus meiner Sicht kann sie sogar noch weiter gesenkt werden, weil wir wissen, dass Hochschulabsolventen, wenn sie in den Beruf einsteigen, normalerweise 40 000 Euro oder sogar weniger verdienen.

Der zweite Schritt ist, dass wir Selbstständigen die Möglichkeit geben müssen, hier Fuß zu fassen und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Es macht keinen Sinn, 500 000 Euro an Investitionen vorzugeben. Auch diese Summe muss meiner Ansicht nach gesenkt werden. Ich hoffe, dass wir auch diesbezüglich unser Ziel erreichen.

Zum Schluss möchte ich etwas zum Punktesystem sagen, weil dieses - das ist richtig - seit Längerem in der Diskussion ist. Für mich ist bisher die Voraussetzung dafür, hier ein Aufenthaltsrecht zu bekommen, immer gewesen, dass man einen Arbeitsplatz nachweisen kann. Das ist beim Punktesystem, so wie es in anderen Ländern praktiziert wird, nicht der Fall. Vielmehr wird nach gewissen Kriterien verfahren, etwa danach, dass jemand ein Hochschulstudium absolviert hat, diese und jene Voraussetzungen mitbringt oder diese oder jene Integrationsmaßnahme durchlaufen hat. Wenn wir über ein Punktesystem nachdenken, darf man meiner Meinung nach nicht nur die Qualifizierung zur Voraussetzung für die Gewährung eines Auf-

enthaltsrechtes machen, sondern auch fordern, dass jemand tatsächlich einen Arbeitsplatz hat. Ansonsten wird es schwierig und es wäre meiner Ansicht nach auch nicht gerecht, zumal wir nicht wissen, was in den nächsten Jahren in diesem Bereich passiert.

Ein Punktesystem ist bürokratisch; denn Sie müssen Prüfungen vornehmen und Festlegungen treffen. Dennoch bin ich bereit, darüber ganz intensiv zu reden, und zwar nicht nur hier im Lande, sondern durchaus auch auf Bundesebene. Die Große Koalition hat ja festgelegt, dass dies ein Thema sein soll. Mir ist wichtig, dass wir das kleine Pflänzchen Wirtschaftswachstum nun wirklich relativ schnell unterstützen und relativ schnell den Fachkräftemangel beseitigen können. Hochqualifizierung, Qualifizierungsoffensive - das ist etwas, was wir angehen müssen. Es ist aber überhaupt keine Frage, dass dies dauert. Was wir jetzt brauchen, sind kurzfristige Lösungen, damit wir in unserem Lande bessere Innovationen absichern können.

Deshalb wäre ich sehr froh, wenn wir hier gemeinsam erklären könnten, dass wir auf Bundesebene diese Initiative aus Niedersachsen weiter verfolgen, die Einkommensgrenze auf 40 000 Euro zu senken und auch bei den Selbstständigen mit der Investitionssumme herunterzugehen.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, die fünf Minuten sind weit überschritten.

Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport:

Ich glaube, wir sollten gerade bei diesem Punkt nicht immer alles daransetzen, zwanghaft in irgendeiner Weise Gegensätze aufzubauen. Ich glaube, wir sollten gerade im Bereich der Ausländerpolitik, aber auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik alles daransetzen, damit wir hier eine Gemeinsamkeit erreichen.

(Zuruf von der SPD: Dann lassen Sie doch auch diese Angriffe auf Herrn Müntefering!)

Ich kann nur sagen: Gerade was die Asylpolitik angeht, liegt das, was wir in diesem Bereich in den letzten fünf Jahren auf den Weg gebracht haben, durchaus auf der Linie, die auch von anderen Regierungen verfolgt wurde. Ich glaube, dass es gut

ist, hier einen Konsens zu haben. Dazu lade ich Sie ein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Zu Tagesordnungspunkt 1 c liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir nun zu Tagesordnungspunkt 1 d kommen, möchte ich auf Folgendes aufmerksam machen. Unsere Geschäftsführer haben wie immer schnell und fleißig gearbeitet. Sie sind übereingekommen, dass der Tagesordnungspunkt 12 - Besprechung der Großen Anfrage betreffend Krippenplätze in Niedersachsen - auf das Oktober-Plenum verschoben wird und dass der Antrag unter Tagesordnungspunkt 14 direkt überwiesen werden soll. Der letztgenannte Punkt wird an der Stelle, die in der Tagesordnung vorgesehen ist, behandelt.

Ich rufe auf:

d) Neues Schuljahr hat begonnen - das Beste für unsere Kinder! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/ 4052

Der Abgeordnete Klare hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Klare.

Karl-Heinz Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen vor der Wahl angekündigt, eine umfassende Qualitätsoffensive für unsere Schulen durchzuführen. Wir sind dafür gewählt worden. Wir haben dann sehr hart gearbeitet. Wir waren und sind gegenüber unseren Kindern in einer besonderen Pflicht, vor allen Dingen wenn man weiß, was vorher gelaufen ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich bin davon überzeugt, dass die von uns durchgeführten Maßnahmen im Einzelnen notwendig waren. Uns ist dabei sehr bewusst, dass die vielen Dinge, die wir all den Beteiligten in der Schule zugemutet haben, sehr umfangreich und sehr arbeitsintensiv waren. Ich glaube aber, es hat sich gelohnt. Unsere Schülerinnen und Schüler profitie-

ren von den vielen guten Maßnahmen, die umgesetzt worden sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will einige Beispiele nennen. Wir haben die frühkindliche Bildung deutlich gestärkt und Voraussetzungen für eine frühe Förderung geschaffen. Wir haben an allen Grundschulen die Stundenanteile für Deutsch und Mathematik erhöht und verpflichtendes Fremdsprachenlernen eingeführt, um damit den Grundschulen wieder ein Bildungsfundament zu vermitteln. Wir haben die Sprachförderung für nichtdeutsche Schüler eingeführt. Das ist ein wichtiges Element zur Integration.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben das Abi nach zwölf Jahren eingeführt und damit die Ausbildungszeiten gestrafft. Wir haben vielfältigste Maßnahmen ergriffen, um die individuelle Förderung jeder einzelnen Schülerin, jedes einzelnen Schülers zu stärken, Talente zu erkennen, Begabungen zu fördern und förderbedürftigen Schülerinnen und Schülern gezielt zu helfen. Wir haben 2 500 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und die frei werdenden Lehrerstellen wieder besetzt. Damit wurde die Unterrichtsversorgung nachhaltig verbessert, und es wurden zusätzliche Unterrichtsstunden in den Schulen ermöglicht. Vorher war die Zahl der Unterrichtsstunden nämlich gekürzt worden.

(Zustimmung bei der CDU)

Über 12 800 zusätzliche Lehrer in viereinhalb Jahren - das ist ein Einstellungsrekord in der Geschichte unseres Landes. Zusätzlich stehen 30 Millionen Euro für sogenannte Feuerwehrlehrer zur Verfügung. Das ist ein Rekordansatz. Das Thema der Einstellung nicht zum 1. August, sondern zum 1. November, das immer wieder in der Diskussion ist, haben wir damit erledigt, dass in der Übergangszeit bis zum 1. November den Schulen pro Lehrer, der erst zum 1. November kommt, 5 000 Euro zur Verfügung gestellt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem gibt es immer wieder das eine oder andere Problem. Jetzt gibt es zum ersten Mal in der Geschichte eine Hotline, über die sich Eltern und jeder, der es möchte, mit der einen oder anderen Problemlage an das Kultusministerium wenden können. Wir merken, dass dies Resonanz findet.

Es kann jetzt immer relativ schnell und unbürokratisch geholfen werden.

Wir haben die Schulinspektion eingeführt, die ein hervorragendes Element zur Qualitätsverbesserung an unseren Schulen ist. Wir bauen jetzt gerade ein Unterstützungs- und Beratungssystem für unsere Schulen auf, das sie zur Verbesserung ihrer Arbeit nutzen können.

Wir haben, kurz zusammengefasst, das umgesetzt, was wir versprochen haben. Ich glaube, das ist auch der Grund, warum die Menschen in Niedersachsen der Regierung von Christian Wulff so viel Vertrauen entgegenbringen.

(Beifall bei der CDU)

Ich muss wirklich einmal fragen, was, wenn ich zurückblicke, aus Ihren 13 Regierungsjahren an Bleibendem übrig geblieben ist, was haften geblieben ist. Außer der Erinnerung an ein schulpolitisches Chaos größten Ausmaßes ist es eigentlich nichts. Außer der Erinnerung an einen dramatischen Unterrichtsausfall von über 20 % ist es eigentlich nichts. Außer Statistikmanipulation und Verschönerung der Statistik bei der Unterrichtsversorgung ist es wenig.

(Zuruf von Walter Meinhold [SPD])

- Ich rede so, Herr Meinhold, damit Sie sich erinnern und nicht immer schöne Geschichten von früher erzählen. - Sie wissen, dass die sogenannte Lernmittelfreiheit, die jetzt wieder in die Diskussion kommt, damals dazu geführt hat, dass die Bücher zehnmal umgewälzt werden mussten und die Schwarten, die die Schüler in die Hand bekamen, keinen mehr interessierten, weil sie wirklich kaputt waren.

(Beifall bei der CDU)

Was außerdem in Erinnerung bleibt, sind die Lehrerbeschimpfungen und -beleidigungen in großem Stil. Das wirkt heute noch nach.

Was noch viel wichtiger ist - darüber will ich mich mit Ihnen gern auseinandersetzen -: Was sind eigentlich Ihre Konzepte zur Gestaltung der Zukunft? Das möchte ich gern von Ihnen wissen. Die Einheitsschule kann es ja wohl nicht sein, denn darüber reden Sie in der Öffentlichkeit kaum. Das ist auch in Ordnung so, weil die Einheitsschule zum Sterben vieler Schulstandorte führen würde und dann mit Sicherheit viele gut funktionierende Schulen aufgelöst würden. Vielleicht antworten Sie

mir jetzt mit dem Verweis auf Ihre Versprechungen betreffend 9 906 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer. Diese Versprechungen stehen in Ihrem Wahlprogramm. Wenn Sie das, was im Wahlprogramm steht, aber umsetzen wollen, dann sagen Sie uns bitte, wie Sie es finanzieren wollen. Wir haben es einmal ausgerechnet. Es geht hier um etwa 430 Millionen Euro. Sie müssen schon einmal sagen, wie Sie dies in den Haushalt einbringen wollen.

(Zustimmung bei der CDU)

Oder bahnt sich jetzt wieder eine riesige Wahllüge an? Ich habe diesen Eindruck, wenn ich Ihren Landesvorsitzenden höre, der jetzt gerade in Nienburg erklärt hat, er wolle keine zusätzlichen Lehrer einstellen. Das steht im Widerspruch zu dem, was Sie in Ihrem Wahlprogramm geschrieben haben. Ich beziehe mich hier auf die Meldung vom 22. August 2007 in der *Harke*. Herr Möhrmann, Sie können es dort nachlesen.

(Zustimmung bei der CDU)

Heute ist ganz deutlich: Die Eltern wollen keine ideologische Schuldebatte.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter, die fünf Minuten sind überschritten.

Karl-Heinz Klare (CDU):

Danke. Ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident. - Die Eltern wollen keine unhaltbaren Versprechungen. Sie wollen, dass jede einzelne Schule, jede einzelne Lehrkraft sich für die Verbesserung der Zukunftschancen unserer Kinder verantwortlich einsetzt. Wir werden unsere Politik fortsetzen, indem wir den Menschen das sagen, was kommt, nämlich eine weitere Verbesserung der Schulsituation und die Umsetzung gemeinsam mit Eltern, Schülern und Lehrkräften für eine gute Zukunft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Eckel das Wort.

Ingrid Eckel (SPD):

Sehr geehrte Damen und Herren! In der vorigen Woche sprach mich der Vater eines Schulanfängers an und klagte darüber, dass sein Sohn mit 28 weiteren Kindern in der ersten Klasse sitzt. 29 Kinder in einer ersten Klasse, das hat es bisher - oder bis 2003 - nicht gegeben.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das haben wir von Ihnen übernommen! Genau das gab es auch vorher! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich habe ihm nicht geantwortet: „Neues Schuljahr hat begonnen - das Beste für unsere Kinder!“ - Hätten Sie ihm so geantwortet?

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sie hätten gesagt: Herr Duin will keine neuen Lehrer!)

Sehr geehrte Damen und Herren, wer mit solchen verallgemeinernden und gleichzeitig lapidaren Aussagen in eine Aktuelle Stunde geht, der leidet entweder an großem Realitätsverlust, oder aber er ist sehr anspruchslos in seinen bildungspolitischen Zielsetzungen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie stoßen ins gleiche Horn wie Herr Minister Busemann bei seiner Pressekonferenz zum Schuljahresbeginn. Da fiel kein Wort über große Klassen, kein Wort über die schlechter gewordene Schüler-Lehrer-Relation, kein Wort über das Gesamtschulverbot, kein Wort über die finanziellen Belastungen der Eltern.

„Schöne Schulwelt. Schöne Scheinwelt!“

So war am nächsten Tag der Kommentar in der *Bild*-Zeitung zu lesen. Der Kommentator sagte weiter - Sie haben es vielleicht gelesen, Herr Busemann -: Es gibt zwei Möglichkeiten:

„Entweder muss sich die Wirklichkeit der Sichtweise des Kultusministers anpassen - oder die Sichtweise des Ministers der Wirklichkeit.“

Der Kommentator empfiehlt das Letztere als einfacheren Weg.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Ein ähnlicher Satz stand

einmal in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung!)

Ich will nicht schlechtreden, was, wie die Regierungsfractionen es immer so gerne sagen, auf den Weg gebracht worden ist. Aber es fehlt die Konsequenz in der Umsetzung. Was ist denn mit der individuellen Förderung, die im Schulgesetz steht und von der Sie eben auch gesprochen haben, Herr Klare? - Bei den wenigen Lehrerstunden, die man dafür zur Verfügung hat, ist es gar nicht möglich, individuell zu fördern. Förderunterricht gibt es ja kaum noch. Außerdem erinnere ich an die großen Klassen.

(Walter Meinhold [SPD]: 29 Kinder!)

Was ist denn mit den Budgets, die den Schulen für Fort- und Weiterbildung und für die Eigenverantwortliche Schule zur Verfügung stehen sollen? Was ist denn mit den Unterstützungsmaßnahmen? Die Landesschulbehörde hat dafür ja gar kein Personal mehr, so ausgedünnt ist sie.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie müssen die *Schulverwaltungsblätter* lesen, Frau Eckel!)

Sie lassen sich mit einem neuen Unterstützungssystem Zeit. Derweil lassen Sie die Schulen im Regen stehen.

Auf welchen Lorbeeren wollen Sie sich eigentlich ausruhen? - Ein paar haben Sie vorhin genannt, Herr Klare: Sprachförderung - stammt von uns -, Verlässliche Grundschule - stammt von uns -, Ganztagschule - stammt von uns.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Bei der Unterrichtsversorgung geben Sie sich Mühe.

(Oh, Oh! bei der CDU)

Aber wir wissen doch, dass die Eltern nicht damit zufriedenzustellen sind, dass die Statistik stimmt, wenn Sie einmal 100 % erreichen. Wir wissen, dass es regionale Unterschiede gibt, dass die Eltern, solange Stunden ausfallen - egal aus welchem Grund -, um eine bessere Versorgung kämpfen werden. Sie haben ja auch recht damit; denn wenn man für Kinder das Beste erreichen will, dann geht es darum, dass sie ihre individuellen Entwicklungsmöglichkeiten entfalten können, dass eine Unterstützung vorhanden ist, also eine

Unterstützung nicht nur durch Lehrkräfte, sondern auch durch Fachpersonal vorhanden ist. Dafür ist noch viel zu tun.

Das Beste aber würden wir erreichen, wenn es gelänge, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und der Schullaufbahn aufzubrechen. Da haben Sie überhaupt noch nichts erreicht.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben die Hausaufgaben, die uns durch PISA und die UN aufgegeben worden sind, nicht gemacht. Bei uns in Niedersachsen sind Kinder mit Migrationshintergrund benachteiligt und insbesondere in den Förderschulen Lernen und in den Hauptschulen überrepräsentiert.

Sie gehen überhaupt nicht auf den Elternwunsch ein, dass die Kinder nicht nach Klasse vier aufgeteilt werden sollen. Sie gehen nicht darauf ein, dass das Gesamtschulerrichtungsverbot von den Eltern bekämpft wird. Sie gehen nicht darauf ein, weil Sie das dreigliedrige System einfach durchkämpfen wollen, egal, was um Sie herum passiert.

(Beifall bei der SPD)

Es geht doch darum, Kindern die Möglichkeit zu geben, in einer neuen Lernwelt zu lernen. Wir brauchen eine humane Lernkultur.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Was sind denn das für schicke Begriffe?)

Sie gehen überhaupt keine Schritte in diese Richtung. Nichts! Herr Klare, Sie stellen sich hierhin, zählen einzelne Dinge auf, die Sie auf den Weg gebracht haben, aber Sie haben nichts zu Ende gebracht.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist überschritten.

Ingrid Eckel (SPD):

Eine Sache möchte ich noch ansprechen, weil wir in der Aktuellen Stunde so aktuell sind. - Statt sich darum zu kümmern, dass sich die Qualität wirklich verbessert, dass die Kinder mehr Chancen haben, lässt der Herr Minister Bücher schreiben. Das habe ich heute morgen in meinem Fach gefunden.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Übrigens ein sehr gutes!)

- Ich will gar nicht bezweifeln, dass es gut ist. Es ist hauptsächlich von Mitarbeitern des Ministers geschrieben. Das Ministerium hat 1 000 Exemplare gekauft - das alles habe ich der Zeitung entnommen -, macht Werbung auf seiner Homepage und erwartet, dass die Schulen, die bei der Umsetzung und beim Wandel zu einer Eigenverantwortlichen Schule Orientierung suchen, sich dieses Buch kaufen. Es ist ja ein Leitfaden für die Eigenverantwortliche Schule.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Frau Abgeordnete, Sie müssen jetzt wirklich zum Schluss kommen.

Ingrid Eckel (SPD):

Der letzte Satz. - Herr Minister, ist das der Ersatz für die fehlende Umsetzung und die fehlenden Unterstützungsmaßnahmen? - Das kann es doch nicht sein! Das, finde ich, ist doch wirklich peinlich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Abgeordnete Helmhold das Wort.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Klare, ich habe ja damit gerechnet, dass Sie sich hier ein bisschen brüsten wollten, aber dass es so ganz im Stil von Pippi Langstrumpf zugeht, habe ich doch nicht erwartet.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Die Frisur ist anders!)

„Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt!“, singt Pippi. In der Politik funktioniert dieses Prinzip aber nicht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Deswegen möchte ich mir mit Ihnen gemeinsam etwas genauer ansehen, wie die Welt in Niedersachsen zum Schulbeginn aussieht.

Zum Ersten stehen Sie vor den Trümmern Ihrer Schulreform. Selbst die von Ihnen gehätschelten Gymnasien entwickeln ja keine rechte Freude über das, was da passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über 30 Kinder in überfüllten Klassenräumen, meine Damen und Herren! So etwas wie andere Unterrichtsformen - Stuhlkreise, Tischarbeit - ist überhaupt nicht möglich, weil allein schon der Platz nicht ausreicht. Durch die Verkürzung der Schulzeit haben die Kinder regelmäßig nachmittags Unterricht und lange Arbeitstage. Im Erwachsenenbereich würde das Gewerbeaufsichtsamt dabei allmählich anfangen, sich für so etwas zu interessieren. Der Kultusminister sagt in seiner Pressekonferenz einmal eben schlankweg: Wie die Schulen und die Kinder mit dieser Belastung umgingen, sei ihm tatsächlich egal oder würde ihn nicht interessieren. - So verstehen wir die Eigenverantwortliche Schule aber nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Überfüllte Klassen, jede Menge Unterrichtsausfall. Wenn Sie die Statistik schönrechnen, glauben Ihnen die Eltern das nicht. Sie sehen nämlich, was jeden Tag passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Zweiten. Der Hauptschule gehen inzwischen die Kinder aus. Ihr System, meine Damen und Herren, implodiert doch gerade. Die Eltern wählen dieses ungerechte, selektierende System ab. Sie wollen diese Schulform für ihre Kinder nicht. Und was machen Ministerpräsident Wulff und sein Kultusminister? - Sie weigern sich beständig, diese Realität einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, da haben wir doch praktisch die letzten Ritter von der traurigen Dreigliedrigkeitsgestalt vor uns. Sie reiten das tote Pferd Hauptschule und kämpfen gegen den Elternwillen. Das geht nicht mehr lange gut; denn in Niedersachsen wählen die Eltern eine von Ihnen propagierte Schulform nicht nur de facto ab, nein, es ist noch viel schlimmer: Sie kriegen auch nicht die Schulform, die sie für ihre Kinder wollen. 2 300 Kinder sind zu Schuljahresbeginn an Gesamtschulen abgewiesen worden.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sie diskriminieren alle Hauptschüler in Niedersachsen, die einen vernünftigen Abschluss haben! Das ist unerhört! Das werden wir einmal allen Hauptschulen schicken!)

Das Beste, meine Damen und Herren, wäre an dieser Stelle doch, wenn Sie den Elternwillen endlich einmal respektieren würden;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn für das Verbot der Errichtung von Gesamtschulen gehen Ihnen nun doch wirklich die Gründe aus, wenn Sie denn jemals welche hatten. Es gibt nur noch einen einzigen Grund. Der Kultusminister sagt: Die Gründung neuer Gesamtschulen ist verboten. Das habe ich ins Schulgesetz geschrieben. Deshalb ist das so. - Einen anderen Grund gibt es nicht.

Das Beste für unsere Kinder wäre, meine Damen und Herren, wenn es in Niedersachsen endlich die gemeinsame Schule gäbe, in der jedes Kind individuell gefördert werden könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Merken Sie eigentlich nicht, wie isoliert Sie in dieser Frage inzwischen sind? - Die Kollegen des Ministerpräsidenten in Hamburg und in Berlin sind offensichtlich viel dichter am Puls der Bevölkerung. Dort hat schon längst ein Umdenken begonnen. Die Kollegen dort sind sehr viel weiter als die Landesregierung hier. Herr Wulff, Sie müssen so langsam aufpassen, dass Sie am Ende nicht als Klassenletzter allein in der letzten Hauptschule dieser Republik sitzen und sich darüber wundern, warum Sie abgewählt worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Eltern wollen für ihre Kinder das Beste. Das aber kriegen sie von dieser Landesregierung nicht.

Einmal ehrlich - ich spreche jetzt ganz besonders die Herren und die wenigen Damen von der FDP an -: Ist das eigentlich mit Ihrem Freiheitsbegriff vereinbar? Muss eine Bevölkerung nicht die Schulform bekommen, die sie nachfragt? Wäre das nicht tatsächlich das Beste für die Eltern und die Kinder in unserem Land? - Von Ihrem Abgeordneten Schwarz, der gleich noch sprechen wird - ich möchte ihn bitten, sich auch dazu zu äußern -, haben wir ja sogar schon gehört, dass er den Elternwillen insgesamt infrage stellen will.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Sie tun es doch auch!)

In dem Zusammenhang, in dem wir das diskutieren, ist das meiner Meinung nach ein politischer Offenbarungseid, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Beste für die Kinder und die Eltern in Niedersachsen wäre auch, wenn diese Landesregierung das Thema Kinderarmut endlich einmal zur Kenntnis nehmen würde. Sie können doch nicht länger ignorieren, dass es an den Schulen brennt, dass sich arme Familien weder den Mittagstisch noch teure Lernmittel oder Ausflüge leisten können mit der Folge, dass Kinder aus armen Familien ausgegrenzt werden und beileibe nicht die gleichen Chancen haben wie ihre Altersgenossen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, damit dürfen Sie die Schulträger nicht allein lassen, ebenso wenig wie die vielen Eltern, die ihre Kinder z. B. auf eine Gesamtschule schicken wollen, dies aber nicht tun können, weil Sie den Schulträgern die Errichtung solcher Gesamtschulen schlichtweg verboten haben. Dafür werden Sie im Januar die Quittung erhalten. Das ist dann tatsächlich das Beste für die Kinder in Niedersachsen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Wie von Frau Helmhold eben schon angekündigt, werde ich jetzt dem Abgeordneten Schwarz von der FDP-Fraktion das Wort erteilen.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Das war auch das einzig Richtige in der Rede der Frau Kollegin!)

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Herr Präsident, ich danke Ihnen sehr. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Eckel, Sie haben hier aufgezählt, was Sie gemacht haben oder machen wollten. Das Problem ist aber: Sie haben es nicht gebacken bekommen. Diese Landesregierung hier aber handelt, und dabei kommt etwas heraus.

(Beifall bei der FDP)

Das ist der Unterschied zwischen uns. Es wäre gut gewesen - ich spreche jetzt etwas schneller -, wenn Sie an der Buchbesprechung teilgenommen

hätten. Dann würden Sie jetzt wissen, was in diesem Leitfaden steht, und dann hätten Sie nicht eine so disqualifizierende Frage gestellt, Frau Eckel. Es wäre gut, wenn Sie sich dafür einmal interessieren würden.

Frau Helmhold, ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich bestätigen, dass Sie in den vergangenen Bildungsdiskussionen nichts, aber auch nichts anderes zu bieten hatten, als über das System zu sprechen. Zur Verbesserung der Bildungsqualität aber haben Sie nichts gesagt. Das hat sich auch hier gerade wieder gezeigt.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie sprechen nur über Bildungssystem, aber über nichts anderes. Jetzt tun Sie so, als würden Sie genau wissen, was die Eltern wollen und wofür sie sich entscheiden wollen. Alle fahren Trabbi - nach diesem Motto gehen Sie vor. Das soll die Einheitschule sein, und das möchten Sie.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als ich die Überschrift des CDU-Antrags - „Neues Schuljahr hat begonnen - das Beste für unsere Kinder!“ - las, habe ich zunächst ein bisschen geschmunzelt; denn nach der alten Rechtschreibung macht es einen inhaltlichen Unterschied, ob „das Beste“ groß oder klein geschrieben wird. Würde es das beste Schuljahr aller Zeiten, würde man es klein schreiben. Das ist aber ein bisschen spekulativ. Also nehmen wir es so, wie es gemeint ist: Wir wollen das Beste für unsere Kinder. - Dabei haben wir zweifellos einen riesigen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Wir haben in Niedersachsen in der Bildungspolitik einen Weg beschritten, der auf der einen Seite Erfolg versprechend ist, der auf der anderen Seite aber alles andere als leicht sein wird. Der Landtag hat sich einstimmig dazu bekannt, einen großen Teil der Verantwortung vom Staat auf unsere Schulen zu übertragen. Das heißt nichts anderes, als Macht abzugeben. Das ist etwas ausgesprochen Seltenes.

Wer am Montag bei der Vorstellung des Leitfadens zur Eigenverantwortlichen Schule dabei war, hat, objektiv betrachtet, mitnehmen können, dass wir in Niedersachsen bundesweit eine Vorreiterrolle übernehmen. Ganz bescheiden möchte ich einmal darauf hinweisen, dass die FDP-Fraktion bereits im Jahr 2003 in Oldenburg einen Bildungskongress zur Eigenverantwortlichen Schule durchgeführt hat.

Wesentliche Elemente der damaligen Diskussion finden sich genau hier wieder.

(Unruhe)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Wir beide sind ja bescheiden. Deshalb möchte ich noch einmal bescheiden darauf hinweisen, dass es hier ein bisschen ruhiger sein sollte.

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Danke schön. - Hier geht es nicht um irgendein Reförmchen, sondern um einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Sich daran zu gewöhnen, mit veränderten Rahmenbedingungen und neuen Freiheiten umzugehen, stellt eine riesige Herausforderung dar: an die Lehrer, an die Schüler, aber auch an die Eltern. Die entscheidende Rolle spielen die Lehrkräfte. Gut motivierte Lehrkräfte haben das höchste Maß an Leistungsbereitschaft. Das heißt, sie sind dann auch die Leistungsfähigsten.

(Zuruf: Was ist denn das wieder für eine neue Erkenntnis?)

Die Eigenverantwortliche Schule schafft diese Voraussetzungen, und zwar insbesondere über den Abbau von Erlassen und Verordnungen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das muss man zwingend schrittweise machen; denn auch hier gilt es, Erfahrungen zu sammeln, und man sollte nicht in überschäumender Begeisterung das Wesentliche aus den Augen verlieren. Der Staat wird weiterhin die Mittel zur Verfügung stellen, und er definiert die Bildungsstandards. Den Weg zur Erfüllung dieser Standards werden die Schulen in Zukunft selbst bestimmen. Externe und interne Evaluationen stellen sicher, dass die Qualität der Bildungsarbeit kontinuierlich gesichert wird.

(Zustimmung von Ursula Körtner [CDU])

Über die Stellung des Schulleiters, die Fortbildungsangebote, den Schulvorstand und auch über die Öffnung der Schule gegenüber dem gesellschaftlichen Umfeld haben wir in diesem Parlament bereits hinreichend gesprochen. Entscheidend ist: Wir brauchen hoch motivierte Lehrkräfte. Das gelingt, wenn sie sich auf das konzentrieren dürfen, wofür sie ausgebildet worden sind, nämlich

für das Unterrichten. Im Mittelpunkt steht der Unterricht. Auch wenn ich mich wiederhole: Wir brauchen dafür die Ruhe zum Arbeiten. Das geht in der Eigenverantwortlichen Schule am besten. Mit dem Besten erreichen wir das Beste für unsere Kinder.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Busemann das Wort. - Im Übrigen ist die Mikrofonanlage immer noch nicht ganz in Ordnung.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Stunde heißt ja: Ein neues Schuljahr hat begonnen. - Einige hier meinen aber, dass der Wahlkampf schon begonnen hat, wenn ich so gucke, wie hier so manches ungeprüft behauptet und wie in die Sprüchekiste gegriffen wird. Aber wie auch immer: Das gehört wohl dazu. - Gleichwohl: In diesen Tagen hat das neue Schuljahr begonnen, sodass wir uns in der Schulpolitik in einer wichtigen Phase befinden. Deshalb ein paar Sätze zu dem, was in den letzten viereinhalb Jahren gelaufen ist, und noch ein paar Sätze mehr zu dem, was jetzt passiert und in den nächsten Jahren passieren wird.

In den letzten Jahren gab es eine riesige Bewegung. Wir haben miteinander die Orientierungsstufe aus den bekannten Gründen abgeschafft. Außerdem haben wir die Schulen mit klaren Profilen versehen. Bei dieser Gelegenheit haben wir im Land neue Schulstandorte bekommen, nicht nur Außenstellen, sondern wachsende Standorte mit positiven Auswirkungen auf die Bildungsbeteiligung in weiterführenden Schulangeboten. Gerade in der Fläche bestanden Defizite, die wir vor ein paar Jahren noch gar nicht so erkannt haben, jetzt aber zum Besseren hin bedienen können. Wir haben die Oberstufenreform erfolgreich umgesetzt. Das war ein schwieriger Vorgang für die Schulen, die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler. Andere basteln an dieser Frage noch herum. Wir aber können schon sagen: Wir sind mit dem Thema weitgehend durch.

Auch das Abitur nach zwölf Jahren ist schon angesprochen worden. Ferner nenne ich zentrale Abschlussprüfungen. Im Ganztags schulbereich hat es - auch mit Geld aus Berlin, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten; das kann

man ja sagen - eine Bewegung gegeben, wie wir sie in der Geschichte des Landes noch nie hatten. Die Ganztagschulen schossen wie Pilze aus dem Boden. Heute haben wir 550 Standorte. Sie haben es in den Jahren davor gerade einmal - Sie kennen das Thema - auf 150 Standorte gebracht. Erkennen Sie es doch einfach einmal an! Mir ist egal, wer die Urheberrechte hat. Wir wissen ja, was wir geleistet haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das alles ist schon eine stolze Bilanz.

Nun wundert mich aber doch eines. Wir haben vor gut einem Jahr mit großer Mehrheit, Frau Helmholt, das Gesetz zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule beschlossen. Nun freuen Sie sich doch mit, dass das Gesetz, das Sie mit beschlossen haben, nicht nur irgendwo auf dem Papier steht, sondern dass es in der Praxis umgesetzt wurde. Meine Damen und Herren, es ist keine Katastrophe ausgebrochen. Am 1. August bzw. jetzt mit dem Schuljahresbeginn ist die Eigenverantwortlichkeit an unseren Schulen eingeführt worden - mit tollen Perspektiven. Alle haben offenbar erkannt, dass darin gewaltige Chancen liegen. Ich finde, in einem Maße, wie man es bislang noch nie gekannt hat - ich vergleiche uns gerne mit den anderen 15 Bundesländern -, werden dort insbesondere die Rechte der Eltern- und Schülervertretungen hervorgehoben. Das ist eine gewaltige Chance.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es hat - das darf auch ein Schwarzer einmal sagen - fast etwas Revolutionäres an sich, dass diese Entwicklung so gekommen ist. Ich habe auch die herzliche Bitte an Eltern und Schülerinnen und Schüler: Nutzt diese Chance! Es werden in diesen Wochen die Schulvorstände gebildet. Nutzt die Chance, macht euch kundig, kandidiert für die Schulvorstände, bringt euch alle miteinander ins Schulleben ein, damit wir Schule entsprechend gemeinsam weiterentwickeln können. Es sind also tolle Chancen für die Schulen angelegt, denen wir ja auch mehr Leine geben. Ich denke an Programmentwicklung, Qualitätsmanagement und alles das, was mit Evaluationsfragen zusammenhängt. Es ist also eine Bewegung im Gange, die zum Positiven, zum Besseren hinführt. Da auch Sie Anteile daran haben, sagen Sie doch einfach,

dass Sie mit dabei waren und sich jetzt freuen, dass wir miteinander soweit gekommen sind.

Eines will ich auch sagen - es wurde schon angesprochen -: Dem, was an Schule stattfindet, ist in den letzten Jahren eine Menge Arbeit vorausgegangen. Deshalb ist es richtig, in dieser Phase zu sagen: Jetzt brauchen die Schulen wirklich Ruhe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Prozess ist eingeleitet; er ist auch unumkehrbar. Aber die Schulen sollen auch die notwendige Ruhe haben. Es sollte also nicht ständig etwas Neues gemacht werden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie kennen die Diskussion. Manche sagen, der Minister macht zu viel, andere sagen, er macht zu wenig. Das ist auch ganz egal. Jetzt sind wir so weit, und die Schulen brauchen Ruhe.

Wer diese Forderung nach Ruhe ernst nimmt, sollte die Schulen und uns alle jetzt mit Schulstrukturdebatten verschonen. Es ist jetzt auch mal gut.

(Zuruf von Ina Korter [GRÜNE])

Wenn Sie im Lande herumfahren, dann werden Sie feststellen, Frau Korter, dass es keinen Ruf nach neuer Struktur, gemeinsamer Schule usw. gibt.

Was Hamburg angeht, so gibt es da auch einen SPD-Spitzenkandidaten, der z. B. gesagt hat, die Gymnasien werden nicht angetastet. Anderswo gibt es ähnliche Diskussionen. Seien Sie da also bitte sehr vorsichtig!

Das Thema Gesamtschule werden wir uns jetzt wohl bis zum 27. Januar ständig anhören müssen.

(Ursula Körtner [CDU]: Einheitsschule!)

Was die Sache mit den 2 300 Schülerinnen und Schülern angeht, die angeblich keinen Platz gefunden haben, so gucken Sie sich noch einmal die Zahlen genau an. Wenn die Standorte ihre Zügigkeit ausfahren würden - sie tun es nicht einmal auf unterstem Niveau -, dann wäre das Problem im Grunde genommen nicht da. Sie können die 2 000 Einzelfälle doch nicht für ein System von 1,2 Millionen Schülerinnen und Schülern hochrechnen und sagen, da ist nun der Wille des Volkes. Ich

muss schon sagen: Da kriegen Sie sich bitte mal wieder ein!

Ich bin ja bereit, die nächsten Jahre über das Thema Förderunterricht und sogar über das Thema Klassengröße zu diskutieren. Soll ich Ihnen einmal sagen, was aktuell Stand der Dinge ist?

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Nein, wir sind in der Aktuellen Stunde, und ich habe viel zu wenig Zeit. - Aktueller Stand der Dinge ist, Frau Korter: 21,5 ist die durchschnittliche Klassengröße in Niedersachsen. Es gibt Unterschiede in den einzelnen Schulformen und da und dort auch Spitzenwerte - die Schulen haben ja auch Gestaltungsfreiheit -, wobei man sagen kann, da ist es an der Kante.

(Glocke des Präsidenten)

Es wurde das Beispiel einer Grundschule genannt. Wenn wir durch die Lande fahren, dann stellen wir fest, dass die 1 850 Grundschulen nicht in erster Linie das Problem zu großer Klassen haben, sondern dass sie existenzielle Sorgen haben, weil die Kinder schon gar nicht mehr da sind. Da liegen doch die wahren Probleme.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Es besteht doch ein ganz anderer Auftrag, nämlich dafür zu sorgen, dass wir nach Möglichkeit alle Schulstandorte durch diese schwierigen Jahre bringen.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, die in der Geschäftsordnung festgelegte Redezeit ist schon überschritten. Aber Sie kommen, wie ich Sie kenne, jetzt sicherlich zum Schluss.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Ich bin sofort fertig. - Die Frage der Unterrichtsversorgung stellt sich natürlich immer wieder. Es ist schon ein Lob besonderer Art, Frau Eckel, wenn Sie sagen, wir würden uns Mühe geben. Das ist auch so, und das tun wir immer. Wir haben gemeinsam mit dem Finanzminister gesagt, wir las-

sen 400 Stellen, die aus demografischen Gründen vielleicht abbaubar wären, im System und tun etwas für die Unterrichtsversorgung. Wir haben die Feuerwehrmittel aufgestockt und anderes mehr. Unsere Hotline ist eine gute Einrichtung. Aber die Zahl der Anrufe hält sich angenehmerweise in Grenzen. In den Fällen, in denen angerufen wird, lösen wir die Probleme. Das wollen wir natürlich auch tun. Im Gymnasialbereich gibt es gewisse Engpässe. In manchen regionalen Ecken gibt es Engpässe, und manchmal sind sie auch fächer-spezifisch; das kennen wir. Aber wir arbeiten daran. Ich kann Ihnen sagen: Wir sind nie sorgenfrei. Aber der Kultusminister geht entspannt ins neue Schuljahr. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, es liegen mir zu Tagesordnungspunkt 1 keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 2:

47. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 15/4035 - hier: Eingaben, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen

Zu den Eingaben aus der 47. Eingabenübersicht liegen keine Änderungsanträge vor.

Da Wortmeldungen nicht vorliegen, wird eine Beratung nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit haben wir den Tagesordnungspunkt „Eingaben“ für diesen Tagungsabschnitt abschließend behandelt. Die für Freitag vorgesehene Behandlung der strittigen Eingaben entfällt, da Änderungsanträge nicht vorliegen.

Ich rufe nun auf

Tagesordnungspunkt 3:

Einzige (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Ausbildung für den gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienst in Niedersachsen - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/3595 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 15/4043 - Schriftlicher Bericht - Drs. 15/4054

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport lautet auf Annahme mit Änderungen.

Eine mündliche Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Beratung.

Das Wort hat der Abgeordnete Ahlers von der CDU-Fraktion. Ich erteile es ihm.

Johann-Heinrich Ahlers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl es sich heute um die einzige und abschließende Beratung im Plenum handelt, möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen feststellen, dass die Beratung dieses Gesetzentwurfs schon vor zwei Jahren begann und kürzlich im Innenausschuss endete. Gemäß Kabinettsbeschluss vom April 2005 galt folgendes Ziel: Im Bereich der Aus- und Fortbildung sollte es dringend zu einer Qualitätssteigerung kommen, und die Wirtschaftlichkeit sollte erhöht werden, wobei auch die gezielte Personalentwicklung geprüft werden sollte.

(Christa Elsner-Solar [SPD]: Jede Menge Druck gemacht!)

Die Regierungskoalitionen waren sich darin einig, dieses Ziel, die bisher getrennte Aus- und Fortbildung in einer Polizeiakademie zusammenzufassen, zu unterstützen.

Heute, meine Damen und Herren, sind wir sehr erfreut; denn heute, in der 125. Sitzung, also sozusagen in einer Jubiläumssitzung, können wir feststellen: Das Projekt ist im Plan.

Meine Damen und Herren, viele Menschen in Niedersachsen freuen sich auf diesen Gesetzentwurf,

(Heiterkeit bei der SPD)

der sich in Artikel 2 mit dem Gesetz über die Polizeiakademie Niedersachsen befasst und der sich in Artikel 3 mit der Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes beschäftigt

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und insoweit eine Änderung des § 53 bezüglich der Norddeutschen Fachhochschule für Rechtspflege und in § 67 a für die Kommunale Fachhochschule für Verwaltung in Niedersachsen eine neue gesetzliche Regelung enthält.

Meine Damen und Herren, bei den Anhörungen zu diesem Gesetzentwurf sagten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsen - meine Damen und Herren von der SPD, jetzt hören Sie einmal gut zu -: Wir begrüßen außerordentlich, dass die Ausbildung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst auf der kommunalen Ebene wieder in die kommunale Verantwortung zurückgeführt werden soll.

Die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirk Niedersachsen, meinten, dass die geplanten organisatorischen und inhaltlichen Abstimmungen von Aus- und Fortbildung unter dem Dach einer einheitlichen Einrichtung grundsätzlich zu begrüßen seien.

Aber wer nun meint, es müsse sehr kritisch mit dem Anliegen der Landesregierung umgehen, der sollte sich die Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei, Ausgabe Nr. 9 vom September letzten Jahres, anschauen. Zum Thema „Ausbildung im Umbruch“ wird dort vom Verfasser Folgendes geschrieben:

„Die mitunter geäußerte Befürchtung der Absenkung des Ausbildungs-niveaus an einer Polizeiakademie ist unbegründet; denn die Qualität der Ausbildung hängt bekanntlich ganz wesentlich von den inhaltlichen Strukturen eines Studiums und der Exzellenz der Lehrenden und wohl weniger von den Institutionen ab.“

(Zuruf von der SPD: Bachelor of Arts!)

Meine Damen und Herren, in dem Gesetzentwurf werden diese Anliegen berücksichtigt; genau so soll es vollzogen werden.

Ab dem 1. Oktober dieses Jahres, also in Kürze, beginnen 520 Polizeistudenten mit dem Bachelorstudium an der Polizeiakademie in Niedersach-

sen, die ihren Sitz in Nienburg/Weser haben wird. Wir freuen uns darauf, dass es zu einer feierlichen Begrüßung durch unseren Innenminister Uwe Schönemann kommen wird.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ausschlaggebend für den Standort in Nienburg waren sicherlich die zentrale Lage der Mittelweserstadt, insbesondere aber die landeseigene Liegenschaft der ehemaligen Fachhochschule für Architektur und Bau. Die Standorte in Hannoversch Münden und Oldenburg sind für uns unverzichtbar und werden zusammen mit Nienburg dafür benötigt, dass sich die Polizeiakademie künftig zu einer wissenschaftsbezogenen und zugleich praxisorientierten Aus- und Fortbildungsstätte entwickeln wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der zukünftige Bachelorstudiengang in der Polizeiakademie muss von einer sogenannten Akkreditierungsagentur akkreditiert werden. Das heißt, die Studiengrundordnung, die Modulbeschreibung, die Prüfungsordnung, das Informationshandbuch für die Studierenden und anderes werden von der Agentur begutachtet. Dadurch sollen u. a. die Qualität von Studium und Lehre gesichert, eine nationale und internationale Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse verbessert und die Transparenz des Studienjahrgangs erhöht werden. Es ist auch der Wille der Regierungsfractionen von CDU und FDP, dass sich die zukünftige Ausbildung in der Polizeiakademie konsequent an dem berufsspezifischen Anforderungsprofil ausrichten wird.

Mit dieser Kompetenzorientierung soll den Polizeibeamtinnen und -beamten genau das Fachwissen vermittelt werden, das sie im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung benötigen. Schwerpunkte hierbei sind z. B. taktische Kenntnisse und Fähigkeiten, die fachliche und sprachliche Ausdrucksfähigkeit und viele Dinge mehr. Aber eines halten wir für ganz wichtig: das Übernehmen von Eigenverantwortung.

Meine Damen und Herren, in den abschließenden Beratungen gilt heute unser Dank allen Projektbeteiligten, die mit außergewöhnlichem Engagement dazu beigetragen haben, dass dieses Projekt in der Tat im Plan ist. Während der letzten Beratungen dieses Themas im Ausschuss für Inneres und

Sport wurde einmal mehr deutlich, dass sich die gute Vorarbeit des Innenministeriums offensichtlich ausgezahlt hat.

(Sigrid Leuschner [SPD]: Das teilt aber der GBD nicht!)

Die Beratungen mit dem Gesetzes- und Beratungsdienst haben wesentlich dazu beigetragen, dass der Gesetzentwurf in der Form, wie er in der Ausschussempfehlung in der Landtagsdrucksache abgedruckt ist, abstimmungsreif ist. Wer dazu etwas lesen will, sollte vielleicht das Protokoll über die letzte Innenausschusssitzung lesen. Bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs hat sich lediglich der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet. Sie, Herr Innenexperte Heiner Bartling, und Ihre Kollegen haben kein Wort dazu gesagt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Das ist jetzt der Grund, warum wir das ablehnen müssen! - Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich vermute einmal, dass die SPD-Fraktion gegen den Gesetzentwurf stimmen wird, obwohl sie sich im Innenausschuss nicht geäußert hat.

(Heiner Bartling [SPD]: Eine richtige Vermutung!)

Vermutlich tun Sie dies, weil Veränderungen nun einmal der Feind des Bestehenden sind.

(Lachen bei der SPD)

Wir von der CDU-Fraktion sind aber der Auffassung, dass Stillstand Rückschritt bedeutet. Wir wollen eine moderne Aus- und Fortbildung im Bereich der nichttechnischen Verwaltungsdienste in Niedersachsen und stimmen diesem Gesetzentwurf uneingeschränkt zu. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Herzlichen Glückwunsch!)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Professor Dr. Lennartz das Wort.

(Zuruf von der SPD: Albert, ein bisschen seriöser, bitte!)

Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Hildesheim wird zugleich mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, wenn es heute beschlossen werden sollte, zum 1. Oktober abgeschafft. Das ist aus unserer Sicht ein schwerer Fehler.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Man hätte sie mit der dortigen Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst fusionieren können und sollen. Dabei wären Synergieeffekte erreichbar gewesen. Zugleich wären der hochschulische Charakter der Ausbildung gestärkt und die Akkreditierung der Studiengänge sicher gewesen. Mittelfristig wäre das, was man jetzt für die Ausbildung für die allgemeine Verwaltung plant, nämlich ein Studium an der Fachhochschule Osnabrück, dann auch für den Polizeibereich erreichbar, nämlich eine Ausbildung an einer normalen Hochschule. Aber dies fürchten die Polizeiführung und der Innenminister so, wie angeblich der Teufel das Weihwasser fürchtet.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Bei der Ausbildung der Polizei muss der Innenminister immer den Daumen drauf haben. Was jetzt in Gestalt einer Polizeiakademie kommen soll, ist keine Hochschulausbildung mehr, sondern nur eine „hochschulangenäherte“ Ausbildung, wie es der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst in unseren Beratungen im Innenausschuss formuliert hat.

Meine Damen und Herren, aus Zeitgründen gehe ich nicht detailliert auf die Geschichte der Standortschacherei ein. Herr Ahlers hat eben darauf hingewiesen, dass Nienburg der neue zentrale Standort der Polizeiakademie sein soll. Das war der Preis für das Motto der Landesregierung „Die Fläche stärken“. Die Fläche fühlte sich dadurch natürlich bemüßigt, zu sehen, wie sie gestärkt wird. Nachdem die Zusage, in Nienburg eine Regierungsvertretung einzurichten, zurückgezogen worden war, musste die Polizeiakademie dorthin. Auf die Probleme der Standortpolitik in Celle kann ich aus Zeitgründen nicht eingehen; aber dies ist ein Thema für sich, das zu beleuchten interessant wäre.

Ich komme auf den Gesetzentwurf zurück. In der Polizeiakademie soll ein Bachelor vergeben werden, ursprünglich war es sogar ein Bachelor of Arts. Das fände ich angesichts der Arbeit der Polizei sehr passend. Ich habe mir schon vorgestellt, wie die Lehrveranstaltung mit dem Titel „Ästhetik des Wasserwerfereinsatzes“ in der Polizeiausbildung durchgeführt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heiterkeit bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP)

Nun hat man sich, um solche Lehrveranstaltungen zu vermeiden, darauf beschränkt, nur einen Bachelor zu vergeben. Zur Begründung für diesen Hochschulabschluss nach einer Ausbildung, die nicht hochschulisch, sondern nur hochschulangehört ist, hat das Innenministerium ausgeführt, dass die Eingangsvoraussetzungen für Professoren denen an Fachhochschulen entsprechen. Das ist doch eigentlich komisch, meine Damen und Herren. Wie passt es zusammen, wenn man keine Hochschulausbildung durchführt, aber einen Hochschulabschluss verleiht und Hochschulprofessoren benötigt? - Des Rätsels Lösung liegt in der Antwort auf die Frage, warum die Landesregierung eine Akademie anstatt einer Fachhochschule will: weil sie die Gremienstruktur einer Hochschule mit Selbstverwaltungsrechten und Gruppenparität in den Gremien nicht will. In Niedersachsen bedeutet Polizeiausbildung in Zukunft wieder Ansage und Gehorsam.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies mag manchem Konservativem in der CDU richtig vorkommen und sympathisch sein. Ich frage mich aber, warum die FDP bei einem solchen Konzept mitmacht. In Ihren Sonntagsreden, meine Damen und Herren von der FDP, sprechen Sie doch immer von Bürgerrechten und Erziehung zur Mündigkeit, legen also typische Alt-68er-Gesinnung an den Tag.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn es aber zu Entscheidungen kommt und wenn Sie intern abstimmen, wie es laufen soll, dann gilt wieder das tägliche Prinzip „hinterher und abnicken“. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Bartling das Wort.

Heiner Bartling (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu der Standortfrage könnte man natürlich noch eine ganze Menge sagen. Bei den Polizeibediensteten werden Sie kaum jemanden finden, der dafür Verständnis hat, warum man jetzt in Nienburg die zentrale Ausbildungseinrichtung für die Polizei einrichtet. Es bleibt ein Geheimnis dieser Landesregierung, warum die Akademie ausgerechnet in Nienburg ihren Sitz haben soll.

Man kann ein solches Thema natürlich nicht behandeln, ohne auf die Anmerkungen einzugehen, die eben von Herrn Ahlers gemacht wurden. Wir haben uns zu diesem Gesetzentwurf durchaus geäußert; Frau Leuschner hat dies sehr intensiv getan. Aber wir haben auch kein Hehl daraus gemacht, dass wir es für grundlegend falsch halten, die Fachhochschulausbildung durch eine Akademieausbildung abzulösen. Da wir wussten, dass die Mehrheit so entscheiden würde, erschien es uns nicht sinnvoll, im Ausschuss über Einzelheiten zu diskutieren.

Eine solche Veränderung muss man in den Kontext stellen, wie die Landesregierung mit der Polizei umgeht. Ich möchte Ihnen dazu einige Beispiele nennen. Vor Kurzem konnten wir in der emsländischen Zeitung *Der Wecker* Folgendes lesen - ich zitiere aus einer Ausgabe vom 9. September:

„Auch der emsländischen Polizeiführung ist der Steueranteil des Treibstoffes in Deutschland offenbar zu hoch. Wie jetzt bekannt wurde, gibt es für die Autobahnpolizei Lingen/Lohne von der zuständigen Polizeiinspektion Emsland eine Dienstanweisung, nach der mit Diesel betriebene Dienstfahrzeuge in den Niederlanden zu betanken sind. Damit könne die Polizei im Jahr rund 5 000 Euro an Kraftstoffkosten einsparen, so die Führung der Polizeiinspektion.“

Meine Damen und Herren, was soll man dazu eigentlich noch sagen? Das ist geradezu organisierte Steuerhinterziehung. Ich finde es ein bisschen peinlich, welche Ausmaße der Mangel an

Ausstattung unserer Polizei zurzeit annimmt. Das, meine Damen und Herren, ist die derzeitige Polizeiwirklichkeit in Niedersachsen nach vier Jahren CDU/FDP-Landesregierung.

Allerdings gibt es doch auch etwas Gutes zu berichten, nämlich die Verhinderung der Abschaffung der zweigeteilten Laufbahn. Wenn wir nicht gemeinsam mit den Berufsverbänden der Polizei den Versuch unternommen hätten, dies zu verhindern, dann wäre es in der Tat umgesetzt worden. Denn das stand in dem Programm der CDU zu Beginn der Legislaturperiode.

Ich möchte noch ein Zitat aus dem Wahlprogramm der CDU anführen:

„Ferner ist zu prüfen, inwieweit Aufgaben, die nicht zwingend von Polizeivollzugsbeamten wahrgenommen werden müssen, auf Angestellte übertragen werden können.“

Das genaue Gegenteil ist gemacht worden, meine Damen und Herren: Angestelltenstellen wurden abgebaut. Aber Sie behaupten, Sie hätten zusätzliche Vollzugsbeamte auf die Straße gebracht. Dabei verschweigen Sie, dass diese angeblich zusätzlichen Vollzugsbeamten Verwaltungsaufgaben wahrnehmen müssen, die früher von Angestellten erledigt wurden. Auch das ist Polizeiwirklichkeit in Niedersachsen.

Die CDU-Fraktion in diesem Hause sollte sich schon darauf ansprechen lassen, was Sie zu Beginn der Legislaturperiode alles versprochen hat. Da heißt es z. B.:

„Wir wollen für Niedersachsen die beste Polizei. Mit dem ‚Zukunftsprogramm Polizei‘ werden wir für eine bessere materielle und technische Ausstattung der Polizei sorgen.“

Das sind schöne Worte, meine Damen und Herren, aber leider steckt nichts dahinter.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter Bartling, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Biallas?

Heiner Bartling (SPD):

Nein. Ich musste ja vorhin schon zur Kenntnis nehmen - der Herr Kultusminister hat das gesagt -, dass wir wenig Zeit haben und deshalb keine Fra-

gen beantwortet werden könnten. Erlauben Sie mir deswegen bitte, weiter im Zusammenhang vorzutragen. Aber der Kollege Biallas wird sicherlich noch Gelegenheit haben, hier zu sprechen.

Meine Damen und Herren, nach der Demontage von Bezahlung und Ausstattung wollen CDU und FDP mit dem Gesetz, das heute verabschiedet werden soll, auch noch die Polizeiaus- und -fortbildung zerschlagen. Es ist aus meiner Sicht ein absoluter Anachronismus, dass in Niedersachsen die Polizeiausbildung „herabgestuft“ wird, indem sie nun an einer Berufsakademie und nicht mehr an einer Fachhochschule stattfinden soll, obwohl die Länder gerade per Staatsvertrag die bisherige Führungsakademie in Münster-Hiltrup zur „Deutschen Hochschule der Polizei“ aufgewertet haben. Die Absurdität dieses niedersächsischen Weges spiegelt sich übrigens auch in der inzwischen abgeschlossenen verzweifelten Suche nach einer Berufsbezeichnung wider.

Meine Damen und Herren, falls es zu diesem falschen Weg - ich will das nicht als Chaos bezeichnen - noch eine Steigerung gibt, dann vielleicht im Bereich der Fort- und Weiterbildung. Sie erinnern sich vielleicht noch daran, dass im letzten Jahr durch unsere Intervention gerade noch verhindert werden konnte, dass das Landeskriminalamt aus Geldmangel eine Fachtagung zum internationalen Terrorismus absagte.

(Reinhold Coenen [CDU]: Herr Bartling, mir kommen die Tränen!)

- Da brauchen Ihnen gar nicht die Tränen zu kommen, Sie müssen nur die entsprechenden Reaktionen zeigen. Diese Tagung wurde dann doch noch durchgeführt, obwohl sie eigentlich schon abgesagt war. Ich kann Ihnen das Fax zeigen, falls Sie immer noch nicht bereit sind, die Realität zur Kenntnis zu nehmen.

(Zustimmung bei der SPD)

Mit dem Gesetz, das heute verabschiedet werden soll, wird das Bildungsinstitut für die Polizei in Niedersachsen quasi mit einem Federstrich aufgelöst. Jetzt könnte man erwarten, dass sich die Landesregierung schon ausreichend Gedanken darüber gemacht hat, wie die Fort- und Weiterbildung künftig organisiert werden soll. Immerhin ist Fortbildung eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Polizeiarbeit. Denken Sie bitte an Eigensicherung und Selbstverteidigung. Die Anzahl der Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten hat in der letzten

Zeit ja dramatisch zugenommen. Oder denken Sie an Fortbildung in Sachen Spurensicherung, um auch den ins Stocken geratenen Anstieg der polizeilichen Aufklärungsquote ein wenig zu beschleunigen.

Das alles sind wichtige Themen. Doch ein Konzept der Landesregierung, wie die Fortbildung künftig organisiert werden soll, liegt bis zum heutigen Tage nicht vor. Ich halte es für ein Armutszeugnis, dass bis heute augenscheinlich kein einziger Gedanke an die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizei verwendet worden ist.

Ich halte es für eine beispiellose Ressourcenverschwendung, dass die Landesregierung bzw. der Innenminister weder willens noch in der Lage zu sein scheint, für eine angemessene Fortbildung der Polizei zu sorgen. Offenbar hat sich bei FDP und CDU noch nicht herumgesprochen, was für uns eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist: Wer eine gute, qualifizierte und erfolgreich arbeitende Polizei haben will, der muss sie nicht nur gut bezahlen, sondern auch gut ausbilden und die Voraussetzungen für Fortbildung schaffen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Zu einer Kurzintervention hat sich der Abgeordnete Biallas gemeldet. Herr Biallas, Sie kennen die Geschäftsordnung. Ich erteile Ihnen das Wort.

Hans-Christian Biallas (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bartling, ich hätte Ihnen gerne eine Frage gestellt, aber das haben Sie nicht ermöglicht. Deswegen habe ich mich zu einer Kurzintervention gemeldet.

Dass gerade Sie sich darüber auslassen, wie Polizeiautos betankt werden, hat mich doch stark beunruhigt.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Zumal du ja Experte bei diesem Thema bist!)

Ich hatte den Eindruck, Sie haben vergessen, dass zu der Zeit, in der Sie Innenminister waren, im August per Erlass geregelt wurde, dass Funkstreifenwagen nur die notwendigsten Fahrten machen sollten. Denn Sie hatten im Haushalt bei Weitem

nicht genug Mittel vorgesehen, damit der Kraftstoff bezahlt werden konnte. Dass wir jetzt von Ihnen eine Belehrung über die Betankung von Kraftfahrzeugen erhalten, ist schon recht komisch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zur Fort- und Weiterbildung: Es gibt überhaupt keinen Zweifel daran, dass die Fort- und Weiterbildung wichtig ist. Sie ist auch vorgesehen. Aber es ist vorgesehen, dass sie am Bedarf orientiert ist. Es werden nicht, wie es bei Ihnen der Fall war, Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt, die zum Teil nur zur Hälfte belegt sind und zu denen noch Beamte eingeladen werden müssen, weil noch Platz ist. Ein solches Fortbildungskonzept ist völlig überflüssig. Überflüssig waren auch einige Fortbildungsveranstaltungen, die Sie angeboten haben, wie zur Vorbereitung auf den Ruhestand gemeinsam mit dem Partner. Das können wir uns nicht mehr leisten, und das werden wir auch nicht mehr machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Letzte Bemerkung:

Vizepräsident Ulrich Biel:

Das ist leider nicht mehr möglich. Ihre Redezeit ist abgelaufen. Herr Biallas, sie müssen das Redepult verlassen.

(Der Präsident schaltet das Mikrofon ab - Hans-Christian Biallas [CDU]: Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Bartling, dass ich jetzt weiß, warum Sie dagegen sind. Das wusste ich vorher noch nicht. - Vielen Dank, Herr Präsident. - Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Bartling, möchten Sie darauf antworten?

(Heiner Bartling [SPD]: Nein, um Gottes willen!)

Herr Bode, dann haben Sie für die FDP-Fraktion das Wort.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bartling, große Teile Ihrer Rede hatten mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gar nichts zu tun. Deshalb erspare ich mir, darauf einzugehen. Ich gehe mehr auf die Rede des Kollegen Lennartz ein, der sich im Gegensatz zu Ihnen auch im Aus-

schuss sehr intensiv mit den Ansprüchen und Herausforderungen des Gesetzentwurfs und auch den Klippen, die wir umschiffen mussten, auseinandergesetzt hat.

Wir hatten in der Tat ein großes Ziel, nämlich die Aus- und Weiterbildung neu zu gestalten und zu optimieren. Das Bessere ist immer der Feind des Guten, deshalb sind wir neue Wege gegangen und haben dabei auch die Haushaltsmittel berücksichtigt. Wir haben im Haushaltsausschuss darüber diskutiert und festgestellt, dass wir etliche Millionen Euro durch die gesamte Neukonzeptionierung der Aus- und Weiterbildung und die Umstrukturierung der ehemaligen Fachhochschule in Hildesheim einsparen werden. Das muss man immer berücksichtigen.

Wir erzielen aber nicht nur Einsparungen, sondern wir haben bei der Polizeiausbildung auch darauf geachtet, dass wir die Praxisanforderungen in dem Konzept verbessern. Die Praxisausbildung der Polizei sollte auf ein einheitliches Level gebracht werden. Sie soll zentral vorgenommen werden, und die Beamten sollen den gleichen Standard haben. Dabei hat sich, wie Dr. Lennartz ausgeführt hat, bei der Fachhochschule ein grundsätzliches Problem gestellt. Denn wenn bei der Polizeiausbildung die Auszubildenden Beamte auf Widerruf sein sollen - und das müssen sie sein, wenn man in der Ausbildung mit hoheitlichen Rechten arbeitet -, dann muss man einerseits die verfassungsrechtlichen Vorgaben des Beamtenrechts berücksichtigen - es findet also ein starker Eingriff des Staates in die Ausbildung statt. Wenn man aber andererseits eine Hochschulausbildung voraussetzt, dann braucht man verfassungsrechtliche Vorgaben des Hochschulrechts oder des Akademiereichs. Deshalb mussten wir dafür Sorge tragen, dass eine Akkreditierung der Ausbildung möglich ist, und haben bei beiden Systemen diesen „Zwitterweg“ gewählt und so ausgestaltet, dass er verfassungsrechtlich möglich und beispielgebend für die anderen Bundesländer ist. Wir haben voraussichtlich eine unbedenkliche Akkreditierung, und gleichzeitig können andere Länder schauen, wie wir das in Niedersachsen gemacht haben.

In diesem Zusammenhang gab es eine interessante Pressemitteilung der SPD zum Thema „Wie soll denn der Abschluss heißen?“. Beim Thema Wasserwerfer muss man das mit dem Bachelor of Arts gar nicht so ins Lächerliche ziehen, Herr Dr. Lennartz.

Herr Lennartz, die Kultusministerkonferenz hat gesagt, dass es drei Abschlussbezeichnungen für den Bachelor gibt. Es gibt den Bachelor of Law, den Bachelor of Arts und den Bachelor of Science. Sie können feststellen, dass keine der drei Berufsbezeichnungen optimal passt und ideal ist. Wenn man einen neuen Begriff kreiert wie den, der vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst vorgeschlagen ist, nämlich „Bachelor of Polizeiakademie“ oder Ähnliches, dann würde man ein noch größeres Wirrwarr in dem Bereich anrichten und durchaus Rechtsunsicherheit auslösen. Von daher ist es sinnvoll, den Bachelor einfach „Bachelor“ zu nennen und den Abschluss als Hochschulabschluss zu gewährleisten. Angehörige der Polizei werden weiterhin die Führungsakademie besuchen können. Wir haben die Ausbildung optimiert. Die Polizeibeamten werden auf ihre Aufgaben optimal vorbereitet. Außerdem haben wir die Weiterbildung optimiert. Von daher ist das heute ein guter Tag für Niedersachsen, weil dieses Gesetz gut für die Polizei ist. Das haben auch die Berufsvertretungen so gesehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heiner Bartling [SPD]: Das Volk wartet darauf!)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Landesregierung hat Herr Minister Schünemann das Wort.

Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bartling, ich kann sehr gut verstehen, dass es sehr schmerzt, wenn man vor der Presse eine Bewerbungsrede hält und die Presse davon nichts abdruckt. Dann kann man versuchen, die Allgemeinplätze am nächsten Tag hier noch einmal anzubringen.

(Heiner Bartling [SPD]: Es gibt noch viele Gelegenheiten!)

Aber diese Unwahrheiten werden weder in der Presse noch in der Öffentlichkeit und schon gar nicht bei der Polizei in irgendeiner Weise greifen.

(Sigrid Leuschner [SPD]: Warten Sie es ab, Herr Minister!)

Herr Kollege Biallas hat schon darauf hingewiesen: Es schmerzt genauso, dass im Sommer keine

Schlagzeilen gedruckt worden sind, wonach die Polizei kein Geld mehr für das Tanken hat. Wir haben die Budgetierung eingeführt. Wir haben Budgets in ausreichender Höhe angelegt, sodass insbesondere hinsichtlich der Sachausstattung bei der Polizei Zufriedenheit herrscht. Das ist richtig so, und deshalb wollte ich diesen Hinweis meinen Ausführungen vorausschicken.

(Beifall bei der CDU - Heiner Bartling
[SPD]: „Zufriedenheit“, das war wichtig!)

- Zufriedenheit. Das möchte ich betonen, damit das im Protokoll steht, weil das tatsächlich der Fall ist. - Sie werden es auch in den nächsten Monaten nicht schaffen, dass es andere Schlagzeilen gibt, weil das eine Tatsache ist. Ich schaue mir jeden Monat die Budgets an und stelle fest, dass sie hervorragend sind.

Außerdem freue ich mich ganz besonders darüber, dass Sie mir die Gelegenheit geben, auf den deutsch-niederländischen Vertrag einzugehen. Ich kann Ihnen sagen, dass wir eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen den niedersächsischen Polizeibehörden und den niederländischen Polizeibehörden haben. Ich finde es eine tolle Gelegenheit, dass es in dem Bereich einen Austausch gibt und durchaus auch einmal drüben getankt wird. Umgekehrt tanken wahrscheinlich auch die Niederländer hier bei uns. Das hat übrigens auch etwas mit dem Budget zu tun. Ich meine, dass wir uns auf das konzentrieren sollten, worum es hier geht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie mich Folgendes mit allem Ernst sagen, weil es wirklich wichtig ist. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und insbesondere unserer Verwaltung hängt ganz entscheidend von der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ab. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass es uns gelungen ist, hier eine Lösung für alle nichttechnischen Bereiche zu präsentieren, die in die Zukunft weist. Es wird ein Zukunftsmodell sein. Ich weiß, dass andere Bundesländer bereits auf dieses Modell schauen. Leider ist man aber auf Ihrer Seite des Hauses Zukunftsmodellen nicht gerade zugeneigt.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie haben noch vor einem Jahr hier im Parlament die Pläne zur Errichtung der Steuerakademie be-

kämpft. Seit einem Jahr ist die Steuerakademie begründet, bewährt und im nationalen Kontext durchaus anerkannt. Ich sage Ihnen, dass es sich bei den anderen vier Bereichen, um die es hier geht, ähnlich verhalten wird. Wir werden mit dem heutigen Beschluss die Norddeutsche Fachhochschule für Rechtspflege mit Sitz in Hildesheim und die Polizeiakademie mit Sitz in Nienburg gründen und vor allen Dingen den Kommunen wieder die Möglichkeit eröffnen, ihre Ausbildung und vor allem die Fortbildung zusammenzuführen, was sehr wichtig ist.

Wir haben damit etwas auf den Weg gebracht, was im Kontext noch gar nicht so sehr im Vordergrund steht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, diejenigen, die nicht in das Parlament gehören, aber hier ihre Versammlung abhalten, gehen sofort hinaus!

Uwe Schönemann, Minister für Inneres und Sport:

Wir haben eine Externalisierung für die Ausbildung zum Verwaltungswirt an der Universität in Osna-brück vorgesehen. Das ist ein bereits bestehender Studiengang, der für die Praxis, für die Wirtschaft und für die Verwaltung angeboten wird. Das ist meines Erachtens wirklich ein Zukunftsmodell. Ich bin sicher, dass hiermit gerade der Austausch zwischen den Bereichen der Verwaltung und der Wirtschaft befördert wird. Wir werden bei der Föderalismusreform die Möglichkeiten, die wir haben, in diesem Sinne weiter nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zur Polizeiakademie sagen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Hier wird geäußert, wir hätten sie aus der allgemeinen Fachhochschule herausgerissen. Das wird teilweise sogar als Bedrohung dargestellt. Ich finde es sehr bedenklich, dass Sie, Herr Dr. Lennartz, das in dem Zusammenhang immer wieder so darstellen. Wir haben uns angeschaut, wie die Fachhochschule in Hildesheim aufgebaut war. Die vier nebeneinander liegenden Bereiche haben überhaupt keine Verknüpfung gehabt. Was nicht zu-

sammengehört, sollte man auch nicht krampfhaft zusammenschweißen, weil es dadurch keine Synergieeffekte gibt.

(Beifall bei der CDU)

Da macht es Sinn, dass man die Polizeiausbildung sehr viel fachgerechter umsetzt und schlanke Strukturen vorhält. Deshalb haben wir die Lösung einer Polizeiakademie gewählt. Vor allem sollte man aber die Inhalte auf die Theorie, aber auch auf die Praxis ausrichten.

Natürlich wollen wir den niedersächsischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Möglichkeit geben, an der Deutschen Hochschule für Polizei den Masterabschluss zu bekommen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Deshalb endet die Ausbildung an der Polizeiakademie mit dem Bachelorabschluss. Der Bologna-Abschluss dürfte Ihnen durchaus bekannt sein. Ich halte es für sinnvoll, dass wir darüber nachdenken, ob in der Zukunft einige Studienabschnitte sogar im Ausland absolviert werden können. Auch das ist in der Vorbereitung, und das haben wir somit umgesetzt.

Die Agentur ACQUIN, die die Vorschläge zur Gründung der Polizeiakademie geprüft hat, hat uns bereits gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Denn das Gutachten, das uns vorgelegt worden ist, macht deutlich, dass wir der Akkreditierung Ende dieses Monats mit großer Zuversicht und Gelassenheit entgegen sehen können. Die Gutachter haben gesagt, dass der Aufbau, den wir gewählt haben, beispielhaft nicht nur für Niedersachsen, sondern auch darüber hinaus ist. Das macht mich hoffnungsfroh, dass wir gerade im Bereich der Polizei den richtigen Weg finden, um den Anspruch an Theorie und Praxis tatsächlich umzusetzen.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns von denjenigen, die immer wieder sagen, dass wir nichts verändern dürfen, nicht Bange machen lassen. Die Bezirksregierungen sind abgeschafft worden. Es gab ein großes Bohei. Jetzt höre ich, weil das der einzige Punkt Ihrer Bewerbungsrede ist, der veröffentlicht worden ist, dass die Bezirksregierungen nicht wieder eingeführt werden sollten. Das finde ich toll.

(David McAllister [CDU]: Bartling scheint dazuzulernen!)

Das Verfahren der Errichtung der Steuerakademie hat gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, Sie werden sehen, dass wir heute nicht nur diese neuen Formen der Ausbildung für den öffentlichen Dienst auf den Weg bringen, sondern auch alles daransetzen, dass die Weiterbildung im Bereich des öffentlichen Dienstes noch intensiviert wird. Am Beispiel der Polizeiakademie kann es deutlich gemacht werden: Wenn ich Ausbildung und Fortbildung zusammenfasse und die Professoren, die in diesem Bereich tätig sind, auch im Bereich der Weiterbildung mit einsetze und den Übergang von der Praxis in die Lehre und zurück ermögliche, dann weiß ich, dass ich auf dem richtigen Weg bin. Ich weiß, dass wir die Früchte daraus in der Zukunft gemeinsam werden ernten können. Das Wichtigste aber ist, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst eine hervorragende Ausbildung haben. Dafür kann heute im Parlament eine noch stärkere Basis gelegt werden. - Ich bedanke mich dafür, dass es dafür eine breite Zustimmung gibt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen nun zur Einzelberatung.

Artikel 1. - Unverändert.

Artikel 2. - Hierzu liegt die Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer der Änderungsempfehlung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 3. - Hierzu liegt die Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 4. - Hierzu liegt die Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 5. - Hierzu liegt die Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 6. - Hierzu liegt die Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 7. - Unverändert.

Artikel 8. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das Erste war die Mehrheit. Somit ist dem Gesetz zugestimmt worden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen jetzt eine angenehme Mittagspause. Pünktlich um 15 Uhr sehen wir uns hier wieder.

Unterbrechung der Sitzung: 13.01 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 15.01 Uhr

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass Sie sich nach der Mittagspause pünktlich hier wieder eingefunden haben.

Ich möchte Ihnen noch etwas zur Tagesordnung mitteilen. Die Fraktionen haben vereinbart, die Große Anfrage „Krippenplätze in Niedersachsen“ - das ist Tagesordnungspunkt 12 - erst im Oktober-Plenum zu diskutieren. Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 14 soll direkt überwiesen werden.

Ich rufe nun vereinbarungsgemäß die Tagesordnungspunkte 4 und 5 gemeinsam auf, also

Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008 - HG 2008 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/4000

und

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/4025

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes der Landesregierung erteile ich dem Finanzminister das Wort.

(Unruhe)

Zunächst bitte ich aber um etwas mehr Ruhe hier im Saal. - Danke schön.

Herr Minister Möllring, Sie haben das Wort.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2008 vor, der zugleich auch eine Art finanzpolitische Zwischenbilanz gegen Ende unserer ersten Legislaturperiode darstellt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Der letzten! Eine Schlussbilanz!)

- Herr Jüttner, Sie sind einfach ein toller Kerl.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Da bin ich ausnahmsweise mal Ihrer Meinung! Ausnahmsweise mal kein Widerspruch! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Dass Möllring keine Worte findet, haben wir selten!)

- Was Sie bisher als Alternative zu uns dargestellt haben, macht uns noch keine Angst. Wir müssen nur vorsichtig sein, dass wir nicht überheblich werden. Das ist das Gefährliche an Ihrer Mannschaft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn man eine Bilanz dessen zieht, was wir haushaltspolitisch in den vergangenen viereinhalb Jahren geschafft haben, dann können wir - ich glaube, das kann man ruhig sagen - zu Recht stolz sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich können und werden wir uns nicht auf den errungenen Lorbeeren ausruhen. Die Lorbeeren gehören ja auch auf den Kopf. Es liegt noch ein langer Weg vor uns, bis wir die Finanzen in Niedersachsen als wirklich saniert bezeichnen können. Dies ist vor allem der katastrophalen Ausgangslage geschuldet, in der wir die Landesfinanzen im Frühjahr 2003 übernommen haben.

Lassen Sie mich vier Beispiele nennen:

Erstens. Die Nettokreditaufnahme betrug im Jahr 2002 unverantwortliche 2,95 Milliarden Euro und überstieg damit die nach der Niedersächsischen Verfassung zulässige Grenze um mehr als 1,5 Milliarden Euro.

Zweitens. Trotz dieser enorm hohen Kreditaufnahme entstand darüber hinaus für das Jahr 2002 ein Fehlbetrag in Höhe von 230 Millionen Euro, den wir in unserem zweiten Regierungsjahr, im Jahr 2004, ausgleichen mussten.

Drittens. Für 2003 waren verschiedene Ansätze in Höhe von 195 Millionen Euro nicht ausfinanziert, weil sie von der alten Landesregierung schlicht nicht realistisch dotiert wurden. Ich darf diese Ansätze einmal vortragen. Insbesondere waren dies 12 Millionen Euro für Castoreinsätze der Polizei, 50 Millionen Euro für die Verlässliche Grundschule, 26 Millionen Euro für 700 Lehrer, die Sie noch im November 2002 eingestellt, aber nicht finanziert hatten, 28 Millionen Euro für zusätzliches Wohngeld, 24 Millionen Euro für Auslagen in Rechtssachen, 20 Millionen Euro für Beihilfen und 24 Millionen Euro für den Hochbauhaushalt, weil Sie Aufträge erteilt hatten, für die die Finanzen nicht im Haushalt standen. Das sind zusammen 195 Millionen Euro, die wir nachfinanzieren mussten.

Viertens. Sie hatten die Einnahmen um 250 Millionen Euro zu hoch angesetzt.

Daraus addiert sich eine Lücke von 675 Millionen Euro, die wir vorgefunden haben und zunächst schließen mussten, ohne politisch gestalten zu können. Kurz gesagt: Die Landesfinanzen standen

bei Regierungsübernahme vor dem Kollaps. Insofern blieb uns seinerzeit nichts anderes übrig, als erst einmal alle für uns erkennbaren Fakten auf den Tisch legen und mit dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2003 zu sortieren, sodass Grund in die Sache kam. Anschließend haben wir uns Jahr für Jahr und Schritt für Schritt dem Ziel genähert, bis zum Ende dieser Legislaturperiode überhaupt erst einmal wieder einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Um die haushaltspolitischen Zielsetzungen der FDP und der CDU zu erreichen, war und ist eine strikte Haushaltsdisziplin notwendig, die wir auch eingehalten haben. Zu diesem Zweck haben die Landesregierung und ihr folgend die beiden Fraktionen von FDP und CDU im Landtag konsequent und nachhaltig Einsparungen im Umfang von 1,5 Milliarden Euro vorgenommen und eine Verwaltungsmodernisierung angeschoben, die ihresgleichen sucht. Es ist richtig: Vielen Menschen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Landesverwaltung haben wir dabei eine Menge zumuten müssen. Diese Einsparungen von 1,5 Milliarden Euro sind übrigens nicht nur einmal erreicht worden, sondern nachdem sie im Jahre 2005 erreicht wurden, sind die entsprechenden Beträge in den Jahren 2006 und 2007 eben auch nicht mehr im Haushalt erschienen. Wenn wir den Haushalt wie geplant verabschieden, wird diese Summe auch im Jahre 2008 nicht im Haushalt stehen. Wir haben damit insgesamt Ausgaben von mehr als 6 Milliarden Euro aus dem Haushalt gestrichen. Das ist Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dies alles ist uns natürlich nicht leicht gefallen, aber Haushaltskonsolidierung ist eben kein Selbstzweck. Wir haben damit finanzielle Handlungsfreiheit zurückgewonnen. Das war notwendig, um uns und künftigen Generationen Gestaltungsspielräume überhaupt erst wieder zu öffnen. Schließlich sind in Niedersachsen weiterhin rund 2,4 Milliarden Euro oder 10 % der Gesamtausgaben für Zinsausgaben vorgesehen, übrigens aufgrund des sich erhöhenden Zinsniveaus mit steigender Tendenz. Die Versorgungsausgaben für Beamte betragen ebenfalls rund 2,4 Milliarden Euro, Tendenz auch hier steigend. Damit sind 20 % der Ausgaben, also jeder fünfte Euro, im Haushalt bereits vorab gebunden. Dieses Geld fehlt natürlich an anderer Stelle, weil auch die öffentliche Hand je-

den Euro nur einmal ausgeben kann. Daher müssen wir heute die Ansprüche an den Staat und - das muss ich auch sagen - die Ansprüche des Staates zurückstellen und gleichzeitig für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Langfristig tragfähige Finanzen - das hat auch etwas mit Nachhaltigkeit zu tun - werden wir nur erreichen, wenn uns beides gelingt: die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine Weichenstellung für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Das Ziel des verfassungskonformen Haushalts haben wir bereits in diesem Jahr und damit ein Jahr früher als geplant erreicht. Der heute zur Beratung stehende Haushaltsplanentwurf 2008 ist ein weiterer eindrucksvoller Beweis dafür, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen ihre ambitionierten Ziele auch umsetzen; denn wir sind wieder ein wichtiges Etappenziel weitergekommen. Wir senken die Nettokreditaufnahme zum sechsten Mal in Folge, und es gibt einen klaren Kurs hin zu einem Haushalt ohne Nettokreditaufnahme bereits zur Mitte der nächsten Wahlperiode, nämlich im Jahr 2010.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Haushaltsjahr 2007 haben wir die Nettokreditaufnahme, also die Aufnahme neuer Schulden, um 850 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr verringert. Im Haushaltsplan 2008 senken wir sie noch einmal um weitere 350 Millionen Euro, und zwar bezogen auf die verringerte Ausgangsbasis 2007. Das heißt, allein in diesen beiden Jahren haben wir 1 Milliarde Euro neue Schulden vermieden. Die Nettokreditaufnahme beträgt im nächsten Jahr mit 600 Millionen Euro nur noch ein Fünftel der Summe aus dem Jahre 2002. Wir haben die Nettokreditaufnahme damit um 80 % reduziert. Die Kreditfinanzierungsquote beträgt im nächsten Jahr noch 2,5 % - nach 13,3 % im Jahre 2002.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit Sie sehen, welche Leistung das ist, darf ich hervorheben: Eine geringere Nettokreditaufnahme hat es zuletzt vor 35 Jahren, also im Jahre 1973, gegeben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Natürlich hat uns die derzeitige Entwicklung der Steuereinnahmen bei der zwingend notwendigen

Haushaltskonsolidierung unterstützt. Durch die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung des vergangenen und des laufenden Jahres sowie die derzeit weiter günstigen wirtschaftlichen Perspektiven konnten die Einnahmeerwartungen für den Landeshaushalt gegenüber der Mipla korrigiert werden: in Höhe von 1,4 Milliarden Euro für das nächste Jahr und in Höhe von 1,6 bzw. 1,7 Milliarden Euro für die Jahre 2009 und 2010. Aber Sie wissen, wie schnell sich das ändern kann.

Diese Zahlen berücksichtigen bereits die finanziellen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform ab 2008 und die Folgewirkung der erhöhten Förderabgabe auf den bundesstaatlichen Finanzausgleich. Die Einnahmehöhe stellt sich damit nach hohen Zuwächsen in den Jahren 2006 und 2007, auch bedingt durch die Umsatzsteuererhöhung, deutlich verbessert dar.

Dennoch muss man feststellen: Die Steuereinnahmen unterstützen uns nur. Ohne die vorangegangenen Konsolidierungsschritte der Landesregierung im Volumen von 1,5 Milliarden Euro würde die Nettokreditaufnahme im Jahre 2008 nicht 600 Millionen Euro betragen können, sondern bei über 2 Milliarden Euro liegen. Das ist logisch: Wenn man 1,5 Milliarden Euro Ausgaben nicht streichen würde, müsste man sie finanzieren. Die Einnahmen sind nicht da. Das war ja Ihre Politik, die Sie in den Jahren 2001 und 2002 so erfolglos betrieben haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie haben doch noch Weitergehendes gefordert, erinnere ich mich!)

- Danke, Herr Jüttner, Sie sind wirklich ein Stern.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Sonst hat Herr Möhrmann immer dazwischengefragt; diesmal hat er es Ihnen überlassen.

Im Jahre 2002, als die Steuereinnahmen so mächtig eingebrochen sind, haben Herr Althusmann, Herr Rolfes und ich zu einer gemeinsamen Pressekonzferenz eingeladen und deutlich gemacht, dass man dann, wenn die Steuereinnahmen so abbrechen, bei den Ausgaben etwas tun muss.

(Bernd Althusmann [CDU]: Richtig!)

Sie haben damals geantwortet, das sei alles nicht nötig, es sei alles im Lot. Entsprechend haben wir

dann einen Haushalt gehabt, in dem 17 % der Ausgaben nicht durch Einnahmen gedeckt waren. Ein höheres Staatsdefizit als im Jahre 2002 hat Niedersachsen nie erlebt.

(Zuruf von Dieter Möhrmann [SPD])

- Herr Möhrmann, jeden sechsten Euro, der damals ausgegeben wurde, musste man sich leihen. Wir wollen, dass dies nie wieder passiert, sondern dass Ausgabendisziplin herrscht und die Einnahmen stabilisiert werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aufgrund dieser wirtschaftlichen Perspektive konnten die Einnahmeerwartungen für den Landshaushalt - ich sagte es schon - entsprechend korrigiert werden. Ohne die vorangegangenen Konsolidierungsschritte der Landesregierung im Volumen von 1,5 Milliarden Euro würden wir, wie ich eben schon ausgeführt habe, bei einer Nettokreditaufnahme von über 2 Milliarden Euro liegen.

Ein Blick auf die Haushaltskennzahlen zeigt zudem, dass wir das rettende Ufer zwar sehen können, aber noch nicht erreicht haben. Weitere Konsolidierungsbemühungen sind daher erforderlich. Nur so können wir das von den Fraktionen der FDP und der CDU sowie der Landesregierung angestrebte Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne Nettokreditaufnahme, also ohne neue Schulden, im Jahre 2010 erreichen. Konsequenterweise müssen wir unseren verlässlichen Konsolidierungskurs in den kommenden Aufstellungsverfahren fortsetzen. Um im Bild zu bleiben: Wer das rettende Ufer sieht und sofort aufhört zu schwimmen, geht trotzdem unter. Das darf uns nicht passieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diese Erkenntnis ist auch Basis der Überlegungen und bundesweiten Erörterungen zur Föderalismusreform II und fließt in die Diskussion zum Neuverschuldungsverbot ein. Ungeachtet des Reformfortschrittes und der Verabredungen auf Bundesebene beabsichtigen wir in Niedersachsen ohnehin, neue Regeln im Zusammenhang mit der Schuldenaufnahme zu erarbeiten mit dem Ziel, dass ab 2010 grundsätzlich keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden dürfen. Deswegen wird es vordringliche Aufgabe der nächsten Jahre bleiben, Ausgaben nur an den laufenden Einnahmen orientiert zu tätigen.

Nach alledem sieht die Landesregierung keinen Spielraum für Wahlgeschenke. Sie setzt aber verantwortungsbewusst Schwerpunkte für Zukunftsprojekte. Wegen unseres seriösen Konsolidierungskurses der vergangenen Jahre sind wir in der Lage, wieder die notwendigen, fachpolitisch prioritären Akzente in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit, Lebensqualität und Sicherheit zu setzen. Wesentliche Zielsetzung ist es, sich für die richtigen Akzente zu entscheiden und klare Prioritäten zu setzen. Fachpolitische und finanzpolitische Nachhaltigkeit müssen zusammenpassen. Generationengerechtigkeit ist dabei eines der zentralen Schlagworte. So sind zusätzliche Ausgabeprogramme um jeden Preis oder blanker Aktionismus ebenso fehl am Platz wie eine Haushaltskonsolidierung, die maßlos jede inhaltliche Entwicklung abschnürt. Diese Abwägung legen wir Ihnen mit diesem Haushalt vor. Ich darf Ihnen einige Beispiele nennen:

Erstens. Das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung wird mit 120 Millionen Euro finanziell abgesichert.

(Heinrich Aller [SPD]: Kommunales Geld!)

- Natürlich geben wir das den Kommunen.

(Heinrich Aller [SPD]: Nein, vorher nehmen Sie es ihnen weg!)

- Herr Aller, eine Zuweisung aus dem Landshaushalt ist - das sollten Sie wissen - erst Landesgeld und nach der Zuweisung kommunales Geld. Insofern haben Sie recht. Aber zunächst muss die Zuweisung kommen.

5 Millionen Euro setzt die Landesregierung im Rahmen des 100-Millionen-Euro-Programms zur Weiterentwicklung des Brückenjahres zur Grundschule ein.

Zweitens. Mit der erneuten Beibehaltung von 400 Lehrerstellen, die aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen ursprünglich wegfallen sollten, werden wir den Eigenverantwortlichen Schulen Spielräume bei der Unterrichtsorganisation verschaffen. Die Unterrichtsversorgung ist abgesichert. Längerfristigen Ausfällen von Lehrkräften werden wir mit weiteren 3,5 Millionen Euro für sogenannte Feuerwehrlehrkräfte vorbeugen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Drittens. Mit zusätzlichen 6 Millionen Euro wird der weitere Ausbau der Ganztagsangebote in Schulen vorangebracht.

Viertens. Niedersachsen wird zunächst bis 2010 im Rahmen des zwischen Bund und Ländern vereinbarten Hochschulpaktes 2020 die Studienkapazitäten deutlich erhöhen, sodass 11 200 zusätzliche Studierende aufgenommen werden können. Im Entwurf des Landeshaushalts 2008 sind dafür rund 10 Millionen Euro als Landesmittel vorgesehen.

Fünftens. Für die Unterhaltung und den Ausbau der Landesstraßen sind im Landesstraßenbauplanfond 2008 insgesamt 50 Millionen Euro veranschlagt, gut 8 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Das Land will damit einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung einer leistungsfähigen Straßeninfrastruktur schaffen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sechstens. In diesem Jahr wurde der Innovationsfonds zur Stärkung der Wirtschaftskraft Niedersachsens und zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeits- und Ausbildungsplätze eingerichtet. Das Stiftungsvermögen von heute 32 Millionen Euro wird bis 2011 auf insgesamt 100 Millionen Euro aufgestockt.

Siebtens. Die Mittel für den Küstenschutz werden für 2008 und die Folgejahre insgesamt auf jeweils 60 Millionen Euro angehoben.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Mittel für den Naturschutz werden 2008 gegenüber 2007 noch einmal um 1,7 Millionen Euro erhöht.

(Zustimmung von Anneliese Zachow [CDU])

Achtens. Für den Zeitraum von 2008 bis 2010 legt die Landesregierung ein Krankenhausinvestitionsprogramm in Höhe von 360 Millionen Euro auf. Mit dieser Strukturmaßnahme wird den aktuellen Entwicklungen im Krankenhausbereich Rechnung getragen und an die Verpflichtungen von 2004 bis 2007 angeknüpft. Wir tragen dem Investitionsbedarf der niedersächsischen Krankenhäuser Rechnung und ermöglichen insbesondere kurzfristige Maßnahmen, um Betriebsabläufe und prozessorientierte Behandlungspfade zu optimieren.

Neuntens. Der Verbraucherschutz wird weiter verbessert. Hierzu sind zusätzlich 3,6 Millionen Euro

zur weiteren personellen und finanziellen Verstärkung vorgesehen.

Ich könnte diese Aufzählung jetzt noch weiter fortsetzen. Der Zeitrahmen gibt das aber leider nicht her.

Ergänzend zu den Beschlüssen zum Haushaltsplanentwurf 2008 hat die Landesregierung mit der Perspektive 2020 die Weichen für eine solide und nachhaltige Finanzplanung auch mittel- und langfristig gestellt. Durch die Kredittilgung ab dem Jahre 2010 mit einem Betrag von 100 Millionen Euro pro Jahr und der jeweils aus der Tilgung resultierenden Zinsersparnis - also 100 Millionen Euro plus ersparte Zinsen - können bis zum Jahre 2020 die Kreditverbindlichkeiten um den Betrag von mehr als 1,4 Milliarden Euro reduziert werden. Wenn wir das durchhalten, wäre Niedersachsen in 65 Jahren - das ist eine lange Zeit - schuldenfrei, nämlich im Jahre 2075. Das trägt allerdings dem Rechnung, dass Niedersachsen 61 Jahre lang immer nur Schulden gemacht hat und nie getilgt hat. Das ist gegenüber den nachfolgenden Generationen nicht verantwortbar. Unsere Finanzplanung zeigt hingegen, dass wir nicht nur Licht am Ende des Tunnels sehen, sondern auch das Ende des Tunnels erreichen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Außerdem werden sämtliche bestehenden Kreditverbindlichkeiten der Landestreuhandstelle für die Krankenhausfinanzierung und den Städtebau getilgt. Schließlich werden wir schrittweise einen Pensionsfonds für alle ab 2010 einzustellenden Beamtinnen und Beamten aufbauen.

Mit diesen Maßnahmen können wir die bisherige stetige Zunahme der bestehenden und zukünftigen unabweislichen Verbindlichkeiten nicht nur stoppen, sondern sogar schrittweise und im Rahmen der für Niedersachsen bestehenden finanziellen Möglichkeiten zurückführen. Diese Zukunftsvorsorge ist mit dem Blick auf die Generationengerechtigkeit und die bereits absehbaren weiteren Belastungen, die aus dem demografischen Wandel entstehen, unabdingbar.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Die finanz- und haushaltspolitische Bilanz dieser Legislaturperiode stellt sich wie folgt dar:

Erstens. Die von der alten Landesregierung zu verantwortende schwerste Finanzkrise dieses Landes ist überwunden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens. Die Landesregierung und die Fraktionen der FDP und der CDU haben ihre Ankündigung, die Nettokreditaufnahme um jährlich 350 Millionen Euro zurückzuführen, nicht nur konsequent umgesetzt, sondern durch einen fortgeschriebenen 850-Millionen-Euro-Schritt sogar deutlich übererfüllt. Ich sagte vorhin schon: eine Milliarde weniger als ursprünglich geplant. Das lässt sich schon mal sehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Drittens. Das Ziel, wieder einen der Regelnorm des Artikels 71 unserer Verfassung genügenden Haushalt zu verabschieden, wurde ein Jahr früher erreicht als geplant.

Viertens - das Wichtigste -. Ein Landeshaushalt ohne jegliche Nettokreditaufnahme ist für das Jahr 2010 in realistische und greifbare Nähe gerückt. Dies wäre dann zwei Jahre früher als geplant.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Fünftens: Mit der Perspektive 2020 - mit der Tilgung der Landesschulden, der LTS-Schulden binnen zehn Jahren und dem Aufbau eines Pensionsfonds für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte - ist der Weg für eine auch weiterhin nachhaltige Finanzpolitik in Niedersachsen vorgezeichnet und gesichert. Mit anderen Worten: Am Ende der Legislaturperiode übergeben wir einen besenreinen Haushalt. Das haben wir versprochen. Dieses Versprechen haben wir eingelöst. - Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Jüttner. Sie haben das Wort.

(Zuruf von der CDU: Was soll man noch dazu sagen?)

Wolfgang Jüttner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir - und nicht nur wir - sind fest überzeugt: Die Jahre seit 2003 sind verlorene Jahre für das Land und für die Bevölkerung in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD - Lachen und Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Denn die wirtschaftlichen Potenziale sind nicht optimal genutzt worden, die Chancengleichheit ist viel zu oft auf der Strecke geblieben, und der soziale Zusammenhalt ist auf eine harte Probe gestellt worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Ein Schlagwort nach dem anderen! - Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

- Herr Thiele, ich weiß nicht, ob Sie den Spruch aus dem Volksmund kennen: Hochmut kommt vor dem Fall!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie sind doch Generalsekretär Ihrer Partei in Niedersachsen. Schauen Sie einmal in die Unterlagen in Ihrem Büro. Dann können Sie feststellen, wie die Lage in Niedersachsen heute vor fünf Jahren war. Damals lagen wir 15 % vor Ihnen, es hat uns aber nichts genutzt. Wir arbeiten daran, dass es diesmal genauso ist, nur mit umgekehrten Vorzeichen: Sie liegen vorn und wir gewinnen. Das ist das Ziel - nur damit wir uns da verstehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Die CDU als Vorbild, Herr Kollege!)

- Als Vorbild in der Hinsicht, dass man nicht Umfragen gewinnen will, sondern Wahlen. Das ist ein kleiner Unterschied. Letzteres zählt aber. Darauf will ich hinweisen.

Herr Möllring, Sie sind in der Tat in einer komfortablen Lage. Im Vergleich zu den Steuereinnahmen in Höhe von 14,2 Milliarden Euro im Jahre 2002 - dem letzten Jahr, in dem wir die Verantwortung hatten - können Sie im Jahre 2008 mit Steuereinnahmen in Höhe von 17,8 Milliarden Euro rechnen. Das ist ein Plus von 3,6 Milliarden Euro. Damit lässt sich ganz ordentlich wirtschaften.

(Ursula Körtner [CDU]: Das tun wir auch!)

Das ist überhaupt nicht infrage zu stellen. Da kann man richtig locker sein.

Ich sage Ihnen allerdings auch dies: Für diese gute Entwicklung sind nicht Sie verantwortlich, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Jüttner, können Sie das Mikrofon etwas höher stellen?

Wolfgang Jüttner (SPD):

Sie sind nicht für die konjunkturelle Entwicklung verantwortlich. Vielmehr sind dafür Folgeprodukte der rot-grünen Koalition im Zusammenhang mit der Agenda 21 verantwortlich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Jüttner, können Sie das Mikrofon bitte etwas höher stellen? Man kann Sie hinten im Saal schwer verstehen.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Es geht nicht höher. Das ist das gleiche Problem wie heute Morgen.

(Zurufe von der CDU: Dann geh doch in die Knie! - Höher geht's nicht mehr!
- Er geht in die Knie! - Heiterkeit)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich denke, wenn wir im Saal alle etwas leiser sind, können wir Herrn Jüttner auch exzellent verstehen.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Ich habe eigentlich eine gute Mikrofonstimme, aber die Technik ist nicht die allerbeste.

Meine Damen und Herren, mitverantwortlich für diese Entwicklung sind sehr viel eher die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wegen ihrer Lohnzurückhaltung in den letzten Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Für Ihre gute Einnahmesituation ist auch die Beschlussfassung im Bundestag und Bundesrat zur Mehrwertsteuererhöhung verantwortlich. Ich stelle hier noch einmal fest: Diese Landesregierung hat im Bundesrat gegen die Mehrwertsteuererhöhung

gestimmt. Herr Wulff, Sie haben sich hinter dem schmalen Rücken von Herrn Rösler versteckt - wohl wissend, dass Sie das Geld anschließend in die Kassen gespült bekommen. Jetzt aber blasen Sie sich hier so auf!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Weil Herr Möllring den neuerlichen Versuch unternommen hat, der niedersächsischen Öffentlichkeit zu erläutern, wir seien die großen Schuldenmacher und Sie seien die großen Konsolidierer,

(Zustimmung bei der CDU)

will ich noch einmal auf die Ausgangssituation im Jahr 2002 hinweisen. Wir hatten im Jahr 2002 2 Milliarden Euro weniger Einnahmen zur Verfügung als im Jahr 2000. Das ist der kleine Unterschied, mit dem wir arbeiten müssen. Herr Möllring, ich zitiere einmal aus der Mipla des Jahres 2003, die von Ihnen zu verantworten war. Dort steht:

„Ursachen hierfür liegen in den Auswirkungen der Wachstumsschwäche der Jahre 2001 und 2002, in gewollten und ungewollten Wirkungen des Steuersenkungsgesetzes, Kaufkraftentzug durch Energieverteuerung, Kaufzurückhaltung und Verunsicherung der Konsumenten ... Zwar waren alle Länder von der negativen Einnahmeentwicklung betroffen, doch für Niedersachsen brachte die Kumulation der finanzwirtschaftlichen Negativereignisse von Steuerrückgängen über BEB-Rückzahlung und EXPO-Verlust in den letzten zwei Jahren eine äußerst schwierige Haushaltssituation mit sich.“

Das sind Daten, mit denen wir konfrontiert waren. Sie wären damit genauso konfrontiert worden. Das wissen auch Sie. Gleichwohl waren Sie in der Lage, zum Haushaltsplan 2002/2003 in Ihrer Hanstedter Erklärung ein Kostenvolumen von 2 Milliarden Euro auf den Tisch zu legen und das zusätzlich in den Haushaltsplan implementieren zu wollen. Diese Doppelbödigkeit akzeptieren wir nicht. Das geht nicht!

(Beifall bei der SPD - Heiner Bartling [SPD]: Verlogen!)

Und so ist es ganz selbstverständlich, dass die Staatskanzlei 2003 formuliert:

„Angesichts der Größenordnung der Einnahmeeinbrüche müssen wir die Nettokreditaufnahme für das Haushaltsjahr 2003 um 195 Millionen Euro ... erhöhen.“

Meine Damen und Herren, Ihre erste Aktion war eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung im Jahre 2003, weil Sie mit der Einnahmesituation erkennbar nicht anders fertig werden konnten, um die Ausgaben angemessen darzustellen. Das ist die Ausgangslage. Das hat nichts mit der Ausgaben-seite zu tun, sondern mit dem Zusammenbruch auf der Einnahmeseite. Sie sind begünstigt: Die Lage heute ist anders, meine Damen und Herren. Deshalb lassen wir nicht zu, dass diese Debatte so geführt wird. Wir lassen uns von Ihnen Solidität in Finanzfragen nicht absprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Ich will nur darauf hinweisen, dass sich die CDU/FDP-Landesregierung im Jahre 2003 darüber hinaus noch zusätzlich als Wachstumsbremse betätigt hat. Damals hat es in Berlin den Plan zum Subventionsabbau gegeben, meine Damen und Herren. Sie haben im Bundesrat dazu beigetragen, dass dieser Subventionsabbau nicht vollzogen werden konnte, mit der Konsequenz eines Einnahmeverlustes für den Landeshaushalt in den letzten vier Jahren von weit mehr als 1 Milliarde Euro. Das ist die Realität. Aus parteitaktischen Gründen haben Sie so agiert und die Landesfinanzsituation damit zusätzlich belastet.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es in der Tat so: Die größten Schuldenmacher in der Geschichte des Landes Niedersachsen sitzen auf der Regierungsbank und auf den Bänken der CDU und der FDP.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU und bei der FDP - Mehrere Abgeordnete geben durch Gesten und Zurufe zu verstehen, dass die Mikrofonanlage nicht ausreichend funktioniert. - Heiner Bartling [SPD]: Das ist eine Sauerei, dass das Mikrofon nicht

funktioniert! Die Sitzung muss unterbrochen werden!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Bartling, bleiben Sie ganz ruhig!

(Zuruf: Die Mikrofonanlage ist zu leise! - Weitere Zurufe)

- Als es eben etwas ruhiger war, konnte man den Redner besser verstehen. - Herr Kollege Bartling stimmt mir zu. Wenn es ruhiger ist, kann man den Redner also insgesamt gut verstehen.

Herr Jüttner hat mir gerade signalisiert, dass er schon schreien muss. Ich unterbreche deshalb die Sitzung für 15 Minuten und lasse die Mikrofonanlage noch einmal überprüfen. Wir sehen uns also in 15 Minuten wieder.

Unterbrechung der Sitzung: 15.33 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 15.48 Uhr.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, ich eröffne unsere Sitzung wieder. Der technische Defekt, dass das Redepult nicht in der Höhe verstellt werden konnte, ist behoben. Ein weiterer Techniker ist unterwegs. Ich selbst war sehr gut zu verstehen, wie man mir gesagt hat. Auch Herr Minister Möllring sei sehr gut zu verstehen gewesen. Deshalb meine ich, dass wir uns alle ein wenig disziplinieren sollten.

Herr Jüttner, für mich ist es selbstverständlich, dass Sie Ihre komplette Redezeit erneut zur Verfügung gestellt bekommen. Ich stelle die Uhr also wieder auf null. Sie haben eine Redezeit von 45 Minuten. Ich meine, dass Sie die Chance haben müssen, Ihre Rede im Gesamtkontext zu halten. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Das ist sehr entgegenkommend. Ich werde davon aber nur insofern Gebrauch machen, als ich das, was ich vorhin schon gesagt habe, jetzt nur noch einmal kurz zusammenfassen werde.

Mir kam es darauf an, deutlich zu machen, dass die gegenwärtige Landesregierung auf einer günstigen Ausgangslage aufbauen konnte, für die sie

selbst nichts kann; denn die öffentlichen Haushalte werden durch die wirtschaftliche Entwicklung massiv begünstigt.

Ich habe darauf hingewiesen, dass die Behauptung, die Herr Möllring und auch manch anderes Mitglied der Regierungsfractionen immer wieder aufstellt, nämlich dass sie eine desaströse Ausgangslage sozusagen hätten übernehmen müssen, nicht stimmt. Das ist alles dummes Zeug!

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Denn in der von Herrn Möllring zu verantwortenden Mipla war für die Jahre 2003 bis 2005 immer deutlich beschrieben worden - für die Jahre 2006 und 2007 haben Sie dies streichen lassen, in der Hoffnung, dass wir es vergessen würden -, dass das Land Niedersachsen in den Jahren 2000 bis 2003 kein Ausgabenproblem gehabt hat, sondern ein dramatisches Einnahmeproblem, mit dem klarzukommen jede Landesregierung und jede Mehrheit im Landtag große Probleme gehabt hätte. Das sieht man auch daran, dass die gegenwärtige Mehrheit als erstes finanzpolitisches Projekt auf den von Ihnen zu Recht als zu hoch kritisierten Schuldenberg eine zusätzliche Neuverschuldung in Höhe von 195 Millionen Euro draufgesetzt hat.

Herr Möllring, auf eines möchte ich noch einmal hinweisen. Wenn Sie in Zukunft wieder solche Vergleiche anstellen, dann müssen Sie das Jahr 2003 Ihrer Wahlperiode zuschreiben; denn erstens hatten Sie in dieser Zeit die Regierung inne, und zweitens haben Sie dies auch zu verantworten, und zwar inklusive Nachtragshaushalt, mit dem Sie etwas draufgesetzt haben. Alle Ihre Vergleiche hinken deshalb, weil Sie das Jahr 2003, das in der Tat finanzpolitisch hoch kompliziert war, unserer Wahlperiode zuschreiben - damit Sie besser aussehen! Ich kann das verstehen. Aber damit kommen Sie nicht durch; wir werden jedes Mal darauf hinweisen. Das werden Sie sicher verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Ab dieser Stelle waren Sie wegen der Technik leider nicht mehr in der Lage, mir zu folgen. Sie hätten mir aber auch deshalb nicht folgen können, weil Sie hier einen unheimlichen Lärm gemacht haben. Aber das bin ich ja gewohnt.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Das ist Ihre Art von Vorwahlkampf, und das ist auch in Ordnung. Mehr ist bei Ihnen allerdings nicht drin.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es bleibt wahr: In der 14. Wahlperiode, von uns zu verantworten, betrug die Neuverschuldung 9,6 Milliarden, übrigens bei weniger Einnahmen als in der 15. Wahlperiode. Bei Ihnen betrug sie 8,86 Milliarden plus 2,44 Milliarden in Schattenhaushalten. Ausweislich der Unterlagen des Landesrechnungshofs haben Sie in dieser Wahlperiode über 11 Milliarden neue Schulden gemacht. Vom Verkauf von Landesvermögen in Höhe von knapp 2 Milliarden will ich dabei gar nicht reden.

So viel zum Thema, dass Sie die Erfinder der Konsolidierung und wahre Finanzhelden sind. Das Gegenteil ist der Fall, wie es eben deutlich geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Möllring hat in der Debatte im letzten Jahr einen Satz gesagt, den ich gerne aufgreifen möchte, nämlich: „Schulden machen ist unsozial.“

(David McAllister [CDU]: Richtig!)

Diesen Satz finde ich nur halb richtig; denn aus guten Gründen stellen die Verfassungen überall einen Zusammenhang zwischen der Höhe der neuen Schulden und der Höhe der Investitionen her. Es gibt manchmal schon gute Gründe, zu investieren, auch wenn dies aus neuen Schulden heraus geschieht. Die Frage ist nämlich, wofür das Geld ausgegeben wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sagen wir: Konsolidierung ja, weil es eine Verantwortung gegenüber der Enkelgeneration gibt, aber kaputtsparen nein. Das muss man sorgfältig austarieren, Herr Möllring, und zwar Jahr für Jahr. Ich sage Ihnen: Unsere Fachleute haben sich wirklich schlapp gelacht über Ihre Grafiken, die Sie zur Darstellung der Gradlinigkeit Ihrer Finanzprojektion bis zum Jahr 2020 gemacht haben. À la bonne heure! Ganz grandios, so etwas zugrunde zu legen! Früher kannte man das eigentlich nur aus den Planwirtschaften.

(Zuruf von der FDP: Ja, genau!)

Aber da ist es immer in die Hose gegangen. Ich versichere Ihnen, auch bei Ihnen würde es in die Hose gehen, wenn Sie dann noch etwas zu sagen hätten. Aber schon deshalb wird das nicht eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen will ich Ihnen sagen: Obwohl durch die Mehreinnahmen so viel mehr möglich wäre, zeigt sich, an welchen Stellen dieser Haushalt auf Wahlkampf getrimmt ist, und zwar in beiderlei Hinsicht. So haben Sie den Bediensteten des öffentlichen Dienstes schnell noch eine Sonderzahlung eingeräumt; Dezember 2007 passt ganz gut zum Wahltermin. Ich will nur darauf hinweisen: Eine Folge hat dies nicht; für 2008 ist nichts mehr vorgesehen. Es handelt sich um eine sogenannte Einmalzahlung, die erkennbar situationsabhängig ist. Im Januar 2008 gibt es dann die Besoldungserhöhung. Auch das ist an der Stelle ein interessantes Paket. Sie sollten einmal die Frage beantworten, warum Sie das finanzpolitisch sinnvolle Konzept des Pensionsfonds auf das Jahr 2010 schieben - auch das ist nicht uninteressant -, während Sie gleichzeitig an ein Thema, von dem eigentlich jeder weiß, dass es gar nicht anders geht, nämlich die Übertragung der Regelungen aus dem Rentenrecht in das Pensionsrecht, in den letzten Wochen mit so langen Fingern herangegangen sind. Ich sage Ihnen, dafür gibt es nur einen Grund, und das ist das Motto Ihrer Politik seit Beginn dieses Jahres: Überall, wo es Ärger geben könnte, tauchen wir weg. - Motto Wulff: Wegtauchen und blenden. Das sind Ihre Charaktereigenschaften.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, „erste Beratung Haushalt“ heißt, sich mit dem gesamten Haushalt und der gesamten Politik dieser Regierung auseinanderzusetzen; beim letzten Haushalt einer Wahlperiode heißt es natürlich auch, ein Stück weit Bilanz zu ziehen.

Herr Hirche, Sie sind heute unser Lieblingsminister; das haben Sie heute Morgen schon gemerkt. Deshalb will ich einmal am Beispiel Ihrer Politik deutlich machen, welche Chancen Sie versäumt haben wahrzunehmen und welche Akzente wir Ihnen eigentlich hätten abverlangen sollen.

Sie haben in Ihrem Haus eine Vorgabe, die sich Roadmap 21 nennt; das ist eine lange Planung, ganz ungewöhnlich für einen Liberalen. Das Motto

dieser Roadmap ist, finde ich, ganz beeindruckend. Ich fasse es in einem Satz zusammen: Nichtstun ist das Nonplusultra liberaler Wirtschaftspolitik. - Ich denke, bei Herrn Hirche spricht sogar einiges dafür. Dann wären ein paar Sachen nicht in die Hose gegangen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, wer in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts das Nichtstun zur Wirtschaftspolitik erklärt, der hat nichts, aber auch gar nichts begriffen. Das Ergebnis ist Ihrer Politik ist bezeichnend. Wir haben in Niedersachsen die niedrigste Investitionsquote in Deutschland. Wir wissen, was das in der Konsequenz heißt: Beschäftigung bleibt auf der Strecke. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang ist übrigens interessant, dass parallel dazu im kommunalen Finanzausgleich den Kommunen Geld vorenthalten wird, mit dem sie ebenfalls Investitionen tätigen könnten. Das heißt in der Konsequenz, das Land als Finanzier der Kommunen und als eigener Investor verschärft die ökonomische Lage in Niedersachsen; jedenfalls nutzt es die Chance an der Stelle nicht. Durch einen Zwischenruf vorhin ist schon deutlich geworden: Die Kommunen, denen im nächsten Jahr 120 Millionen Euro an Kita-Gebühren übertragen werden, werden gleichzeitig aufgefordert, 100 Millionen Euro davon im Finanzausgleich abzugeben. Das heißt, vier Fünftel der Kita-Gebühren finanzieren die Kommunen selbst - und dafür sollen sie sich auch noch bedanken!

(Beifall bei der SPD - Bernd Althuisman [CDU]: Falsch! Sie haben nichts begriffen!)

Wie geht es zu beim Thema Innovation, das ja das Thema der Zukunft ist, wenn es um Fragen der wirtschaftlichen Dynamik geht? Herr Hirche hat vor wenigen Wochen, im Juli, den Mittelstandsbericht vorgelegt. Es ist schon interessant zu sehen, was da alles aufgeschrieben wird, Herr Hirche. Forschungsbeteiligung, Forschung und Entwicklung findet in Niedersachsen unterdurchschnittlich statt. Insbesondere im Bereich der mittelständisch geprägten forschungsintensiven Sektoren, dort, wo Zukunft steckt, findet in Niedersachsen viel zu wenig statt. Sie begreifen das nicht als Herausfor-

derung für Ihre Wirtschaftspolitik. Das ist unser Vorwurf.

(Beifall bei der SPD)

Dies verzahnt sich dann mit Finanzierungsproblemen insbesondere der Kleinbetriebe. So kommt auch der von Ihnen verantwortete Bericht, Herr Hirche, zu dem Ergebnis:

„Als Folge dieser Finanzierungsschwierigkeiten führen die meisten betroffenen Betriebe Innovationen in geringerem Umfang als geplant durch. ... Aufgrund der Finanzierungsprobleme plant fast die Hälfte der betroffenen Betriebe, zukünftig weniger Innovationen durchzuführen.“

Meine Damen und Herren, dort, wo Zukunft steckt, meldet sich die Landesregierung ab. Das ist unser Vorwurf.

(Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Wenn Sie in Ihren Landeshaushalt gucken, finden Sie dort die Parallele: Im Jahre 2002 wies der Haushalt Innovationsmittel in Höhe von 74 Millionen Euro aus. Die sind von Herrn Hirche bis 2006 auf 31 Millionen Euro reduziert worden. Es ist also mehr als die Hälfte weggefallen. Jetzt, da der Wahltermin naht, merkt die Mehrheit dieses Hauses: Donnerwetter, da ist eine Lücke, hier müssen wir irgendetwas tun. - Nun kommen Sie mit dieser albernen Innovationskampagne, über die in Deutschland so mancher lacht. Bei dieser Kampagne ist die Frage aufzuwerfen, wer wann was dazubezahlt hat, weil sie manchmal mehr Werbung für einzelne Unternehmen als für das Land Niedersachsen enthält. Außerdem kommen Sie mit einer Stiftung. Das sieht klasse aus, Herr Möllring, es wird auf 40 Millionen Euro verdoppelt. Aber wie hoch ist der jährliche Ertrag? Wir reden über vielleicht 2 bis 3 Millionen Euro. Sie halbieren also die Innovationsmittel im Haushalt, um an anderer Stelle ein kleines Stück gegenzuhalten. So ist die Politik dieser Landesregierung: Symbolpolitik.

Sie haben auch das Beispiel Verbraucherschutz genannt. Was hat da stattgefunden? Seit 2002, als die Verbraucherschutzmittel noch über 1,6 Millionen Euro ausmachten, haben Sie sie kontinuierlich auf 1 Million Euro heruntergefahren. Ich bin jetzt nicht sicher - das habe ich so schnell nicht nachsehen können -, ob Sie etwas draufgepackt oder

ob Sie nur die alte Summe gehalten haben. Aber das verkaufen Sie schon als Erfolg. Das ist Ihre Logik: dazwischengehen, am Ende einen kleinen Haken dran machen und darauf hoffen, dass sich die Leute für dumm verkaufen lassen. Sie lassen sich aber nicht für dumm verkaufen, zumindest auf Dauer nicht; davon können Sie ausgehen.

(Beifall bei der SPD)

Das beeindruckendste Beispiel Ihrer Wirtschaftspolitik ist im Übrigen der ökologische Wirtschaftsförderfonds. In den Jahren 2005 und 2006 hatten Sie ihn mit 4,8 Millionen Euro ausgestattet. Jetzt haben wir eine Steigerung auf 8 Millionen Euro.

(Aus der Mikrofonanlage ist ein Pfeifton zu hören)

- Geht das schon wieder los?

(Ursula Körtner [CDU]: Bei Ihnen piept es!)

- Bei mir piept es?

(Heiterkeit bei der CDU)

Frau Körtner, lieber soll es bei mir piepen, als dass ich Ihre Probleme hätte.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir waren beim ökologischen Wirtschaftsförderfonds. Herr Hirche, Sie haben ihn auf 8 Millionen erhöht. Bei dieser Gelegenheit sollten Sie aber auch sagen, dass dieser Haushaltstitel in den letzten Jahren mit null ausgeschöpft wurde. Zu gut Deutsch: Hier haben Sie eine zusätzliche Sparsbüchse in den Haushalt eingebracht. Dass Sie nun mehr in diese Sparsbüchse stecken, verkaufen Sie als Fortschritt. Das ist Schaumschlägerei; das geht so nicht.

(Beifall bei der SPD - Reinhold Coenen [CDU]: Das Mikro geht schon kaputt! - Gegenruf von Bernd Althusmann [CDU]: Wir waren es nicht!)

- Das glaube ich Ihnen. Wir haben wieder denselben Rückkoppelungseffekt wie vorhin. Bin ich noch zu verstehen?

(Bernd Althusmann [CDU]: Wir verstehen Sie sowieso nicht!)

- Es ist mir schon klar, dass Sie mich nicht verstehen.

Herr Hirche, beim Thema Berufsausbildung werden uns neue Zahlen im Moment verwehrt. Aber Niedersachsen ist Schlusslicht. In unserem Land gibt es mehr Heranwachsende in den Warteschleifen als in der dualen Berufsausbildung. Gegenwärtig reden wir über Fachkräftemangel, vor allem über einen Mangel an Ingenieuren, und gerade ist ja auch festgestellt worden, wie sehr sich ein Fachkräftemangel als Wachstumsbremse auswirkt. Wenn wir dann in Ihren Berichten - in den statistischen Berichten und auch im Mittelstandsbericht -, feststellen müssen, dass in Niedersachsen Innovations- und Qualifikationsschwäche den Markt beherrscht, dann bedeutet dies in der Konsequenz, dass wir mittelfristig immer weiter zurückfallen werden. Dies haben Sie mitzuverantworten: Neben Industrie und Handwerk, die mehr ausbilden müssten, ist es Sache der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Forschung zueinander zu bringen. Aber das ist bei Ihnen augenscheinlich nicht vorgesehen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich bringt die konjunkturelle Entwicklung zurzeit auch eine Besserung in Niedersachsen. Wir wären blauäugig, dies zu ignorieren; es kann auch gar nicht anders sein. Aber wir stellen fest, dass Arbeitnehmer von der Regierung Wulff nichts zu erwarten haben. Das ist so, und das bleibt nach meinem Eindruck auch so.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen fest: Handwerk und Mittelstand profitieren von dieser Regierung nicht. Sie sind unzufrieden. Wie kommt es eigentlich, dass als eine der ersten Maßnahmen dieser Regierung ein Mittelstandskonzept, das sich bewährt hatte, aus der Welt geschafft wurde? Meine Damen und Herren, es ist schon ungewöhnlich, wie Sie mit gesellschaftlichen Gruppen in diesem Lande umgehen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Stimmt doch gar nicht!)

Herr Wulff, Sie sind ja für alle da; diesen Eindruck erwecken Sie immer. Aber ich sage Ihnen: Sie sind ein großer Blender, ein ganz großer Blender.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Sie loben die Gewerkschaften, und parallel dazu wollen Sie ihnen über betriebliche Bündnisse Kompetenzen entziehen. Sie halten bei Airbus und

MAN so radikale Reden, dass die Gewerkschaftsführung schon überlegt, Sie mit einem Mitgliedsbuch auszustatten, bringen anschließend aber in vertraulicher Runde Ihre Therapie zur Geltung, die besagt, man müsste einmal an die Arbeitszeit der Beschäftigten heran, dann könnte man das Thema in geeigneter Weise vom Tisch bekommen. Beim Thema Vergaberecht zeigen Sie, welchen Stellenwert bei Ihnen Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt haben, nämlich keinen.

(Beifall bei der SPD)

Mit Ihren Angriffen gegen den Mindestlohn machen Sie deutlich, dass der Satz „Leistung muss sich lohnen“ für Sie jedenfalls keine Bedeutung hat. Für mich hat er eine Bedeutung, und das bleibt auch so!

(Beifall bei der SPD)

Nicht alles, was man anders machen muss, kostet Geld. Es gibt eine ganze Menge, was man neu sortieren kann und muss. Klar ist aber: Wir müssen gewährleisten, dass das Landesvermögen in seiner Substanz erhalten bleibt. Auch da haben Sie in den letzten Jahren geschlurt. Wir müssen dafür sorgen, dass durch geschickte Klimaprogramme Beschäftigung und Umweltschutz zueinander geführt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Forschung und der Mittelstand zueinanderfinden, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu entwickeln. Im Bereich des Mittelstandes muss Niedersachsen eine Rolle spielen, was gegenwärtig nicht der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich haben die Chancen des Landes auch viel mit der Bildungspolitik zu tun. Da dies hier aber regelmäßig ein Thema ist, erspare ich mir Bemerkungen zu den Garanten des unteren Mittelmaßes, womit ich die Herren Stratmann und Busemann meine. Chancengleichheit und Durchlässigkeit sind bei ihnen Fremdwörter. Mir kommt es heute darauf an, etwas zu dem zu sagen, was wir den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft nennen. Dabei serviere ich Ihnen nicht wieder das Thema Blindengeld, obwohl es typisch für Ihren Anspruch ist, Politik zu machen.

Wir haben uns die Mühe gemacht, uns anzusehen, was diese Landesregierung in den letzten vier Jahren im Sozialhaushalt verändert hat. - Ist der Ton schon wieder weg?

(Zuruf von der SPD: Ja, schon länger!)

Dabei haben wir festgestellt, dass der Sozialhaushalt die Sparbüchse dieser Landesregierung ist.

(Beifall bei der SPD)

Für das nächste Jahr sind allein bei den globalen Minderausgaben 29 Millionen Euro veranschlagt. Damit dürfte dann alles weg sein, was nicht rechtsverbindlich abgesichert ist.

(Zuruf von der CDU: So wenig kennen Sie sich damit aus!)

- Sie Schlaumeier! - Gleichzeitig, meine Damen und Herren, haben Sie den Behinderteneinrichtungen in Niedersachsen in den letzten vier Jahren Nullrunden serviert. Das ist eine Kürzung von 56 Millionen Euro. Egal, ob es um schwerstkranke Kinder, um die Förderung der Jugendarbeit oder den Kinder- und Jugendplan geht - überall sind Sie hineingegangen, selbst im letzten Jahr - im Jahr der Jugend!

(Beifall bei der SPD)

Ob es um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder die Förderung von Jugendwerkstätten geht - überall sind Sie hineingegangen. Nicht einmal beim Thema Nichtsesshafte haben Sie gezauert, sondern sind dazwischengegangen, meine Damen und Herren. Ausgrenzung ist das Motto dieser Landespolitik. Das ist nicht akzeptabel für einen Sozialstaat, wie wir ihn uns vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe auch kein Verständnis dafür, dass Sie die Bundesmittel, die beispielsweise für die Programme Stadumbau West und Soziale Stadt zur Verfügung ständen und mit denen wir Investitionen Dritter auslösen könnten, nicht optimal beanspruchen. Wir haben es durchgerechnet: Dieser Umgang mit den beiden Projekten in dieser Wahlperiode hat zur Folge, dass das Land auf Investitionen in Höhe von ungefähr 900 Millionen Euro verzichtet, meine Damen und Herren. Wir reden über die Investitionsquote, wir reden über Beschäftigungspolitik. Sie aber sorgen durch Unterlassung dafür, dass der Schub, der für diese Projekte möglich wäre, an Niedersachsen vorbeigeht.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen die übliche Symbolpolitik. Ich will Ihnen ein Beispiel zum Thema Aids nennen: In diesem Bereich haben Sie jahrelang gekürzt. Jetzt kürzen Sie einmal in einem Jahr nicht, und das ist dann angeblich der große Sprung nach vorne. Sie haben null Interesse an einer ernsthaften Auseinandersetzung mit diesem zunehmendem Problem in dieser Gesellschaft. Das beanstanden wir.

(Beifall bei der SPD - Ursula Körtner [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit! Sie wissen überhaupt nicht, was Sie da sagen!)

Ein weiterer Punkt in der Sozialpolitik ist das Thema Pflege. Sie haben - Frau Ministerin ist gar nicht da - sämtliche Mittel in der stationären Altenpflege gestrichen mit der Folge, dass mehr als 12 000 ältere Menschen in die Sozialhilfe geschickt worden sind. Mit Menschenwürde hat das jedenfalls nichts zu tun!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben gestern die Quittung bekommen: Der Medizinische Dienst hat festgestellt, dass Niedersachsen bei der Pflege Schlusslicht ist. Wir wollen aber nicht Schlusslicht sein, sondern wir wollen mit den Chancen, die in diesem Land stecken - die Potenziale in den Jungen, der Respekt vor den Älteren -, in einer Art und Weise umgehen, dass dieses Land demokratisch, sozial und nachhaltig entwickelt wird. Meine Damen und Herren, das ist mit der gegenwärtigen Mehrheit dieses Hauses nicht möglich. Aber wir werden dafür sorgen, dass der heutige Haushaltsentwurf der letzte ist, den Herr Möllring hier eingebracht hat. - Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Der nächste Redner ist Herr McAllister von der CDU-Fraktion.

David McAllister (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gerade - mit Unterbrechungen - den Oppositionsführer etwa 45 Minuten lang so erlebt, wie wir ihn hinreichend kennen: alles schlechtreden, alles miesmachen.

Ich finde, die Opposition hat in einer Demokratie eine ganz wichtige Aufgabe: Sie hat in der Tat die Aufgabe, die Regierung zu kritisieren.

(Zuruf von der SPD: Wenn sie da ist!)

Das haben Sie heute Nachmittag versucht. Sie haben auch die Aufgabe, Alternativen aufzuzeigen. Dazu haben wir relativ wenig gehört.

(Zuruf von der CDU: Gar nichts!)

Aber was Sie machen, nämlich das Land und seine Menschen in einer solchen Art und Weise schlechtzureden, ist nicht in Ordnung. Ich sage Ihnen eines: Solche Leute wählen die Menschen nicht, und zwar aus gutem Grund.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Stellen Sie den Leierkasten aus, Herr McAllister!)

Herr Jüttner, vorausgesetzt, alles wäre so, wie Sie es schildern, dann müssten Sie sich doch schon die Frage stellen, warum die Stimmung im Lande wirklich eine erkennbar andere ist.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Was ist denn nicht so?)

Das Zerrbild, das Sie gezeichnet haben, können wir nicht nachvollziehen. Es tut mir leid, Herr Jüttner, aber ich muss sagen: Sie leiden zu einem großen Teil schlicht und ergreifend an Realitätsverlust. Anders kann man das wohl nicht mehr bezeichnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das werden wir ja sehen!)

Trotz dieser Kritik will ich Ihnen ein Lob aussprechen. Ich tue dies sicherlich auch im Namen der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP:

(Zustimmung von Bernd Althusmann [CDU] und Karl-Heinz Klare [CDU])

Heute Morgen in der Aktuellen Stunde zum Jade-WeserPort haben Sie Ihren Einsatz schlicht und ergreifend verpennt. Wir danken Ihnen dafür. Wir gratulieren Ihnen. Auf Sie ist eben immer Verlass.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD: Was soll das denn?)

Heute Nachmittag steht die Haushaltsdebatte auf der Tagesordnung - eigentlich die große Stunde des Oppositionsführers. In diesem Jahr reden Sie ja zumindest zu diesem Thema. Im letzten Jahr hatten Sie die Zeit und Kraft dazu nicht gefunden.

Den Inhalt der Rede haben Sie zu verantworten. Den technischen Defekt haben Sie in der Tat nicht zu verantworten; dieser war bedauerlich. Aber als Sie vorhin mit Ihrer Rede begonnen haben, als wir merkten, wie Ihre Fraktion so richtig mitgegangen ist, und als wir eine ernsthafte und kritische Auseinandersetzung mit der Regierung erlebten,

(Monika Wörmer-Zimmermann [SPD]: Reden Sie mal zur Sache! Reden Sie zum Haushalt!)

da fiel das Mikrofon aus. Das erinnerte mich an den legendären Satz von Jürgen Wegmann, dem früheren Fußballprofi von Borussia Dortmund und Bayern München. Er hat einmal nach einem Spiel gesagt: Zuerst hatten wir kein Glück, und dann kam auch noch Pech dazu.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Zitatensammlung! Das sind ja Reißer!)

Es ist bei Ihnen irgendwie symptomatisch.

Wie auch immer: Mit dem Haushaltsgesetz 2008 und dem dazugehörigen Haushaltsbegleitgesetz, worüber wir heute in der ersten Beratung diskutieren, gehen CDU und FDP ihren anspruchsvollen Weg zur Konsolidierung der Landesfinanzen konsequent weiter. Der Finanzminister hat es in seiner Einbringungsrede bereits deutlich dargestellt: Geringere Schulden und höhere Investitionen in die Zukunft prägen diesen Landeshaushalt 2008. Die Verschuldung sinkt gegenüber 2007 um rund 37 % auf nur noch 600 Millionen Euro, und die Investitionsausgaben steigen bei den wichtigen Zukunftsthemen Innovation, Umwelt, Bildung und Familie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir als CDU haben uns mit diesem Haushalt nach der Klausurtagung der Landesregierung auf der Burg Warberg bereits während einer Fraktionssitzung beschäftigt. Wir sind der Auffassung, dass es der Landesregierung erneut gelungen ist, eine Budgetplanung vorzulegen, die den beiden großen finanzpolitischen Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird, nämlich auf der einen Seite die Konsolidierung im Landeshaushalt fortzusetzen und

auf der anderen Seite weiter steigende Investitionen in die Zukunft Niedersachsens zu tätigen.

Dieser Haushalt - auch darauf hat Minister Möllring bereits hingewiesen - ist in eine gesamtfinanzipolitische Strategie seit 2003 eingebettet. Ich darf für uns deutlich sagen: Wir sind sehr stolz darauf, dass wir unsere Landesfinanzen seit 2003 kontinuierlich in Ordnung gebracht haben und den Marsch in immer neue Schulden gestoppt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der diesjährige Haushalt 2007 ist der erste, der nach langer Zeit wieder unserer Landesverfassung entspricht. In 2008 wird die Nettokreditaufnahme auf den niedrigsten Stand seit 1973 sinken. Spätestens 2010 - dazu sind wir fest entschlossen - wollen wir erstmalig Schulden zurückzahlen. Und wissen Sie was? - Das ist nachhaltig, das ist generationengerecht, und das ist eine große Leistung dieser Landesregierung und dieser Koalition aus CDU und FDP. Darauf sind wir stolz, und das lassen wir uns vom Oppositionsführer nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sollten dem Oppositionsführer schon vor Augen führen, wie das 2003, zur Zeit des Regierungswechsels, war. Offensichtlich ist diese Nachhilfe nochmals nötig. Sonst hätte der Oppositionsführer heute nicht diese Rede gehalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will nur drei Fakten nennen.

Erstens. Von 1990 bis 2003 hatte sich die Neuverschuldung des Landes Niedersachsen von 20 Milliarden Euro auf 43 Milliarden mehr als verdoppelt. Davon hat allein die Regierung Sigmar Gabriel, an der ein Wolfgang Jüttner federführend beteiligt war, von 1999 bis 2003 10 Milliarden Euro an neuen Schulden gemacht. Die jährlichen Zinsausgaben des Landes hatten sich von 1,4 Milliarden Euro in 1990 um über 64 % auf 2,3 Milliarden Euro erhöht. Herr Jüttner, ich frage Sie: Was ist desaströse Finanzpolitik, wenn die Haushaltslage, die Sie uns hinterlassen haben, nicht desaströs war?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Lauter! Man versteht nichts! Was hat er gesagt?)

Man muss schon eine bemerkenswerte Persönlichkeit haben, wenn man solche Zahlen aus Zei-

ten verdrängen kann, in denen man selbst in Regierungsverantwortung war und in denen man die Doppelhaushalte mit beschlossen und daher zu vertreten hat. Wie kann man vor diesem Hintergrund nur eine so maßlose Haushaltsrede gegen diejenigen halten, die den Scherbenhaufen weggefegt haben, den Sie finanzpolitisch hinterlassen haben? - Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben uns unser Land Niedersachsen in einem schlimmen Zustand hinterlassen, nicht nur was den Landeshaushalt angeht. Ich darf an die damalige wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land erinnern.

(Christa Elsner-Solar [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Das Wirtschaftswachstum war 2002/2003 schwach. In keinem westdeutschen Flächenland war die Arbeitslosigkeit höher als in Niedersachsen. Der Konjunkturklimaindex war zum Jahreswechsel 2002/2003 auf dem tiefsten Punkt seit 20 Jahren. Die OECD hat in ihrem Bericht 2007, im Mai veröffentlicht, deutlich gemacht, dass Niedersachsen von 1998 bis 2003 im Vergleich der Regionen Europas weiter zurückgefallen war. Niedersachsen gehörte zu den 20 Regionen in den OECD-Ländern mit dem geringsten Wirtschaftswachstum überhaupt. Ich will damit Folgendes deutlich machen: Herr Jüttner, Sie hatten Ihre Chance in der Regierung, Sie waren stellvertretender Fraktionsvorsitzender, und Sie waren Umweltminister. Sie haben diese ganze desaströse Bilanz mit zu vertreten. Es ist geradezu grotesk, dass uns die Penner von gestern, die das zu verantworten haben, allen Ernstes sagen, sie würden wieder die Zukunft gestalten wollen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr McAllister, für den Ausdruck „Penner“ erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

David McAllister (CDU):

Danke, Frau Präsidentin.

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr McAllister, für diese Unverschämtheit erteile ich Ihnen noch einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der SPD)

David McAllister (CDU):

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, wissen, dass dieses Zitat an den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, Ihren Parteifreund, Ihren Parteigenossen, angelehnt ist. Insofern wissen Sie diese Aussage einzuordnen.

Meine Damen und Herren, es ist unbestritten, dass es mit Niedersachsen seit 2003 wieder deutlich aufwärts geht. Unser Land ist wieder da, die Stimmung hellt sich auf, und das auch dank einer mutigen Landespolitik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben viel erreicht, mehr als erwartet. Das gilt insbesondere für den Bereich der Landesfinanzen. Ich kann mich noch gut an den Beginn der Legislaturperiode erinnern, als Regierung und Koalitionsfraktionen damals zusammengekommen sind und wir uns verbindliche Ziele dafür gesetzt haben, wie wir Schritt für Schritt von dieser exorbitant hohen Nettokreditaufnahme wieder herunterkommen wollten.

(Heinrich Aller [SPD]: Sie mussten alle ihre Wahlversprechen wieder einsammeln!)

Viele haben uns das nicht zugetraut. Sie haben uns dafür kritisiert. Sie haben uns gesagt, wir schaffen das niemals. Wir haben von 2003 bis 2005 hier sehr schwierige Landeshaushalte mit schmerzhaften Konsolidierungsbeschlüssen beraten und beschlossen. Das war zum Teil sehr unpopulär. Wir als Koalitionsfraktion sind aber immer der Linie unserer Landesregierung gefolgt. Wir haben damals, 2003, 2004 und 2005, drei Sparhaushalte hintereinander beschlossen. 2006 haben wir die anziehende Konjunktur und die damit verbundenen Steuermehreinnahmen dazu genutzt, die Nettokreditaufnahme für 2007 nicht nur - wie geplant - um 350 Millionen Euro abzusenken, sondern um insgesamt 850 Millionen Euro. Das war ein Beschluss, den die Koalitionsfraktionen von Anfang an mitgetragen haben, und zwar unabhängig davon, dass der Wahltermin näher gerückt war. Wir haben gesagt, dass wir weiterhin bereit sind,

die Nettokreditaufnahme abzusenken, weil wir generationengerechte und nachhaltige Finanzpolitik für das Gebot der Stunde halten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn der Landtag im Dezember diesen Landeshaushalt beschließen wird, werden wir in 2008 nur noch 600 Millionen Euro an neuen Schulden machen. Ich sage es gleich: Das sind immer noch 600 Millionen Euro zu viel. Wir sind aber, wie gesagt, stolz darauf, die niedrigste Nettokreditaufnahme seit 1973 auszuweisen. Wir senken damit - Minister Möllring hat es gesagt - seit 2002 zum sechsten Male in Folge die Nettokreditaufnahme. Wir sind das einzige westdeutsche Flächenland, das im Zeitraum von 2003 bis 2008 seine Nettokreditaufnahme in jedem Jahr absenkt. Innerhalb von nur sechs Jahren werden wir die Nettokreditaufnahme insgesamt um 2,35 Milliarden Euro abgebaut haben. Das ist gegenüber dem Rekordjahr 2002 eine Reduzierung um 80 %.

Was ich damit sagen will, ist: Diese Zahlen belegen eindrucksvoll, dass wir in Niedersachsen die finanzpolitische Wende geschafft haben. Wir haben den verantwortungslosen Marsch der Sozialdemokraten in den Schuldenstaat gestoppt. Die planlose Schuldenmacherei zulasten künftiger Generationen ist damit hoffentlich endgültig beendet. Wir werden uns dafür stark machen, dass wir in der nächsten Legislaturperiode auch hier in Niedersachsen verfassungsrechtliche Schuldenbremsen beschließen, damit es nie wieder passiert, dass so unverantwortlich viel Geld auf Pump ausgegeben wird; denn das ist unfair gegenüber künftigen Generationen. Dies zu verhindern, dafür sind wir angetreten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Herr Finanzminister hat es bereits gesagt: So ein Landeshaushalt ist natürlich auch in eine Gesamtpolitik der Landesregierung eingebettet. Man könnte viel zu den Vorwürfen des Oppositionsführers sagen. Aber manche sind so abwegig, dass es sich vermutlich kaum lohnt, darauf einzugehen.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Zum Beispiel?)

Andere sollten wir durchaus noch einmal aufgreifen. Ich will zunächst auf den Vorwurf eingehen, dass es mit der Wirtschaft in Niedersachsen nicht rund laufen würde. So äußerten Sie sich sinngemäß. Die Fakten sprechen eine ganz andere Sprache.

che. Es gibt viele Untersuchungen. Ich weiß, dass Sie uns dann, wenn wir aus diesen Untersuchungen zitieren, immer unterstellen, dass sie parteiisch seien und gezielt ausgewählt worden seien. Ähnlich verhält es sich bei Meinungsumfragen. Auch bei denen unterstellen Sie in jüngster Zeit immer Parteilichkeit und eine unfaire Behandlung Ihrer Partei.

(Heinrich Aller [SPD]: Bertelsmann!)

Lassen Sie mich aber ein Beispiel anführen. Ich meine, dass diese Untersuchung nicht in dem Verdacht steht, in irgendeiner Weise nicht objektiv zu sein. Die *Wirtschaftswoche* hat kurz vor der Sommerpause ihr bekanntes Ranking der Bundesländer vorgestellt. Das sind natürlich schon sehr erfreuliche Ergebnisse für uns in Niedersachsen. Es sind übrigens Ergebnisse, über die sich der gesamte Landtag freuen sollte; denn wenn es in Niedersachsen wirtschaftlich aufwärts geht, dann ist das doch etwas, wozu wir alle als Parlamentarier unseren kleinen Beitrag leisten. Ich verstehe - auch mit Blick auf die Debatte von heute Morgen - nicht, wie Sie, Herr Jüttner, zum wiederholten Male versuchen, das wichtigste Infrastrukturvorhaben des Landes Niedersachsen, den JadeWeserPort, systematisch kaputtzureden. Die Leute in Wilhelmshaven wollen diesen Wahlkampf nicht. Sie wollen, dass der Hafen geplant und gebaut wird.

(Beifall bei der CDU - Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist Schwachsinn! - Werner Buß [SPD]: Das ist dummes Zeug!)

Sie sind offensichtlich wirklich ins Scheitern verliebt. Anders kann man Ihr Verhalten nicht mehr begreifen und begründen.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Wenn Sie ordentlicher gearbeitet hätten, dann hätten wir da keine Diskussion!)

Also *Wirtschaftswoche*-Ranking von 2007: Bürokratieabbau: Niedersachsen Platz eins. Effizienz der öffentlichen Verwaltung: Platz eins. Wachstum Bruttoinlandsprodukt je Einwohner: Platz zwei. Gründungsintensität: Platz zwei. Ausbildungsplatzangebot: Platz drei. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Wachstumsbranchen: Platz drei. - Meine Damen und Herren, das sind die Fakten, die Sie zur Kenntnis nehmen müssen. Es geht in Niedersachsen wieder bergauf. Wir holen gegenüber den Ländern in der Spitzengruppe der 16 Länder

auf. Das ist ein Riesenerfolg. Diese Erfolgsstory werden wir in den nächsten Jahren in Niedersachsen fortsetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte auf einen zweiten Vorwurf des Herrn Oppositionsführers eingehen, der nun wirklich abenteuerlich ist. Sie haben heute allen Ernstes zum wiederholten Male der Landesregierung eine kommunalfeindliche Politik unterstellt und dabei insbesondere den Bereich der Kommunalfinzen angesprochen. Herr Möhrmann, das ist ein typisches Beispiel, bei dem man sagen müsste: Im Grunde genommen ist es abwegig, überhaupt darauf einzugehen. Dennoch tue ich es gerne:

Diese Landesregierung hat dafür gesorgt, dass im Bundesrat die Gewerbesteuerumlage von 28 auf 20 % abgesenkt wurde.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben beschlossen, dass die Zuweisungsmasse im kommunalen Finanzausgleich um 75 Millionen Euro erhöht wird.

(Heinrich Aller [SPD]: Was haben Sie gemacht?)

Wir haben gegen Ihren erbitterten Widerstand den Flächenfaktor in den kommunalen Finanzausgleich wieder eingeführt, um die Ungerechtigkeit gegenüber dem ländlichen Raum, die Sie zu verantworten haben, auszugleichen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da stellt sich Herr Jüttner hin und redet von kommunalfeindlicher Politik, und das in einem Jahr wie 2007, in dem die Einnahmen der Kommunen aus dem KFA um 32 % gestiegen sind! Wir haben insgesamt 3,1 Milliarden Euro im kommunalen Finanzausgleich. Das ist der höchste kommunale Finanzausgleich in der Geschichte Niedersachsens. Das sind die Realitäten und Wahrheiten. Das, was Sie heute im Plenum behauptet haben, sind Unwahrheiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das sagt ausgerechnet der Oppositionsführer, der der SPD angehört, einer Partei, die zwischen 1994 und 2003 den kommunalen Finanzausgleich um insgesamt 3 Milliarden Euro gekürzt hat und dafür zweimal vom Staatsgerichtshof verurteilt worden

ist. Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist ungeheuerlich!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte ein drittes Beispiel nennen: Sie haben Minister Hirche vorgeworfen, er würde mit seinem Innovationsfonds keine innovative Politik machen. Ich sage Ihnen eines: Es gibt einen Beschluss, den die Fraktionen der FDP und der CDU gemeinsam tragen, dass der Innovationsfonds bis 2011 um jeweils 20 Millionen Euro auf dann insgesamt 100 Millionen Euro aufgestockt wird. Wir halten diesen Innovationsfonds für sehr richtig. Es ist klug und vernünftig, dass wir in Niedersachsen in Forschung, Spitzentechnologie und Innovationen investieren. Ich halte Innovationsförderung für viel innovativer als diese ewige Forderung nach neuen Schulden, die die Opposition erhoben hat. Herr Jüttner, das, was Sie vorgetragen haben, ist doch nicht innovativ!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man könnte in der Wirtschaftsförderung die EU-Förderprogramme im Bereich Wirtschaft - EFRE - und in den Bereichen Arbeit und Qualifizierung nennen. Ich könnte die Erhöhung des Landesstraßenbauplafonds anführen. Wir haben übrigens die von Ihrem Genossen Tiefensee vorgenommene Kürzung der Regionalisierungsmittel zurückgenommen. Dafür stehen im Landeshaushalt 2008 15 Millionen Euro zur Verfügung, 2009 noch einmal 15 Millionen Euro. Der einzige Beitrag, den Sie geleistet haben, ist, dass Sie sich an Volksinitiativen gegen Ihren eigenen Bundesverkehrsminister beteiligt haben. Das ist konkrete Haushaltspolitik, damit wieder mehr Züge fahren. Sie haben zu verantworten, dass sie nicht mehr fahren sollten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Tiefwasserhafen, den wir hier einmal gemeinsam beschlossen haben - aus diesem Konsens haben Sie sich ja mittlerweile verabschiedet -, wird in 2008 mit 48,8 Millionen Euro finanziell abgesichert. Bis 2011 stehen für dieses Projekt 183,2 Millionen Euro in der MiPla. Für Investitionen in weitere niedersächsische Häfen - Brake und andere - stehen 2008 17 Millionen Euro bereit.

Herr Jüttner, dieses Mal sind Sie in Ihrer Rede nicht ausführlich auf die Bildungspolitik eingegangen. Ich möchte Ihnen nur deutlich machen, dass die frühkindliche Bildung bei uns hohe Priorität hat.

Seit dem 1. August dieses Jahres ist das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei. Im gesamten Jahr 2008 bleibt es dabei. Allein dafür geben wir 120 Millionen Euro. Das ist eine wichtige familienpolitische Maßnahme, die die Eltern entlastet. Es ist aber auch eine bildungspolitische Maßnahme, weil wir das letzte Kindergartenjahr zum Schulkindergarten umwandeln wollen, um den Übergang in die Grundschule zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von Heinrich Aller [SPD])

- Herr Aller, Sie haben bis 2003 die Chance gehabt, das beitragsfreie Kindergartenjahr einzuführen. Sie haben es aber nicht gemacht. Ich sage Ihnen eines: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Sie hatten Ihre Chance, haben es aber nicht getan! Deshalb sind Sie als damaliger Finanzminister ein ganz besonders schlechter Kronzeuge unserer Politik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Eigenverantwortliche Schule wird mit 3,6 Millionen Euro weiter gefördert. Für Fortbildungsangebote für Lehrerbildung stehen 3,12 Millionen Euro zur Verfügung. Der Ausbau der Ganztagsangebote geht weiter.

Wir werden in unserem Haushalt die ersten finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass in engem Einvernehmen mit Minister Lutz Stratmann bis 2010 11 200 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Dafür stehen in 2008 allein 10 Millionen Euro zur Verfügung. Die geplante Niedersächsische Technische Hochschule ist auf dem Weg. Dafür stehen im Haushalt 2008 die ersten 5 Millionen Euro bereit.

Ich möchte noch auf die Investitionen eingehen. Herr Jüttner hat ja die angeblich fehlenden Investitionen kritisiert. Große Infrastrukturvorhaben und große Investitionsvorhaben sind im Landeshaushalt 2008 enthalten und werden vorbereitet. Die neue Justizvollzugsanstalt in Bremervörde wird insgesamt 270 Millionen Euro kosten. Im Haushaltsplan 2008 sind die ersten Mittel dafür vorgesehen. Das Herzog-Anton-Ulrich-Museum in Braunschweig wird mit 22,9 Millionen Euro saniert, und dort wird angebaut. Der Neubau des Staatsarchivs in Stade wird mit 21,25 Millionen Euro im Haushalt abgesichert. Für den Neubau des Hochsicherheitsbereichs im Landeskrankenhaus Göttingen stehen 18 Millionen Euro zur Verfügung. Für den Neubau des Finanzamts Celle sind 10,4 Mil-

tionen Euro veranschlagt. Das Vorhaben Finanzamt Celle ist finanziell abgesichert. Wir wissen ja noch, dass es früher in Niedersachsen einmal eine Politik gab, bei der Finanzamtsneubauten zwar angekündigt wurden, aber anschließend null Euro im Haushalt eingestellt waren. Virtuelle Spatenstiche waren das damals, ohne jegliche finanzpolitische Grundierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Viele Hochbauten werden also begonnen. Das sind wichtige Investitionen auch für die mittelständische Bauwirtschaft, und sie sind finanziell abgesichert.

Abschließend darf ich noch auf Folgendes hinweisen: CDU und FDP begrüßen es sehr, dass der Pensionsfonds ab 2010 eingerichtet wird. Wir weisen auch auf das Krankenhausinvestitionsprogramm in Höhe von 360 Millionen Euro hin. Das ist das zweite Krankenhausinvestitionsprogramm seit der Regierungsübernahme durch CDU und FDP. Wir sind stolz darauf, dass kein Land in Deutschland so viel Geld für Krankenhausinvestitionen ausgibt, wie wir das tun. Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass Ihr permanenter Vorwurf, diese Koalition aus CDU und FDP sei unsozial, völlig daneben ist. Wir meinen, Krankenhausinvestitionen sind eine gute Investition in die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist schon erstaunlich, was die SPD in Vorwahlkampfzeiten alles so von sich gibt. Herr Jüttner, insbesondere bei Ihnen brechen bereits jetzt alle finanzpolitischen Dämme. Wir versuchen, genau zu beobachten, was Sie bei Ihren Auftritten im ganzen Land alles so von sich geben. Wir haben einmal zusammengefasst, was das „Best of Jüttner“ der letzten Wochen und Monate ist: Sie haben zum Haushalt 2008 gefordert: Die Investitionsausgaben sollen weiter erhöht werden. Die Straßenunterhaltungsmittel sollen angehoben werden. Der Pensionsfonds soll bereits ab 2008 eingerichtet werden; allein das würde 30 Millionen Euro kosten. Sie fordern eine Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs um nochmals 78 Millionen Euro. Sie fordern die Abschaffung der Studienbeiträge; das sind 125 Millionen Euro. Sie fordern die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit; das sind 40 Millionen Euro. Sie haben im Sommer in einem Gespräch mit der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* gefordert, den VW-Anteil des Landes Niedersachsen auf

25 % zu erhöhen. Allein das würde zum jetzigen Zeitpunkt 2 Milliarden Euro kosten. - Was ich damit sagen will, ist: Mehrausgaben in der Größenordnung von 2,5 Milliarden Euro zu fordern, keinen einzigen Gegenfinanzierungsvorschlag zu machen und dann die zu hohe Nettokreditaufnahme zu kritisieren - das ist unseriös. Das kann nur Wolfgang Jüttner! Deshalb wird er Oppositionsführer bleiben, wenn er Glück hat.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Gipfel der Unverschämtheit ist, dass Sie, Herr Jüttner, sich hier hinstellen und sagen, unsere Konsolidierungserfolge und die Rückführung der Nettokreditaufnahme würden ausschließlich aus den sprudelnden Steuereinnahmen resultieren.

(Ursula Körtner [CDU]: Unverschämtheit! Keine Ahnung! - Heinrich Aller [SPD]: Schattenhaushälter!)

Das sagt jemand, der selbst gegen die Mehrwertsteuererhöhung zu Felde gezogen ist. Sie haben doch gesagt „keine Merkelsteuer“. Sie waren doch gegen die Mehrwertsteuererhöhung. Wenn Sie ehrlich wären, dann dürften Sie in allen Ihren Haushaltsanträgen die Mittel aus der Mehrwertsteuererhöhung nicht mit einberechnen. Sie waren dagegen und kritisieren anschließend, dass wir uns aus Rücksicht auf unseren Koalitionspartner im Bundesrat der Stimme enthalten mussten. Was Sie machen, ist allerdings unehrlich: Erst sind Sie dagegen, und dann stecken Sie die Kohle ein. Das ist nicht in Ordnung!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Betreiben wir keine Geschichtsklitterung, Herr Oppositionsführer! Wir haben von 2003 bis 2005 schwere Konsolidierungshaushalte in diesem Haus gefahren, gegen den erbitterten Widerstand der Opposition - sofern man bei Ihnen überhaupt von „erbittertem Widerstand“ sprechen kann - und auch mit viel Protest draußen im Lande. Ich möchte Ihnen eines deutlich machen: Hätten wir damals nicht jährliche Konsolidierungserfolge von 1,5 Milliarden Euro erzielt, dann hätten wir jetzt trotz der guten konjunkturellen Entwicklung und trotz der positiven Steuereinnahmen eine Nettokreditaufnahme von weit mehr als 2 Milliarden Euro. Dass die Nettokreditaufnahme jetzt auf 600 Millionen Euro abgesenkt wird, ist ein Erfolg der Haushaltspolitik dieser Landesregierung und dieser Regie-

rungskoalition und geht mit Sicherheit nicht auf die klugen Sprüche der Opposition zurück. Auch das muss man deutlich machen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Was Haushaltspolitik für Sie bedeutet, kann man gut nachlesen im Entwurf des Regierungsprogramms der Niedersachsen-SPD. Entschuldigung, ein Regierungsprogramm wird es ja wohl nicht werden; es ist eher ein Wahlprogramm, wie auch immer. Es sind 77 eng bedruckte Seiten. Wissen Sie, wo das Kapitel „Finanzen“ kommt? Es kommt an letzter Stelle auf den Seiten 76 und 77, auf mickrigen anderthalb Seiten. Gut, das ist der Entwurf des Wahlprogramms. Vielleicht kann die Wahlprogrammkommission diesen Entwurf noch einmal überarbeiten. Zum Beispiel Herr Möhrmann wäre hier noch einmal gefordert.

Aber das ist kein Einzelfall. Herr Jüttner hat gestern weitere Mitglieder seiner Schattenmannschaft vorgestellt. Fürchtet die Schatten nicht; sie bedeuten lediglich, dass in der Nähe irgendwo ein Licht brennt. Das wissen wir alle.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist in Ordnung, dass Sie Ihre Schattenmannschaft vorstellen, aber was ich heute im *Weserkurier* lese, zeigt, dass das - ein kleines Finanzkapitel auf mickrigen anderthalb Seiten - bei Ihnen System hat. Ich zitiere wörtlich aus einem Artikel von Peter Mlodoch vom heutigen Tage:

„Die Bereiche Schule, Umwelt, Wirtschaft und Finanzen sind noch offen - und die Finanzen sollen es wohl auch bleiben. ‚Mit Finanzpolitik macht man keine Überzeugungsarbeit in seinen Zielgruppen‘, meinte Jüttner und sprach vom ‚Mut zur Lücke‘.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Kein Finanzkapitel, kein Finanzminister und bei Finanzpolitik „Mut zur Lücke“. Als jüngerer Politiker sage ich Ihnen eines ganz deutlich: Finanzpolitik mag nicht alles sein, aber Finanzpolitik ist die zwingende Voraussetzung für zukunftsgerechte Landespolitik, für wirtschaftliche Stabilität und für den Aufschwung. Meine Generation hat die Nase voll von Politikern, die sagen, Finanzpolitik sei ein

Thema, bei dem man Mut zur Lücke zeigen könne. Dieses ewige Schuldenmachen ist unsozial, es war asozial. Das muss ein Ende haben in Deutschland, und deshalb dürfen Leute wie Sie nicht wieder ran.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das soll genug sein. Ich hätte noch viele Anekdoten über Ihre Sommertour. Die heben wir uns auf.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Vielleicht eine! - Weitere Zurufe von der CDU: Noch eine!)

- Nein, nein, Freunde. Hochmut kommt in der Tat vor dem Fall.

(Heinrich Aller [SPD]: Schönen Sturz!)

- Herr Jüttner, wir sind auch an Ihrer Seite, wenn es schwer wird. - Die Koalition wird den Haushalt in den nächsten Wochen ganz intensiv in den Ausschüssen und in den Arbeitskreisen beraten und wiederum eine Haushaltsstrukturkommission einsetzen. Die CDU-Landtagsfraktion wird mit Sicherheit noch den einen oder anderen eigenen Akzent setzen, aber die generelle Linie ist klar: Wir konsolidieren weiter, wir investieren weiter, und wir modernisieren weiter - Landesregierung und Koalitionsfraktionen Hand in Hand; denn das ist besser für das Land, und das ist besser für die Niedersachsen. - Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Bevor ich Herrn Wenzel das Wort erteile, muss ich Sie, Herr McAllister, noch darauf aufmerksam machen, dass ich Ihnen zwei Ordnungsrufe erteilen muss. Beim dritten Ordnungsruf müssen Sie den Landtag verlassen.

(Zurufe: Die Sitzung!)

- Die Sitzung.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das hätten Sie gleich machen müssen! Jetzt geht es nicht mehr! Das steht so in der Geschäftsordnung! - Bernd Althusmann [CDU]: Das hätten Sie sofort machen müssen gemäß Geschäftsordnung! Ich habe das vorsichtshalber schon mal nachgelesen!)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr McAllister, auch Autosuggestion ist eine Kunst, wie Sie uns hier vorgeführt haben. Selbst im Haushalt 2008 mit deutlich erhöhten Einnahmen muss diese Landesregierung neben der immer noch hohen offiziellen Neuverschuldung ein Haushaltsloch von 650 Millionen Euro durch Tricks ausgleichen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Was?)

Mit Schattenhaushalten, Vermögensverkäufen und neuen Krediten, die bei Ihnen als „Entnahme aus der Rücklage“ deklariert sind, wurden diese Lücken getarnt. Das ist zum Glück nicht geheim geblieben. Trotz guter Wachstumsraten müssen auch 2009 bis 2011 nach der bisherigen Mipla über 850 Millionen Euro Verkaufserlöse in den Haushalt fließen. Trotzdem gibt es auch in diesem Planungszeitraum noch Haushaltslöcher, von der Landesregierung beschönigend „offener Handlungsbedarf“ genannt, von über einer halben Milliarde Euro jährlich. Das ist die Realität, Herr McAllister; Sie kennen sie.

Herr Wulff, Herr Möllring, haushaltspolitisch wollen Sie mit der sogenannten „Perspektive 2020“ in den Wahlkampf ziehen. Sie versprechen, Schattenhaushalte und Schulden abzubauen und Vorsorge für steigende Beamtenpensionen zu treffen. Das alles ist ein Fake, Herr McAllister, mehr nicht.

(Zustimmung von Professor Dr. Albert Lennartz [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, dies ist der letzte Haushalt dieser Landesregierung.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Hoffentlich!)

Es ist Zeit für eine politische Bilanz: Die Steuerquellen sprudeln kräftiger. Das ist nicht Ihr Verdienst, aber es nützt Ihnen. In gut vier Monaten entscheiden die Bürgerinnen und Bürger. In gut vier Monaten wird entschieden, wem die Niedersachsen das Steuer für die nächsten fünf Jahre anvertrauen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Ihnen nicht!)

Alle Erfahrung zeigt: Wichtig ist vor allem, ob man einer Partei zutraut, den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, die Herausforderun-

gen in ihrer ganzen Dimension zu begreifen und die soziale Balance zu wahren. Drei Herausforderungen werden uns mehr als alle anderen beschäftigen.

Die Globalisierung macht aus der Welt ein Dorf. Unsere mittelständischen Unternehmen stehen im Wettbewerb mit Unternehmen auf der ganzen Welt. Wenn wir zukunftsfähige Arbeitsplätze sichern wollen, können wir bei den Löhnen nicht mit China konkurrieren. Auch bei den Arbeitsbedingungen wollen wir das nicht. Wir werden unsere Arbeitsplätze nur sichern können, wenn wir die besseren Ideen, die phantasievolleren Produkte und die kreativeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Deshalb ist Bildung der Schlüssel. Sie ist der Schlüssel für Chancengerechtigkeit, aber auch der Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Leider stammt der Kern unseres Bildungssystems noch immer aus dem vorletzten Jahrhundert. Was den damaligen preußischen Reformern sicher zur Ehre gereichte, ist heute ein Relikt ständischen Denkens. Es zementiert soziale Ungleichheit. Viel zu oft sind die Kinder von Sozialhilfeempfängern wieder Sozialhilfeempfänger - nicht, weil sie nichts können, sondern weil sie zu oft demotiviert wurden und weil ihr Selbstvertrauen gebrochen wurde.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Herr Wulff, wenn Ihr Kultusminister nicht erkennt, warum bei uns zu wenig junge Menschen studieren und zu viele ohne Schulabschluss in die lebenslange Arbeitslosigkeit geschickt werden, dann haben Sie ein Problem. Minister Busemann ist ein wunder Punkt in Ihrem Kabinett.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Der zweite Bildungsminister, Herr Stratmann, hat sich seinen Schneid schon zu Beginn der Wahlperiode abkaufen lassen. Seitdem sind in Niedersachsen viel zu viele Studienplätze abgebaut worden, und die Studiengebühren wirken wie eine Strafsteuer für bildungshungrige junge Menschen.

Die zweite zentrale Herausforderung, vor der wir stehen, ist der Klimawandel. Er wird uns genauso fordern. Jetzt ist der Zeitpunkt, um unser Land auf das nächste Jahrzehnt vorzubereiten. Jetzt müssen mutige, unbequeme Entscheidungen getroffen werden. Wer mit den Menschen spricht, der merkt: Die Menschen warten darauf. Die meisten Menschen wissen auch, was notwendig ist, und viele handeln dort, wo sie selber können. Was aber

fehlt, sind konsequente Schritte der Politik. Da gibt es nur Rhetorik.

Sie, Herr Ministerpräsident, begrüßen und unterstützen den Bau neuer Kohlekraftwerke, obwohl wir längst bessere Technik haben. Ihr Baumanagement baut Gebäude, die dreimal so viel Wärme verbrauchen wie ein gutes Niedrigenergiehaus. Jetzt kommen Sie im Hochbau mit einem Energiesparprogramm von 2,5 Millionen Euro im Jahre 2008. Bei diesem Minimalismus weiß man nicht, ob man lachen oder weinen soll. Wer den Klimawandel und eine neue Energiepolitik als zentrale Herausforderung begreift, der kann Ihnen das Land nicht anvertrauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Herr Sander taugt sicher als Cheflobbyist für E.ON, EnBW oder andere Konzerne dieser Art.

(Anneliese Zachow [CDU]: Unverschämt!)

Als Minister ist er eine der schlimmsten Fehlbesetzungen, die dieses Land je erlebt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Mann, Mann, Mann! Herr Wenzel, sagen Sie mal was zum Haushalt! Haben Sie eine Zahl in Ihrer Rede?)

Für jeden und jede, dem bzw. der die Bewahrung der Schöpfung am Herzen liegt, ist diese Personalia eine Beleidigung.

Meine Damen und Herren, die dritte große Herausforderung ist die demografische Entwicklung. Unsere sozialen Sicherungssysteme sind auf Wachstum ausgerichtet. Aber weder die Pflege noch die Krankenversicherung noch die Beamtenversorgung haben hier Vorsorge getroffen. Im Weserbergland, im Harz und einigen anderen Regionen wird man wahrscheinlich mit dem Schrumpfen leben müssen. Das wird eine große Herausforderung für die Kommunen, die Daseinsvorsorge und Infrastruktur gewährleisten müssen.

Ausgerechnet in dieser Situation schwächen Sie die Raumordnung, die unnötige Doppelstrukturen vermeiden hilft. Das wird die Kommunen, die schon jetzt vor schwer lösbaren Haushaltsproblemen stehen, noch stärker belasten. Zu diesem Thema hört man von Ihrem Kommunalminister, Herrn Schünemann, aber gar nichts.

Völlig daneben liegt Ihr Innenminister auch beim Bleiberecht. Trotz sinkender Bevölkerungszahlen wendet er das Ausländerrecht äußerst restriktiv an. Er schiebt Kinder ab, die hier seit Jahren leben, die hier ausgebildet, die hier geboren sind, ja die eigentlich Deutsche sind. Die Senkung der Verdienstgrenzen für den Zuzug von Fachkräften ist da nur eine kosmetische Maßnahme, weil die Hürden einfach extrem hoch sind.

Meine Damen und Herren, wo ich bei den Ausfällen im Kabinett bin, darf man die personifizierte Verantwortungslosigkeit im Palais hinter der Markthalle natürlich nicht vergessen.

(Jörg Bode [FDP]: Vorsicht!)

- Neulich, Herr Bode, sprach ich mit einem engagierten Forscher und Manager, der Ihrem politischen Lager zuzurechnen ist. Erstaunt war ich dann doch, wie klar er die Sorge äußerte, dass wir die Wettbewerbsposition, die wir uns auch dank der Arbeit der Grünen in den letzten Jahrzehnten erarbeitet haben,

(Was? bei der FDP)

die wir heute bei den Zukunftstechnologien wie Solar- und Bioenergie haben, wieder verspielen.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: War das schon die Pointe? - Gegenruf von Ursula Helmhold [GRÜNE]: Von wem stammt das Erneuerbare-Energien-Gesetz denn?)

Denn das, was bei der IT, beim Fax und beim MP3-Player passiert ist, das darf sich bei den erneuerbaren Energien oder bei sparsamen Antriebstechnologien nicht wiederholen. VW und seine Aufsichtsräte - auch Ihr Kollege, Herr Rösler, der dort sitzt - haben jahrelang geschlafen. Ihr Ministerium fördert künstliche Schneehügel in der Heide und bayerische Kneipen im Harz.

(David McAllister [CDU]: Ach!)

Für Zukunftstechnologie bleibt nichts übrig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der niedersächsische Kombilohn ist ein Rohrkrepierer ersten Ranges.

(David McAllister [CDU]: Was? 2 500 Erfolge!)

Faktisch gibt es in Deutschland einen ungewollten Kombilohn, der durch Lohndumping entsteht. Immer mehr Menschen bekommen ergänzend ALG II, weil ihr Lohn trotz 40-Stunden-Woche nicht mehr zum Leben reicht. Skrupellose Unternehmer melken den Staat, indem sie die Löhne in den Keller schicken und auf die ergänzende Fürsorge des Staates vertrauen. Für die Betroffenen ist das entwürdigend. Ein Mindestlohn von 7,50 Euro als unterste Grenze ist daher unverzichtbar, wenn man den Missbrauch der Sozialsysteme durch Lohndumping verhindern will. 70 % der Bevölkerung sehen das so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, jetzt könnte man denken: schwaches Kabinett, aber starker Chef. - Weit gefehlt!

(David McAllister [CDU]: Starkes Kabinett, starker Chef!)

Bei Ihren bundespolitischen Profilierungsversuchen haben Sie, Herr Wulff, sich immer wieder um etwas abseitige Wertefragen gekümmert, die aus Ihrer Sicht wohl konservativ im besten Sinne sein sollen. Sie haben die Rechtschreibreform weiter chaotisiert und die Raucherkneipen verteidigt. Unvergessen ist auch Ihr Beitrag zur Liberalisierung des Waffenrechts.

(Bernd Althusmann [CDU]: Kommen Sie mal zum Haushalt, Herr Wenzel!)

Schon am Montagmorgen um halb zehn standen Sie im Abseits. Das war allerdings ein interessanter Nebeneffekt.

Meine Damen und Herren, immer mehr Themen werden von Ihnen auf die lange Bank oder, besser gesagt, hinter die Wahl geschoben. Warum wollen Sie denn nicht vor der Wahl verbindlich über den Verzicht auf die Elbvertiefung entscheiden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

über den Umgang mit 380-kV-Stromtrassen entscheiden, über strenge Grenzwerte gegen die Weserversalzung entscheiden, über Factory-Outlet-Center entscheiden, über die Gleichstellung der Beamten beim Pensionsalter entscheiden und über ein strengeres Verschuldungsverbot in der Verfassung entscheiden? - Alles nur Ankündigungen, alles nur heiße Luft.

Alle Themen haben eines gemeinsam: Sie, Herr Ministerpräsident, drücken sich um eine klare Position, um eine eindeutige Entscheidung. Wir erwarten aber, dass Sie den Menschen vor der Wahl reinen Wein einschenken und eindeutig Klarheit schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonderes Talent hat Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, immer dann bewiesen, wenn es darum ging, Verantwortung zu übernehmen. Wenn's gut ging, hat's der Wulff gemacht; wenn's schiefging - beim Debakel um die Landeskrankenhäuser oder beim Tiefwasserhafen -, dann waren teuer eingekaufte Juristen und Berater schuld. Sie haben dem Beraterunwesen eine neue Dimension hinzugefügt. Gabriel hat sich eine Art Frischzellenkur einkaufen wollen. Sie aber haben sich Berater als Sündenböcke gehalten, die für die Fehler Ihres Kabinetts den Kopf hinhalten mussten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist Wulffs Prinzip der organisierten Verantwortungslosigkeit.

(Zustimmung von Ursula Helmhold [GRÜNE])

Herr Ministerpräsident, bei aller Umtriebigkeit, bei aller versuchten Modernität und bei aller Popularität könnte es am Ende noch einmal richtig eng für Sie und Ihr Regierungsunternehmen werden. „The times they are a-changin‘“, hat Bob Dylan gesungen. Kennen Sie das, Herr Ministerpräsident? -

(Minister Walter Hirche: Das gilt auch für die Grünen!)

Sie sind ja in letzter Zeit sogar öfter bei Rockkonzerten aufgekreuzt als Ihr Vorgänger.

„... gebt zu, dass das Wasser um euch herum gestiegen ist, und akzeptiert, dass ihr bald bis auf die Knochen nass sein werdet! Wenn ihr eure Zeit retten wollt, müsst ihr schwimmen lernen“,

hat Dylan gesungen. Aber Sie taufen ja lieber mit Sarah Connor Kängurus, tingeln durch Kochshows

(David McAllister [CDU]: Das hatten wir schon!)

und wetteifern im Fernsehen um Rechtschreibregeln. Es stimmt schon: In Funk und Fernsehen sind Sie sehr präsent, Herr Ministerpräsident.

(David McAllister [CDU]: Weil er beliebt ist, weil er angesehen ist!)

Wenn man morgens die Zeitung aufschlägt, dann hat man manchmal das Gefühl, dass sein Pressesprecher jetzt auch schon das Double macht. Sie sind immer unterwegs, damit Sie keinen Fototermin verpassen. Aber war das wirklich Ihr Regierungsauftrag?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - David McAllister [CDU]: Herr Wenzel, keinen Neid! Sarah Connor findet Sie nicht prickelnd!)

Am Ende dieser Legislaturperiode werden Ihre Minister als Weltmeister in Sachen Pressefrühstück und -abendessen in die Geschichte eingehen, allen voran natürlich Ihr Umweltminister, der die Landespressekonferenz gleich mehrfach nach Hause eingeladen hat.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Traurig, dass Sie nicht dabei waren?)

Glauben Sie denn wirklich, dass man Journalisten mit selbst gemachter Marmelade und Holunderwein am Kartoffelfeuer überzeugen kann?

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie sind stolz, Ihren Koalitionsvertrag abgearbeitet zu haben.

(David McAllister [CDU]: Sehr stolz!)

Vor fast fünf Jahren geschrieben und akribisch geplant, ist er jetzt pedantisch abgehakt.

(David McAllister [CDU]: Noch nicht ganz!)

Bei jedem Spiegelstrich haben Sie die Fanfare geblasen. Dass die Opposition manchmal aushelfen musste, Herr McAllister - geschenkt!

Hundert Tage sollte es bei Ihrem Gesetzentwurf zur Konnexität dauern; tausend Tage hat es gedauert. Die Opposition musste mithelfen. Wir mussten gar noch einen Gesetzentwurf präsentieren. Geschenkt! Keine Frage: Der Haushalt steht besser da als vor fünf Jahren. Wir müssen aber auch sehen: Das Weihnachtsgeld ist weg, große Teile des Landesvermögens haben ebenfalls die

Eigentümer gewechselt, die Landeskrankenhäuser wurden verkauft, das Landesamt für Ökologie wurde abgewickelt, Studienplätze wurden abgebaut, die Orientierungsstufe wurde abgeschafft und die Landeszentrale für politische Bildung wurde geschlossen. „Alles muss raus“ könnte auf einem Transparent über der Staatskanzlei stehen - Schlussverkauf in Christians Resterampe.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Herr Wulff, können Sie aber erklären, was wirklich anders und besser geworden ist, nachdem Ihr Fünfjahresplan abgearbeitet ist? Gewiss, Sie haben in dieser Zeit versucht, Modernisierungsdefizite der CDU zu beseitigen. In Sachen Familie, Migration und Umwelt wurde die eigene Mottenkiste ordentlich durchgeschüttelt. Es gab Thesepapiere, Beschlüsse und Willensbekundungen. Es ging dabei aber nicht um das Land. Bei diesen Themen ging es vielmehr darum, endlich einmal Ihre eigene Partei zu entstauben. Sie wussten ganz genau, wie sehr die CDU bei vielen gesellschaftlichen Themen hinter dem Mond lebt.

Insgesamt waren Sie ohne Zweifel fleißig. Gesetze gab wie am Fließband. Neue Strukturen, Gliederungen, Zuständigkeiten - ja, all das gab es. Wissen Sie aber, was es nicht gab? Es gab keine neuen Inhalte, neuen Ideen und neuen Konzepte, um den Herausforderungen der Zukunft wirklich zu begegnen: Globalisierung, Klimawandel, demografische Entwicklung. Es gab keine neue Sinnstiftung, keinen neuen Geist und keine wirkliche geistige Erneuerung. Neue Impulse für Solidarität, für Gerechtigkeit oder gar für Barmherzigkeit im christlichen Sinne, neuer Schwung für all das, was eine Gesellschaft, zumal in schwierigen Zeiten, wirklich zusammenhält - das hat es von Ihnen nicht gegeben. Im Gegenteil: weniger Blindengeld, kaum zugelassene Härtefälle, fast kein Bleiberecht, Kinder ohne Mittagessen in der Schule und keine Schülerbeförderung für Kinder aus sozial schwachen Familien. Gerade das sind Punkte, bei denen viele Menschen sehr aufmerksam hingucken.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Meine Damen und Herren, Sie haben Niedersachsen anders verwaltet, aber Sie haben unser Land nicht neu gestaltet. Es gibt keine Aufbruchsstimmung. Ich glaube, es ist kein Zufall, dass Sie, Herr

Ministerpräsident, sich in den letzten Monaten so oft mit Ihrem Parteiveteranen Ernst Albrecht gezeigt haben. Es gibt kaum eine Feier, auf der Sie mit ihm zusammen nicht fröhlich und fototrächtig ein Gläschen Sekt trinken. Sie wollen damit wohl etwas kompensieren. Wissen Sie, was Sie beide unterscheidet? Ernst Albrecht hatte eine Philosophie. Es war beileibe nicht die unsrige, aber er hatte eine. Sie dagegen haben keine, noch nicht einmal eine, die uns missfällt. Wo andere nachdenklich werden, rattert bei Ihnen eine gut geschmierte Maschine. Wo andere Zukunftsträume haben, haben Sie nur einen funktionierenden Apparat.

Herr Wulff, Sie sind in den letzten fünf Jahren zum fast perfekten Buchhalter der Macht geworden. Sie haben aber vergessen, dass die Prokura vom Volk erteilt wird. Busemann, Stratmann, Heister-Neumann, Möllring und Wulff - das halbe Kabinett besteht bei Ihnen aus Juristen, die sich als Universalgelehrte ausgeben.

(Zuruf von der CDU: Reden Sie von Gerhard Schröder?)

Warum haben Sie denn nicht gleich ein Consultingunternehmen mit den Regierungsgeschäften beauftragt? Sie haben mehr Strukturen geschaffen, aber weniger Sinnstiftung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in den letzten fünf Jahren nur einmal so richtig Herz gezeigt, nämlich als es darum ging, den Scheitel aufzulösen und die Haare wieder einmal offen zu tragen.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Das alles ist aber Episode. Das ging wirklich schnell vorbei. Für Niedersachsen wäre es besser, wenn man im nächsten Januar über Schwarze und Gelbe das Gleiche sagen könnte. - Herzlichen Dank.

(Stark anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat Herr Rösler von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, bei der letzten Einbringung eines Landeshaushalts in dieser Legislaturperiode lohnt sich ein Rückblick auf die vergangenen vier-einhalb Jahre. Wir haben von der alten SPD-Landesregierung einen unverantwortlichen Schuldenberg übernommen. Wir haben ebenfalls eine unverantwortliche Neuverschuldung in Höhe von 3 Milliarden Euro übernehmen müssen. Das war der unrühmliche Höhepunkt der Haushalts- und Finanzpolitik der Sozialdemokraten. Dafür sind sie abgewählt worden, was auch im Rückblick eine hervorragende und richtige Entscheidung für unser Land war.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP haben damals einen Konsolidierungskurs und die jährliche Senkung der Nettokreditaufnahme um 350 Millionen Euro vereinbart. Demnach wären wir 2008 erstmals bei einem verfassungsmäßigen Haushalt angekommen, und 2013 gäbe es keine Neuverschuldung mehr. Selbst aus heutiger Sicht war dies ein ehrgeiziges Ziel. Die Menschen wussten schon damals, dass dies nur von den Fraktionen von CDU und FDP gemeinsam und erfolgreich umgesetzt werden könnte.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Hier im Hause gab es durchaus einige Verschwender, die unverbesserlich waren. Wir erinnern uns: Die Sozialdemokraten haben sich konsequent einer ehrlichen Haushaltskonsolidierung verweigert. Sie haben im Gegenteil bei fast jeder Haushaltsberatung immer neue Anträge gestellt, im Jahre 2005 allein in der Größenordnung von einer halben Milliarde Euro. Uns haben sie dann im Gegenzug vorgeworfen, wir würden das Land kaputt sparen oder gar Schattenhaushalte einrichten. Nichts von alledem war aber richtig, weder damals noch heute.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir können uns ja einmal anschauen, welche Themen wir uns damals bei der Konsolidierung vorgenommen haben. Sie haben vorgeschlagen, wir sollten möglichst nicht bei der Wirtschaftsförderung kürzen. Sie haben uns vorgeworfen, es würde sonst womöglich zu dramatischen Einbrüchen im Bereich des Wachstums kommen. Heute, viereinhalb Jahre später, ist das, was Sie behauptet ha-

ben, überhaupt nicht eingetreten. Es ist vielmehr das Gegenteil eingetreten. In den letzten drei Jahren haben wir nach Baden-Württemberg das zweithöchste Wachstum unter allen Bundesländern in Deutschland zu verzeichnen. Auch wenn es Ihnen nicht passt, sagen wir Ihnen: Das ist selbstverständlich ein Verdienst unseres Wirtschaftsministers Walter Hirche, seiner Politik und seines gesamtwirtschaftlichen Konzepts.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zuruf von Dorothea Steiner [GRÜNE])

- Frau Kollegin, Ihre Zwischenrufe habe ich wirklich vermisst. Sie waren lange nicht von Ihnen zu hören. Frau Steiner, es ist aber schön, dass Sie jetzt wieder Zwischenrufe machen. Das bringt hier ein bisschen Leben herein. Herr Gabriel und auch Frau Harms haben die vorhandene Kritik früher zugegebenermaßen wesentlich dynamischer und frischer vorgetragen als die Herren Kollegen Jüttner und Wenzel. Bei allen vieren war die Kritik allerdings jeweils ohne Substanz. Es ist aber schön, Frau Steiner, dass in dieser Debatte wenigstens auf Sie Verlass ist.

(Beifall bei der FDP)

Das gesamtwirtschaftliche Konzept ist im Übrigen einfach zu beschreiben. Man kann sich durchaus an anderen erfolgreichen europäischen Staaten orientieren. Alle Staaten - egal ob Spanien, Finnland oder Irland -, die zuerst ihre Haushalte konsolidiert haben, haben in der Folge weitaus höhere Wachstumswerte als wir in Deutschland gehabt. Das ist ein Verfahren, das überall gilt, das Sie aber nicht verstehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Solide Haushalte sind die notwendige Bedingung für solides Wachstum. Wenn Sie es nicht verstehen, hier ein kleiner Merksatz für sozialdemokratische Ökonomen, falls es so etwas überhaupt geben kann. Wir sagen: Schulden stopp, Wirtschaft top.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Selbst in schwierigen Zeiten haben wir wichtige Investitionen niemals aus den Augen verloren. Die wichtigsten Investitionen sind eben Investitionen in Bildung und Innovationen. Ich erinnere nur an die zusätzlichen 2 500 Lehrer, die Sie im Jahre 2004 in der Opposition ja noch gemeinsam abgelehnt

haben. Das war wiederum ein Beweis für das bildungspolitische Desinteresse von Rot und Grün.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Regierungsfractionen haben hingegen erkannt, dass es einen Zusammenhang zwischen Bildungspolitik und Wirtschaftspolitik gibt. Deswegen haben wir genau die wichtigen Investitionen in Bildung, Forschung und Innovationen in den Mittelpunkt aller unserer Haushaltsberatungen gestellt. Gerade bei den letzten Beratungen - wir erinnern uns - haben die Fraktionen von CDU und FDP 3 Millionen Euro für eine Innovationskampagne zur Verfügung gestellt. Diese Kampagne, Herr Kollege Jüttner, scheinen Sie ja besonders zu kritisieren. Aber selbst heute, schon ein Jahr nach dieser Kampagne, ist bundesweit unbestritten, dass diese Kampagne selbstverständlich ein Erfolg geworden ist. Die *Wirtschaftswoche* hat deutlich anerkannt, dass Niedersachsen beim Ansehen im Bereich der Innovationen auf Platz 1 liegt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Beim Ansehen!)

In der Tat ärgert Sie das; denn das Motto ist einfach zu erklären. Es heißt: Erleben Sie unsere Stärken. - Da ist Jüttner natürlich nicht mit dabei; das haben wir gerade erst heute Morgen in der Aktuellen Stunde gesehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Am Ende kann man festhalten, dass das Konzept voll aufgegangen ist, erst die Haushalte zu konsolidieren und dann in Bildung zu investieren. Trotzdem haben wir die gesteckten Ziele schneller erreicht, als wir es geplant hatten. Wir haben schon 2007 einen verfassungsgemäßen Haushalt verabschieden können und nicht erst 2008. Wir haben jetzt die niedrigste Neuverschuldung seit 34 Jahren, und wir werden frühestens 2010 schuldenfrei sein.

(Monika Wörmer-Zimmermann [SPD]:
Schuldenfrei?)

Ich meine, das ist insgesamt ein Verdienst dieser Regierungskoalition. Das ist ein Verdienst dieser Landesregierung, namentlich unseres Finanzministers Hartmut Möllring und seiner Staatssekretärin Frau Hermenau. Insgesamt dem ganzen Team im Finanzministerium ein Dankeschön!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber Haushalts- und Sparpolitik sind kein Selbstzweck, sondern am Ende für uns der wesentliche Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit. Wir wollen nicht nur die Schuldenlast für künftige Generationen reduzieren. Vielmehr wollen wir mit der Vereinbarung, dass CDU und FDP in der nächsten Legislaturperiode einen Pensionsfonds einrichten wollen, die Grundlage dafür legen, dass wir künftige Generationen bei Pensionszahlungen entlasten, aber gleichzeitig die Pensionen für unsere Landesbeamten sicherstellen. Das ist genau das, was wir zu Anfang angekündigt haben: Die notwendigen Spielräume, die wir womöglich auch durch höhere Steuereinnahmen bekommen haben - das haben Sie schon richtig erkannt -, wollen wir eben nicht wie die Sozialdemokraten vorher einfach nur verschwenden. Vielmehr ist es unser Ziel, dieses Geld solide, seriös und dauerhaft im Interesse der nachfolgenden Generationen anzulegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Einzig und allein in einem Bereich würde sich die FDP-Fraktion noch höhere Investitionen wünschen, nämlich im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Denn trotz aller Diskussionen über den globalen Wettbewerb finden wir, dass es gerade für die mittelständische Wirtschaft in Niedersachsen wichtig ist, nicht nur internationale, sondern auch regionale Märkte erreichen zu können. Dafür brauchen wir solide Straßen direkt vor Ort in der Heimat der mittelständischen Unternehmen. Deswegen fordern wir, auch schon in diesen Haushaltsberatungen die Mittel auch für den Landesstraßenbau deutlich zu erhöhen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bei den letzten Beratungen für 2007 gab es einen Entwurf der Landesregierung, der hier 30 Millionen Euro vorsah. Das haben die Regierungsfractionen auf 40 Millionen Euro aufgestockt. Jetzt gibt es einen Entwurf mit 50 Millionen Euro. Aber wir alle wissen, dass selbst diese 50 Millionen Euro nicht ausreichen, um allein nur die Substanz im Straßennetz zu erhalten. Wir müssen aber gerade im Interesse der mittelständischen Wirtschaft nicht nur an den Substanzerhalt, sondern mittelfristig auch an den Neu- und Ausbau unserer Landesstraßen denken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vielleicht wäre es dabei auch hilfreich, wenn man die bisherige Haushaltssystematik umstellen würde. Wir als FDP-Fraktion wollen jedenfalls weg von

der bisherigen kameralistischen Haushaltsführung und auf die kaufmännische Buchführung umstellen - nicht nur, weil wir als Land eine Vorbildfunktion für die Kommunen wahrnehmen wollen, sondern auch, weil wir davon überzeugt sind, dass man dann Investitionen z. B. in die Verkehrsinfrastruktur besser als bisher abbilden kann. Dann wird man natürlich auch die großen politischen Mehrheiten wesentlich einfacher bekommen, die dafür notwendig sind. Deswegen kündigen wir für die nächsten Koalitionsverhandlungen an, dass wir in jedem Fall zu einer Umstellung der Haushaltssystematik hier in Niedersachsen kommen müssen - nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern das muss selbstverständlich auch für das Land gelten.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Heinrich Aller [SPD]: Warum habt ihr das nicht jetzt schon gemacht?)

- Aha! Ein gemischtes Bild in der Koalition ist ja schon mal ein Hinweis darauf, wie die Gespräche dann laufen werden.

Zusammenfassend kann man jedenfalls sagen, dass der vorliegende Landeshaushaltsplan schon als Entwurf bundesweit vorbildlich ist. Wir haben den Haushalt weiter konsolidiert und trotzdem in Sinnvolles investiert. Dieser Landeshaushalt ist eine Visitenkarte für diese Regierungskoalition aus CDU und FDP. Wir sind fest davon überzeugt, dass sich die Menschen im Januar gerne genau an diese Visitenkarte erinnern werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Ich schließe deswegen die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll sich der Ausschuss für Haushalt und Finanzen und mitberatend sollen sich alle Fachausschüsse, die inhaltlich betroffen sind, damit befassen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

Gleichbehandlung für Frauen auch im niedersächsischen Strafvollzug gewährleisten! - Teil II - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/2723 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 15/4044

Die Beschlussempfehlung lautet auf Annahme in geänderter Fassung.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum

Tagesordnungspunkt 7:

Besprechung:

Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien in den Kindertagesstätten und Schulen in Niedersachsen - Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/3853 - Antwort der Landesregierung - Drs. 15/4017

Nach § 45 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung wird zu Beginn der Besprechung einer der Fragestellerinnen oder einem der Fragesteller das Wort erteilt. Alsdann erhält die Landesregierung das Wort. Für die Fraktion, die die Anfrage gestellt hat, liegt mir die Wortmeldung der Abgeordneten Frau Korter vor. Frau Korter, ich erteile Ihnen das Wort.

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Debatte zu unserer Großen Anfrage zu den Bildungschancen von Kindern aus Migrantenfamilien in Niedersachsen findet leider in einer zeitlichen Randlage dieser Plenarsitzung statt. Dabei geht es keineswegs um ein Randthema der Schulpolitik. Im Gegenteil: Die Bildungschancen der Kinder aus Migrantenfamilien zu verbessern, ist eine der zentralen Herausforderungen der Bildungspolitik.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung führt in ihrer Antwort auf unsere Anfrage zu Recht aus, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei den unter 25-Jährigen bei 27,2 % liegt. Bei den bis zu 6-jährigen Kindern liegt er sogar bei 32,5 %. Es ist skandalös, dass diese Kinder von Anfang an viel zu schlechte Bildungschancen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für unsere wirtschaftliche Entwicklung ist es unerlässlich, die Bildungspotenziale dieser Kinder mit Migrationshintergrund voll auszuschöpfen und sie optimal zu fördern. Bereits heute müssen weitere Migranten als Fachkräfte ins Land geholt werden - wir haben gerade heute Vormittag in der Aktuellen Stunde darüber gesprochen -, um den Fachkräftemangel zu beheben. Aber es ist widersinnig, gleichzeitig ganze Generationen von Migranten, die bereits im Lande leben, bildungspolitisch weitgehend abzuschreiben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Kinder von Migranten werden in Niedersachsen völlig unzureichend gefördert. Die große Mehrheit von ihnen landet in Bildungssackgassen. Das zeigen die Zahlen aus der Antwort der Landesregierung ganz deutlich.

Es beginnt schon im Kindergarten. 32,5 % der unter 6-Jährigen stammen aus Familien mit Migrationshintergrund. Trotzdem macht ihr Anteil in den Kindertagesstätten nur etwa 20 % aus. Obwohl eine frühe Förderung - insbesondere auch die Sprachförderung - in diesem Alter so wichtig für sie ist, sind sie schon in den Kindertagesstätten deutlich unterrepräsentiert.

Weiter geht es bei der Einschulung. Etwa dreimal so viele ausländische Kinder, wie es ihrem Anteil an den Sechsjährigen entspricht - Gesamtzahlen für alle Kinder mit Migrationshintergrund liegen leider nicht vor -, werden vom Schulbesuch um ein Jahr zurückgestellt. Das spricht nicht gerade für eine besonders erfolgreiche Förderung in den Kindertagesstätten.

Die nächste große Hürde kommt beim Übergang von der Grundschule in das gegliederte Schulwesen der Sekundarstufe I. 14 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler besuchten 2006 im 5. Schuljahrgang eine Förderschule. Dieser Pro-

zentsatz ist mehr als doppelt so hoch wie bei der gesamten Schülerschaft. 24,5 % gingen auf eine Hauptschule; wiederum fast doppelt so viele wie bei der Schülerschaft insgesamt. Nur 19,2 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler hingegen gingen auf ein Gymnasium. Hier ist der Anteil weniger als halb so groß wie bei der gesamten Schülerschaft.

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie diesen Begriff nicht immer gerne hören wollen: Beim Übergang in das gegliederte Schulwesen findet eine soziale Selektion statt, bei der die Kinder aus Migrantenfamilien eindeutig schlechtere Chancen haben. Schon deshalb ist die frühe Trennung nach angeblichen Begabungen falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Folgen dieser frühen Selektion zeigen sich dann bei den Abschlüssen: 18,9 % aller Jugendlichen ohne Schulabschluss haben eine ausländische Staatsangehörigkeit, also zweieinhalb mal so viele, wie es ihrem Anteil an der gesamten Schülerschaft entspricht. Am Ende der Sekundarstufe II stellen die ausländischen Schülerinnen und Schüler nur 2,7 % derjenigen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung erlangen, und nur 2,1 % der Jugendlichen erreichen die Hochschulreife.

Meine Damen und Herren, viel zu viele Kinder aus Einwandererfamilien verlassen unser Bildungssystem ohne Schulabschluss und ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Viel zu viele Talente bleiben ungenutzt. Es ist ein Armutszeugnis für unser öffentliches Schulangebot, wenn nun Migrantenverbände damit beginnen müssen, ihre eigenen Schulen aufzubauen, um die Bildungschancen für ihre Kinder zu verbessern.

Was macht nun diese Landesregierung? - Meine Damen und Herren, etwas bitter möchte ich sagen: Vor allem macht Herr Busemann viele schöne Worte. Fünfeinhalb Seiten Vorspann, bevor er zur Antwort auf die erste Frage kommt. Ich vermute, das ist neuer Rekord. Leider ist es wie immer, wenn Herr Busemann so viele Worte macht: Er versucht, dahinter die magere Bilanz seiner Arbeit zu verbergen.

Die Landesregierung setzt vor allem auf Sprachförderung. Das ist sicherlich richtig; denn ohne Beherrschung der deutschen Sprache haben die Jugendlichen von vornherein keine Chancen, weder in der Schule noch später auf dem Arbeitsmarkt. Aber zum einen stellt der Kultusminister

auch für die Sprachförderung zu wenig Ressourcen bereit, und zum anderen ist dieser Ansatz zu einseitig.

Meine Damen und Herren, der CDU-Kultusminister hat die Sprachförderkonzepte der Vorgängerregierung aufgegriffen und zum Teil sogar - nicht zuletzt auf unser Drängen und auf unsere Vorschläge hin - weiterentwickelt. Mit dem großen Getöse, Herr Busemann, das Sie darum machen, können Sie jedoch nicht davon ablenken, dass Sie die Mittel für diese Sprachförderung zum Teil erheblich gekürzt haben.

(Joachim Albrecht [CDU]: Einbildung ist auch 'ne Bildung!)

- Sie sollten die Anfrage einmal lesen. Dann wüssten Sie nämlich, was darin steht.

Das fängt schon bei der Sprachförderung im Kindergarten an. Hier haben Sie die Mittel gegenüber 2004 um 1,2 Millionen Euro, also um fast ein Fünftel, reduziert. Heute stellen Sie für die Sprachförderung 25 % weniger zur Verfügung, als von der Vorgängerregierung eingeplant war.

Es geht weiter mit der Grundschule: 0,9 Millionen Euro für die Hausaufgabenhilfe - überwiegend für ausländische Kinder - sind seit 2004 ersatzlos gestrichen worden. Und die Sprachförderung vor der Einschulung, auf die Sie sich so viel einbilden, geht zu einem erheblichen Teil auf Kosten der Förderung in der Grundschule. Es gibt heute 14 % Förderstunden pro Woche weniger als im Jahr 2000. Die Zahl der Förderstunden pro gefördertem Schüler ist seit 2004 sogar um 19 % zurückgegangen. - Das alles können Sie der Antwort von Herrn Busemann entnehmen.

Die Anerkennung und Förderung der Herkunftssprache gibt es praktisch nur auf dem Papier. Nur an zwei Schulen im ganzen Land, nämlich an einer Gesamtschule und an einem Gymnasium, wird Unterricht in Türkisch als Fremdsprache oder als Wahlunterricht anerkannt. Die Wochenstunden für den herkunftssprachlichen Unterricht hat die Landesregierung seit 2003 um 43 % gekürzt. Ausscheidende Lehrkräfte für diesen Unterricht werden nicht mehr ersetzt. - So weit dazu.

Meine Damen und Herren, quantitativ hat die Landesregierung bei der Sprachförderung also eher gekürzt als dazugelegt. Qualitatives macht sie erst gar nicht: Eine wissenschaftliche Evaluation findet auch nicht statt. Darauf verzichtet man lieber. Man

muss seine Förderkonzepte und Fördererfolge offensichtlich gar nicht wissenschaftlich evaluieren.

(Joachim Albrecht [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! Sie müssen einmal alles lesen!)

Ein weißer Fleck ist für die Landesregierung außerdem noch immer die interkulturelle Bildung. Man versucht, den Migrantenkindern die deutsche Sprache zu vermitteln - das ist ja auch richtig -, und meint, damit sei alles getan. Offenbar verkennen Sie aber noch immer das große Problem, das es den Kindern aus Zuwandererfamilien erschwert, sich in unserem Bildungssystem zurechtzufinden und erfolgreich zu sein: ihr Leben zwischen den Kulturen, zwischen der Kultur ihres Herkunftslandes und der deutschen Kultur. Vielen Migranten ist die deutsche Schule fremd. Aber den Schulen ist oftmals auch die Lebenswelt ihrer Schülerinnen und Schüler, die aus Migrantenfamilien stammen, völlig fremd, und sie finden keinen Zugang.

Die interkulturelle Bildung muss gerade hier ansetzen, meine Damen und Herren. In der Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und der Lehrkräfte muss sie ein viel größeres Gewicht und vor allem einen verbindlichen Stellenwert bekommen.

Meine Damen und Herren, Innenminister Schöneemann hat am Montag die Kommunen dazu aufgefordert, mehr Migranten als Mitarbeiter einzustellen. Bei seinem Kollegen Busemann als dem größten Arbeitgeber im Lande ist dieser Appell offenbar aber noch nicht angekommen. Weniger als 1 % der Lehrkräfte in unseren Schulen sind nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Der größte Teil von ihnen unterrichtet als Native Speaker aus Frankreich, Spanien und Großbritannien an Gymnasien. Lehrkräfte aus den hauptsächlichlichen Herkunftsländern der Migrantenkinder finden sich nur vereinzelt und im Wesentlichen an Grundschulen. Wenn wir wollen, dass die Kinder aus Migrantenfamilien in unserem Bildungssystem angenommen werden und ankommen können, dann müssen auch Erzieherinnen und Lehrkräfte, die aus ihren Herkunftsländern stammen, verstärkt in Kindertagesstätten und Schulen anzutreffen sein.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die amtierende Landesregierung hat immerhin erkannt, dass die Bildungschancen der Kinder aus zugewanderten Familien verbessert werden müssen. Aber ihre Konzepte sind unzureichend und einseitig, und die bereitgestellten Res-

sourcen sind für diese anspruchsvolle Aufgabe noch zu gering. Deshalb möchte ich aus dem Bericht der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zitieren, die in ihrem Bildungsmonitor 2007 für Niedersachsen festgestellt hat: Probleme zeigen sich besonders bei den Bildungsabschlüssen von Ausländern. Von 6 400 ausländischen Schulabsolventen im Jahr 2005 erreichten 1 600 keinen Abschluss. 25 % beträgt damit die Schulabbrecherquote unter ausländischen Jugendlichen. Nur Sachsen-Anhalt weist einen schlechteren Wert auf.

Herr Busemann, wenn Sie die Bildungschancen von Migrantenkindern wirklich verbessern wollen, dann müssen Sie nicht nur davon reden, dass kein Kind verloren gehen soll, sondern dann müssen Sie endlich auch danach handeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Herr Kultusminister Busemann.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Vorbemerkung: Der Kultusminister ist nicht der größte Arbeitgeber im Lande, sondern nur der zweitgrößte. Den Rang als größtem Arbeitgeber wollen wir VW nicht streitig machen.

Jetzt noch eine weitere, sehr ernste Vorbemerkung. Wenn wir PISA beleuchten - 2000, 2003, wahrscheinlich auch 2006 -, dann ist eine der Hauptursachen für das schlechte Abschneiden unserer Schülerinnen und Schüler der Umstand, dass wir es in Deutschland nicht vernünftig hinbekommen haben, Kinder mit Migrationshintergrund - auch andere, aber gerade diese - zu entsprechenden schulischen Bildungsverläufen zu bringen. Das ist ein völlig unstrittiger Tatbestand. Der gilt für ganz Deutschland von Bayern bis Kiel, von Berlin bis Niedersachsen. Darüber darf man auch Einigkeit herstellen, weil dadurch auch die entscheidenden Schritte ausgelöst werden.

Meine Damen und Herren, in diesem Kontext möchte ich einige grundsätzliche Anmerkungen machen und Hinweise geben.

Meine Damen und Herren, Niedersachsen ist ein Land gelebter Vielfalt. In verschiedenen Phasen seiner Geschichte hat es immer wieder Menschen

aus anderen Ländern aufgenommen und auch erfolgreich integriert. Wir wollen in unserem Land die Chancen nutzen, die sich durch die Gemeinschaft mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Sprachen und unterschiedlicher kultureller Erfahrungen ergeben. Das kann jedoch nur dann gelingen, wenn sich auch die Zuwanderinnen und Zuwanderer ihrer Verantwortung in unserer Gesellschaft bewusst sind, wenn sie sich mit ihren Fähigkeiten und Potenzialen für ihre Zukunftschancen und die ihrer Kinder auch ein Stück weit selbst engagieren.

Die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigt, dass wir den Handlungsbedarf erkannt haben, auf dem richtigen Weg sind, aber auch gemeinsam mit den Zugewanderten Lösungen für die noch bestehenden Probleme suchen müssen. Ich darf Ihnen noch einmal anheim geben, dass Sie die Antwort auch wirklich lesen. Oft tun es nur die Fachpolitiker und die anderen nicht. Das ist sicherlich interessant und hilfreich für uns alle.

Das offene - das will ich hier auch einmal erwähnen - und zielgerichtete Gespräch, das ich vor wenigen Tagen mit Vertreterinnen und Vertretern der türkischen Gemeinde Deutschlands geführt habe, möchte ich als Beispiel für den von uns beschriebenen Weg benennen. Wir haben mit denen darüber beraten, wie türkischstämmige Eltern dafür gewonnen werden können, sich stärker als bisher am schulischen Leben zu beteiligen. Für mich ist es keine Frage, dass das mit Unterstützung aus der eigenen Ethnie, wie es sich die türkische Gemeinde Deutschlands in ihrer Bildungskampagne vorgenommen hat, besser gelingen kann.

(Zustimmung von Ursula Körtner
[CDU])

Gemeinsam mit den Migrantenverbänden werden wir die aktivierende Elternarbeit verstärken. So wird z. B. die Qualifizierung türkischstämmiger Elternlotsen von uns unterstützt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sie haben das deutsch-türkische Gymnasium angesprochen. Das musste nicht gegründet werden. Es konnte legal gegründet und von uns genehmigt werden, und zwar vor einem bestimmten Hintergrund. Ich gucke sehr genau hin, ob der Integrationsgedanke da entsprechend platziert ist. Aber damit wir das auch von der Schülerschaft dort einmal klar haben: Dort sind nicht die Armen und

Rechtlosen gebündelt, um dort Förderung zu erfahren, die wir nicht erbracht hätten, sondern das ist die Creme einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe, die für sich sagt: Wir machen nach unserer Fassung ein Topgymnasium.

(Zustimmung von Ursula Körtner
[CDU])

Ich wünsche ihnen absolut Erfolg. Aber wir werden darauf achten, ob dem Integrationsgedanken dort auch Rechnung getragen wird oder ob dort eher separiert wird. Da gucke ich ganz genau hin.

Meine Damen und Herren, Kinder und Jugendliche aus zugewanderten Familien stellen keine Randgruppe mehr dar. Nach dem nationalen Bildungsbericht weisen über 30 % der 0- bis 6-Jährigen einen Migrationshintergrund auf. Nach der Statistik des Kultusministeriums besuchen rund 63 000 ausländische Kinder und Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen bis zum 10. Schuljahrgang und machen damit 7 % der Gesamtschülerschaft aus.

Lassen Sie mich auch auf die Problematik der statistischen Erfassung eingehen. Die Schulstatistik weist derzeit kein Merkmal „Einwandererfamilie“ auf. Stattdessen wird seit vielen Jahren das Merkmal „ausländische Staatsangehörigkeit“ erfasst. Das ist nicht stimmig, weil das unterschiedlich sein kann und sich auch überlappen kann. Das müssen wir bei unseren Statistiken durchaus berücksichtigen. Die so erhobenen Daten werden in der Antwort auf die Große Anfrage sozusagen ersatzweise angegeben.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die gelingende Integration und die erfolgreiche Lebensgestaltung eines jungen Menschen ist eine gute Schulbildung.

(Beifall bei der CDU)

Das ist absolut unstrittig und kann nicht oft genug betont werden. Deshalb haben wir in Niedersachsen ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das zu einer verbesserten Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund führen wird. Ich sage es noch einmal: Seit der PISA-Studie wissen wir, dass die unzureichende Beherrschung der deutschen Sprache das Schlüsselproblem für Bildungserfolg ist. Daher investieren wir in die vorschulische und schulische Förderung der deutschen Sprachkenntnisse jährlich 52 Millionen Euro, wenn ich Perso-

nal- und Sachmittel zusammenrechne. Nun erkennen Sie das doch einmal an! Sie hatten durchaus Inhaltliches vorbereitet. Aber wir haben dann auch in die Mipla geguckt. Darin war kein Geld für Lehrkräfte vorgesehen, die Sprachförderung machen. Das mussten wir mit dem Sparhaushalt 2003/2004 erst auf den Weg bringen und haben es seitdem entsprechend ausgebaut.

Um bereits die Startchancen beim Eintritt in die Schule für alle Kinder zu verbessern, haben wir die frühe Sprachförderung im Kindergarten verankert und setzen sie in der Schule fort. In den Kindertagesstätten finanziert das Land zusätzliche Sprachförderkräfte; das wissen Sie. Im Förderzeitraum 2006/2007 konnten über 20 000 Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache mithilfe einer Personalkostenförderung von 6 Millionen Euro davon profitieren. Sie haben einmal 7 Millionen Euro beantragt. Aber die Maßnahme als solche ist richtig und wichtig.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Ich bin durchaus stolz darauf, dass wir als erstes Bundesland die Sprachförderung im letzten Jahr vor der Einschulung verpflichtend eingeführt haben. Durch die Ausweitung der Förderung von einem halben Jahr auf ein Jahr im Schuljahr 2006/2007 wurden die pro Kind zur Verfügung stehenden Stunden von 30 auf 40 erhöht. Sichtbarer Erfolg ist vor allem die Verringerung der Zurückstellungen vom Schulbesuch. Im Schuljahr 2003/2004 - das ist ganz interessant - sind noch 8,1 % der Kinder eines Jahrgangs - damals waren es über den Jahrgang gerechnet 10 000 - zurückgestellt worden. Bis zum Schuljahr 2006/2007 konnten wir diese Quote auf 6,5 % senken. Ziel ist es, dass möglichst alle Kinder beim Start in der Schule über vergleichbare Schuleingangsvoraussetzungen verfügen. Ich kann nur sagen - da stimmen mir alle Fachleute und Nichtfachleute zu -: Die wichtigste Voraussetzung für ein gelingendes schulisches Leben schon im Grundschulbereich ist die Kenntnis der deutschen Sprache, die vorher vermittelt werden muss, sei es in Elternhäusern oder in den gesellschaftlichen Einrichtungen, die wir haben. Wie immer wir das auch machen, das muss miteinander gelingen.

(Zustimmung bei der CDU)

In unserem bundesweit, denke ich, einmaligen, mit 20 Millionen Euro finanzierten Modellprojekt, das letzte Kindergartenjahr als Brückenjahr zur Grundschule zu machen, werden Erzieherinnen und

Erzieher gemeinsam mit Grundschullehrkräften 15 Monate vor der Einschulung die Fähigkeit aller Kinder ermitteln und sie im letzten Kita-Jahr gezielt fördern. Ich bin mir sicher, dass die rechtzeitige Förderung der zugewanderten Kinder ebenso wie derjenigen aus benachteiligten Familien ihre Bildungschancen erheblich verbessern wird. Um diesen Kindern auch den Erwerb der Bildungssprache zu erleichtern, setzen wir die Sprachförderung dann natürlich mit hinreichenden Mitteln in der Schule fort. In erheblichem Maße werden Haushaltsmittel für Maßnahmen „Deutsch als Zweitsprache“ bereitgestellt. Im Schuljahr 2006/2007 konnten damit - eine beachtliche Zahl - immerhin fast 70 000 Schülerinnen und Schüler ergänzend gefördert werden.

Um die Qualität des Unterrichts zu verbessern, führen wir in Kooperation mit dem Goethe-Institut München, einem der namhaftesten Bildungsträger auf diesem Feld, eine intensive Fortbildung für 43 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Grundschulbereich in Deutsch als Zweitsprache durch.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Busemann, warten Sie bitte einen Augenblick! - Ich möchte die Abgeordneten darauf hinweisen, dass hier nicht geblitzt werden darf.

(Bernd Althusmann [CDU]: Nur Geistesblitze sind erlaubt!)

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Wir alle wissen, dass wir noch immer viel zu viele zugewanderte Jugendliche haben, die Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in den Beruf haben. Das ist eine ganz klare Erkenntnis, und da besteht Handlungsbedarf. Da muss man hier nichts ausstreiten.

Im Projekt „Abschlussquote erhöhen - Berufsfähigkeit steigern“ wurden deshalb an 24 Schulstandorten in ganz Niedersachsen Berufsstarterklassen eingerichtet. Landesweit erhalten 500 Schülerinnen und Schüler, darunter viele mit Migrationshintergrund, aus 88 beteiligten Hauptschulen und Förderschulen dabei eine individuelle Förderung. Das ist ein tolles Projekt, auch gefördert durch die Bundesagentur für Arbeit. Wenn das, was wir da miteinander machen, nicht fruchtet, dann weiß ich es auch nicht mehr. Warten wir dieses Ergebnis einmal ab!

Mit dem Projekt „Berufseinstiegsklassen“, das derzeit an ca. 40 berufsbildenden Schulen angeboten wird, wollen wir rund 8 000 Jugendlichen mit sehr schwachem oder fehlendem Hauptschulabschluss eine bessere berufliche Perspektive geben. Unter den 8 000 sind - das ist völlig klar; dies sage ich, damit das von der Zahl her stimmig ist - sehr viele junge Leute mit Migrationshintergrund.

Meine Damen und Herren, die Anerkennung der in den Familien mit Migrationshintergrund vorhandenen Mehrsprachigkeit sowie die interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen ergänzen die frühe und schulisch begleitende Förderung in Deutsch. In einem zusammenwachsenden Europa werden mehrsprachige Kompetenzen aufgrund stärkerer Internationalisierung von zunehmender - auch wirtschaftlicher - Bedeutung sein. Gerade als Land, das sich Exportweltmeister nennen darf, ist es außerordentlich wichtig, dass wir das sprachliche und interkulturelle Potenzial von Menschen nichtdeutscher Herkunftssprache entsprechend nutzen. Durch den herkunftssprachlichen Unterricht im Primarbereich wird bei den zweisprachigen Kindern die Grundlage für eine solide zweisprachige Entwicklung gelegt. Die veränderte Zielsetzung dieses Unterrichts - d. h. nicht mehr Rückkehrförderung, sondern Grundlage für eine bikulturelle Entwicklung - erfordert eine qualitative Verbesserung des Unterrichts in diesem Bereich. Wir entsprechen dem durch ein umfangreiches Lehrerfortbildungsprojekt für die herkunftssprachlichen Lehrkräfte. Mein Haus hat außerdem den aus Haushaltskonsolidierungsgründen seinerzeit beschlossenen Einstellungsstopp für herkunftssprachliche Lehrkräfte mittlerweile aufgehoben, sodass nach Bedarf wieder Einstellungen vorgenommen werden können.

(Hans-Hermann Wendhausen [SPD]:
Das wurde auch Zeit!)

- Wenn es an der Zeit war, dann ist es jetzt ja in Ordnung.

Bestandteil unserer Anstrengungen um die Verbesserung des Bildungserfolgs der zugewanderten Kinder und Jugendlichen sind ferner die Erprobung und Weiterentwicklung bilingualer Modelle bereits im Primarbereich sowie vielfältige Vorhaben zur Förderung interkultureller Kompetenz. Diese fördern an Humanität und Menschenrechten orientierte Werthaltungen. Dazu gehören Fächer übergreifende Vorhaben zum interkulturellen Lernen, Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und

Fremdenfeindlichkeit sowie interkulturelle Trainings.

Meine Damen und Herren, nicht ohne Stolz kann ich Ihnen mitteilen, dass wir bereits heute einen Großteil der im Nationalen Integrationsplan genannten bildungspolitischen Schwerpunkte in Niedersachsen auf den Weg gebracht haben. Gucken Sie in andere Bundesländer, und Sie werden feststellen, dass man dort noch nicht so weit ist. Am Ziel sind wir allemal noch nicht; aber andere Länder sind nicht ganz so flink wie die Niedersachsen. Der Landesregierung ist die Steuerung und Verzahnung aller Aktivitäten bei der Gestaltung von Integrationsprozessen wichtig. Bereits im Jahr 2003 hat die Landesregierung deshalb die interministerielle Arbeitsgruppe Integration eingerichtet, die alle Maßnahmen und Projekte im Handlungsprogramm Integration bündelt und Empfehlungen zur Weiterentwicklung ausspricht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam mit den Migrantinnen und Migranten - gerade auch den jungen Leuten - nach vorn schauen. Es bedarf noch vielfältiger Anstrengungen aller Beteiligten, um den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen aus zugewanderten Familien zu verbessern. Die Landesregierung sieht die Probleme, ist auf dem richtigen Weg und wird diesen Weg auch konsequent einhalten. Zielführende Vorschläge, wie man da und dort noch etwas besser machen kann, hören wir immer gerne; ihnen verschließen wir uns nicht.

Ich will abschließend sagen: Wir müssen es hinbekommen - Bildung ist immer ein Langzeitprozess -, dass wir in zehn oder ein paar mehr Jahren so weit sind, dass es keinen Unterschied macht, ob man ein Kind mit Migrationshintergrund oder ein deutschstämmiges Kind hat. Sobald beide Gruppen von Kindern prozentual etwa gleiche Bildungsergebnisse haben werden, werden wir es miteinander geschafft haben. Als Gesellschaft mit einer starken Wirtschaft, einem immer noch hohen Wohlstand und einem demografischen Problem im Nacken können wir es uns nicht leisten, dass wir Kinder mit Migrationshintergrund in unserem Bildungswesen hintanstellen lassen. Im höchsteigenen Interesse aller Belange, die hier zusammenzuführen sind, können wir nur miteinander daran arbeiten, dass diese Kinder genauso gute Chancen haben wie die anderen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herrn Poppe von der SPD-Fraktion das Wort.

Claus Peter Poppe (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Busemann, Sie haben sich wieder einmal als Nebelwerfer betätigt. Durch langes Reden haben Sie versucht, von Schwächen abzulenken. Sie haben um das zentrale Problem herumgeredet, das lautet: Es gibt in Deutschland eine viel zu enge Verknüpfung zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist inzwischen - Sie haben es auch eingestanden - nicht mehr nur eine Behauptung, sondern eine statistisch vielfach belegte Tatsache. Auch und gerade Kinder aus Einwandererfamilien sind davon in besonderer Weise betroffen. Wenn dies so ist und es sich auch nicht bessert, sondern geradezu noch verfestigt, dann ist das in einem reichen Land wie Deutschland ein handfester Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns darüber einig sein - hier bin ich es auch mit Ihnen -, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Insofern sind Zielsetzung und Ansatz der Großen Anfrage der Grünen-Fraktion nur folgerichtig. Sie versucht, im Detail zu eruieren, wie sich die Situation speziell in Niedersachsen darstellt, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat und was getan werden kann und muss, um die Situation zu verändern. Es ist ebenfalls als positiv zu vermerken, dass die Antwort der Landesregierung nicht nur ein Zahlengrab ist, sondern sich gleichzeitig um eine umfassende Sachdarstellung bemüht.

Allerdings wird der interessierte Leser den Verdacht nicht los - dies gilt für Ihre Rede ebenso -, dass die Länge der Darstellung nicht in erster Linie der Aufklärung des Sachverhaltes dient, sondern in vielen Fällen eher der Vernebelung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Beim Überprüfen der Einzelheiten bestätigt sich dieser Verdacht immer mehr. Täuschen, Vertu-

schen und Schönreden heißt die durchgängige Devise.

(Joachim Albrecht [CDU]: Das ist ja nun Quatsch!)

Ich will einige Beispiele für Worthülsen zitieren:

„Die sprachliche Bildung soll als Querschnittsaufgabe in den Kindertagesstätten implementiert werden.“

(Joachim Albrecht [CDU]: Das ist die Einleitung zu einem umfangreichen Kapitel!)

Ja, Wahnsinn! So konkret werden Ausländerkinder in Niedersachsen gefördert. Oder:

„Die Länder setzen sich für die Einführung systematischer und zielgerichteter Elternansprache und -information ein, möglichst in Zusammenarbeit mit den Migrantenvereinen.“

„Die Länder“? - Hier wurde nach Niedersachsen gefragt. „Setzen sich ein“? - Waren sie dabei erfolgreich? „Möglichst in Zusammenarbeit“? - Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, klare Antworten sehen anders aus, energisches Handeln sieht erst recht ganz anders aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht mir nicht darum, gute Ansätze zu diskreditieren. Die unter einer SPD-Regierung eingeführte Sprachförderung vor der Einschulung haben Sie weitergeführt. Das ist gut so; denn sie ist und bleibt wichtig. Leider geht sie aber auf Kosten der Sprachförderung in der Grundschule, und das ist eine Katastrophe.

(Beifall bei der SPD)

Dass die Landesregierung das bisher nur höchst nebulös beschriebene sogenannte Brückenjahr schon zu den positiven Maßnahmen zählt, zeigt nur ihre Hilflosigkeit.

Es wird auch gar nicht erst versucht, die Fragen ihrer Intention gemäß zu beantworten. Auf der einen Seite wird bestätigt:

„Nach dem ersten nationalen Bildungsbericht ... weist fast ein Fünftel der niedersächsischen Bevölkerung ...

individuelle oder familiäre Zuwanderungserfahrungen auf; der für den Bildungsbereich relevante Anteil bei den unter 25-Jährigen liegt bei 27,2 %, bei den 0- bis 6-Jährigen sogar bei 32,5 %.“

Dann aber wird für die Beantwortung der Fragen lediglich das Merkmal „ausländische Staatsangehörigkeit“ herangezogen, wovon 7 % der Gesamtschülerschaft betroffen sind. Für das Erkenntnisinteresse der Fragenden ist dies eine gravierende Verengung, die unter Umständen zu einer erheblichen Verzerrung der Ergebnisse führen kann.

So können die Antworten in Teil A nur als peinlich bezeichnet werden.

(Joachim Albrecht [CDU]: Im Gegenteil, die Fragen sind peinlich!)

Neben die Einleitung gestellt, bringen sie eine Einstellung zum Ausdruck, die sich etwa so umschreiben lässt: Wir sind toll, aber bezüglich der Daten und Fakten haben wir keine Ahnung. - Beispiele:

„Zu 1: Angaben über deutsche Staatsangehörige, die ursprünglich aus anderen Herkunftsländern kommen, stehen nicht zur Verfügung ...

Zu b: Angaben liegen nicht vor. ...

Zu 2.: ... Vergleichbare Angaben ... liegen im NLS nicht vor.“

Diese Liste ließe sich noch verlängern.

(Joachim Albrecht [CDU]: Haben Sie denn Angaben?)

Meine Damen und Herren, es gibt zwei Konsequenzen, die man aus solchen Antworten ziehen kann. Die eine hätte mein Volksschullehrer angewandt; er hätte gesagt: Busemann, geh in die Ecke und schäm dich! - Die andere ist positiver gewendet, und ich kann sie nur dringend empfehlen: Verschaffen Sie sich endlich eine vernünftige Datenbasis!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Joachim Albrecht [CDU]: Welche Daten hätten Sie denn herangezogen?)

Die Fragen 7 bis 10 befassen sich mit dem Übergang in die Sekundarstufe I, und zwar zum einen

mit der Empfehlung durch die Lehrkräfte und zum anderen mit der tatsächlichen Verteilung auf die Eingangsklassen der verschiedenen Schulformen. Es ist so, wie es nicht anders zu erwarten war: Schon bei den Empfehlungen sind die Kinder mit nicht deutscher Herkunftssprache beim Gymnasium gravierend unterrepräsentiert und bei der Hauptschule dramatisch überrepräsentiert. Bei der tatsächlichen Einschulung 2006 in Klasse 5 sind 13,5 % der Kinder insgesamt in den Hauptschulklassen, aber 24,5 % der ausländischen Kinder. Fast gleich ist die Verteilung bei den Realschulen. Aber während 40 % eines Jahrgangs zum Gymnasium gehen, sind es nur 19,2 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler.

Meistens, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind es sprachliche Probleme, die zu den ungleichen Empfehlungen führen. Dies zeigt, dass es nicht ausreicht, vorschulische Sprachförderung zu betreiben.

(Joachim Albrecht [CDU]: Machen wir ja auch nicht!)

In der Grundschule muss die Unterstützung ganz gezielt weitergehen.

Mit diesem frühzeitigen Aussortieren werden Bildungsnachteile zementiert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn der aktuelle Bildungsmonitor des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom August 2007 zu dem Ergebnis kommt, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund in Niedersachsen besonders benachteiligt sind. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur unsozial, das ist auch unchristlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das niederschmetternde Ergebnis wird durch die deutliche Überrepräsentanz ausländischer Schüler in der Förderschule Schwerpunkt Lernen ergänzt. Während ausländische Schüler 7 % der Gesamtschülerschaft ausmachen, sind sie in den Förderschulen L mit rund 20 %, dem fast dreifachen Wert, vertreten. Mit Sicherheit würde das Zahlenverhältnis noch dramatischer, wenn, wie gefragt, alle Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, vor allem also die Aussiedlerkinder, in die Statistik einbezogen würden. Es ist nur folgerichtig,

meine Damen und Herren, dass sich die Ungleichheiten auf den weiteren Stufen des Bildungsweges fortsetzen und verschärfen. Ich erspare es mir, dazu Zahlen zu nennen.

Die Ergebnisse, die hier aufgeführt werden, sind blamabel. Ganz eindeutiges Fazit des ersten Teils der Antwort auf die Große Anfrage ist: In Niedersachsen sind die Bildungschancen in dramatischer Weise ungleich verteilt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niedersachsen vergeudet damit ein ungeheures Potenzial.

(Zustimmung von Ingrid Eckel [SPD])

Leider kann ich aus Zeitgründen nicht mehr auf alle Besonderheiten des dann folgenden Teils der Antwort hinweisen. Ich nenne daher nur einige Beispiele: Die Regierung gesteht in der Antwort ein, dass sie die Förderung der außerschulischen Hausaufgabenhilfe abgeschafft hat. CDU und FDP haben funktionierende Hilfesysteme brutal zerschlagen.

Gleiches gilt für den herkunftssprachlichen Unterricht, den Sie so gelobt haben, Herr Minister. Die Lehrerstunden dafür sind dramatisch gesunken. Dann noch in der Antwort darauf zu verweisen, dies sei bedarfsgerecht, ist eine Verhöhnung der Betroffenen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Letzter Punkt: Während das CDU-regierte Nordrhein-Westfalen eine groß angelegte Werbekampagne für den Lehrerberuf unter Jugendlichen aus Einwandererfamilien gemäß dem Motto „Türken an die Tafel“ starten will, schreibt die Niedersächsische Landesregierung:

„Besondere Werbemaßnahmen mit dem Ziel, Studienberechtigte aus Einwandererfamilien für die Aufnahme eines Lehramtsstudiums zu gewinnen, sind von der Landesregierung nicht beabsichtigt.“

Wir sehen also nicht nur Blockade, sondern auch noch Desinteresse.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen braucht eine andere, eine bessere, eine sozialere, eine gerechtere, eine offenere Schulpolitik.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Der nächste Redner ist Herr Schwarz von der FDP-Fraktion.

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schicke voraus, dass ich bis zum Jahre 2003 sehr intensiv mit Kindern aus Migrantenfamilien zu tun gehabt habe.

Wenn ich in Ihren Vorträgen, Frau Korter und Herr Poppe - von Herrn Poppe weiß ich, dass er aktiv im Schuldienst gewesen ist, bei Frau Korter weiß ich das nicht -

(Ina Korter [GRÜNE]: Ich nicht! Ich habe immer nur am Schreibtisch gesessen!)

nicht eine einzige Silbe dazu höre, dass zu einer vernünftigen Integration auch die Bereitschaft der Familien gehört, sich einzubinden, dann ist das, wenn wir sachgerecht argumentieren und uns sachgerecht auseinandersetzen wollen, höchst enttäuschend.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Ina Korter [GRÜNE]: Das kann ja wohl nicht wahr sein! - Claus Peter Poppe [SPD]: Das ist eine Selbstverständlichkeit!)

Ich nenne nur einmal das Stichwort „Schwimmunterricht“. Herr Poppe, wie geht das denn eigentlich, wenn die Kinder, die integriert werden sollen, ausgeschlossen werden, weil sie von ihren Familien daran gehindert werden, am Schwimmunterricht teilzunehmen?

Und wie geht das eigentlich mit den Klassenfahrten? Sagen Sie bitte einmal, wie das gelingen soll. Wie sollen sich die Lehrkräfte um Integration bemühen können, wenn sie dabei von der Familie gestoppt werden? Das ist ein wichtiges Thema, mit dem wir uns beschäftigen. Aber Sie sagen nicht eine einzige Silbe dazu. Ich finde, das ist unmöglich.

(Ina Korter [GRÜNE]: Das ist doch eine Anfrage an die Landesregierung!)

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle zunächst sagen, dass ich glaube, dass die Antwort der Landesregierung zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Sie zeigt allerdings auch, dass es noch sehr viel zu tun gibt - gar keine Frage.

Die Beherrschung der deutschen Sprache - das ist in allen Beiträgen gesagt worden - ist wichtig für die Integration, für den Erfolg in der Schule. Sie ist auch eine wichtige Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und für die Zukunftsperspektiven. Je früher die deutsche Sprache erlernt werden kann, desto größer sind natürlich auch die Chancen für die Kinder, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist. Sie können dann erfolgreich lernen und sich damit eine Perspektive für das spätere Leben erarbeiten.

Die Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung stellen deswegen einen Schwerpunkt unserer Integrationsförderung dar. Wir haben die allgemeine Sprachbildung im Kindergarten verbessert; all das ist schon angesprochen worden. Mit den vorschulischen Tests, die ca. 15 Monate vor der Einschulung durchgeführt werden, haben wir ein Instrumentarium eingeführt, mit dem wir feststellen können, wie gut die Sprachkenntnisse der Kinder sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dass über 50 % aller Kinder nicht deutscher Herkunftssprache an der Sprachförderung vor der Einschulung teilnehmen müssen, zeigt, wie wichtig und notwendig diese Maßnahme ist. Das Land hat dafür seit 2003 insgesamt über 27 Millionen Euro bereitgestellt. Hierbei müssen wir unsere Anstrengungen allerdings noch weiter verbessern.

Erste Erfolge unserer Integrationsbemühungen - das hat der Kultusminister angesprochen - zeigen sich bereits: Am Anfang gingen 38 % der Kinder eines Jahrgangs zur Hauptschule. Jetzt gehen 38 % zur Realschule. Man kann sicherlich noch einmal versuchen, die Gründe zu eruieren.

Ziel ist ganz klar, dass der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler in den Eingangsklassen der Verteilung aller Schüler in den Eingangsklassen entsprechen muss. Die Betrachtung des Problems der Integration und damit die Suche nach Lösungsansätzen dürfen nicht allein auf den schulischen Raum beschränkt bleiben. Damit Schülerinnen und Schüler mit Migrationshin-

tergrund in der Schule erfolgreich sind, sind auch Maßnahmen erforderlich, die auf das Elternhaus abzielen und die gesellschaftliche Integration im Allgemeinen betreffen.

(Glocke der Präsidentin)

Das Entscheidende ist, dass wir bei der Integration die Eltern erreichen. Sie müssen mitmachen, ihnen müssen wir klarmachen, wie wichtig es für die Zukunft ihrer Kinder ist, dass diese die Sprache ihres Landes sprechen. Und auch die Eltern selbst müssen diese Sprache lernen; denn sonst kommen wir kein Stück weiter.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Schwarz, jetzt müssen Sie aber zum Schluss kommen. Sie haben Ihre Redezeit schon um 45 Sekunden überzogen.

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Danke schön. Ich bin damit am Schluss.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat sich Frau Korter zu einer Kurzintervention gemeldet. Frau Korter, Sie haben eine Redezeit von anderthalb Minuten.

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Schwarz, ich muss doch noch kurz auf Ihre Rede eingehen. Sie haben wieder einmal auf die Tränendrüse gedrückt und sind die Schiene gefahren: Die ausländischen Mitbürger müssen sich auch integrieren wollen. - Sie können sich sicherlich vorstellen, dass ich auch weiß, wovon ich hier rede.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Das kann ich mir nicht vorstellen!)

Ich habe sechs Jahre lang in einem Stadtteil gearbeitet, in dessen Grundschule die Quote von ausländischen Kindern bei 50 % lag. Dort habe ich einen Stadtteiltreff des Kinderschutzbundes für Kinder und Jugendliche aufgebaut. Dabei ging es gerade auch darum, Migrantenkinder zu fördern, damit sie Chancen im Schulsystem haben.

Sie können schon glauben, dass unsere Konzepte fundiert sind. Aber im Zusammenhang mit der

Anfrage, die wir an die Landesregierung gestellt haben, muss ich Ihnen keine Lösungen präsentieren, sondern das muss Herr Busemann machen. Herr Busemann hat aber außer „Sprachförderung“ keine Antwort gegeben.

Ich möchte noch etwas zu der von Ihnen bezweifelten Bereitschaft der Migrantenfamilien zur Mitarbeit sagen: In einer bundesweiten Umfrage an alle Bundesländer zu der Frage, ob Kinder aus Migrantenfamilien am Schwimm- und Sportunterricht teilnehmen und ob die Landesregierungen in diesem Bereich Probleme sehen, hat Niedersachsen nach meinen Informationen geantwortet, dass es in diesem Bereich keine Problem gebe; davon sei ihr nichts bekannt. - So weit dazu. Das müssten Sie vielleicht einmal genauer erläutern, wenn Sie auf der anderen Seite meinen, dass in diesen Familien nicht genügend Bereitschaft besteht mitzuarbeiten.

Ich kenne Konzepte, wie man diese Familien vernünftig einbezieht. Das ist ja gerade ein Schwerpunkt der interkulturellen Bildung. Zum Beispiel gibt es das Konzept der Elternlotsen an den Schulen und viele andere Konzepte. Im Moment sind aber von der Landesregierung Konzepte gefragt. Ich kann Ihnen eine ganze Menge Konzepte aufzählen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Danke. - Jetzt hat sich noch Herr Poppe zu einer Kurzintervention gemeldet.

Claus Peter Poppe (SPD):

Frau Präsidentin! Herr Schwarz, meine Kurzintervention geht in die gleiche Richtung: Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass es ein Geben und Nehmen ist, dass beide Seiten zur Integration beitragen müssen. Aber bei der Großen Anfrage war die Position der Landesregierung gefragt. Es geht darum, was das Land tut.

Ich will Ihnen aus meinem Erfahrungsbereich ein Beispiel nennen. Es gibt einige Bereiche des Landes, in denen die sehr hohe Zahl von Bekenntnisgrundschulen dazu führt, dass diese entgegen der ursprünglichen Intention nicht mehr einer konfessionellen Orientierung dienen, sondern einer Trennung nach Herkunftsländern

(Zustimmung von Ina Korter [GRÜNE])

und dass die wenigen Schulen für Schüler aller Konfessionen an diesen Standorten fast nur noch von Kindern nicht deutscher Herkunft besucht werden. Das ist ein unhaltbarer Zustand, und den hat das Land zu verantworten.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Karl-Heinz Klare [CDU]:
Wo ist das denn?)

Die Möglichkeiten, noch mit Verordnungen einzugreifen, sind erschöpft. Entgegen allen großspurigen Ankündigungen - u. a. von Ihnen, Herr Klare - aus früheren Legislaturperioden ist vor allem die CDU in diesem Bereich mit allen Regelungsversuchen gescheitert. Auch hier besteht gerade im Interesse der Kinder dringender gesetzlicher Handlungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat Herr Schwarz die Gelegenheit zu antworten. Sie haben auch anderthalb Minuten Redezeit.

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Nein, Frau Korter und Herr Poppe, so geht es nicht. Sie haben erst darauf geantwortet, nachdem ich Ihnen vorgehalten habe, dass Sie dazu keine Silbe verloren haben. Dieser Punkt gehört zu der Gesamtdiskussion dazu. Der Titel der Großen Anfrage lautet „Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien in den Kindertagesstätten und Schulen in Niedersachsen“. Ich haben Ihnen gesagt, dass dazu beide Seiten gehören. Ich habe betont, dass es auf der einen Seite sicherlich darum geht, Hilfestellung des Landes zu formulieren. Dazu sind hier Ausführungen gemacht worden, und dazu haben wir auch eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Ich erinnere beispielsweise an die 600 ehrenamtlichen Integrationslotsen.

Auf der anderen Seite gehört aber die Bereitschaft der Familien dazu, sich einzubinden. Diese Seite haben Sie unterschlagen. Dort, wo diese Bereitschaft besteht, klappt es vorzüglich. Diese Erfahrung habe ich gemacht. Es gibt in der Tat Einwandererfamilien, die sich bereit erklären, mitzumachen und sich bereitwillig zu integrieren. An diesen

Stellen klappt das. Wenn das flächendeckend oder stärker passieren würde, als es bisher der Fall war, könnten wir uns eine ganze Menge der Anstrengungen ersparen. Aber diese Bereitschaft ist nicht vorhanden. Dafür habe ich zu viele Erfahrungen mit diesen Dingen. Sie müssten diese Erfahrungen in den Schulen auch gemacht haben, Herr Poppe.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Claus Peter Poppe [SPD]: Ach was,
Herr Schwarz, alles weiße Salbe!)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Herr Albrecht von der CDU-Fraktion.

Joachim Albrecht (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es mir jetzt ganz einfach machen und auf die gute Rede des Ministers von vornhin verweisen, der alles zutreffend dargestellt hat.

(Zurufe von der SPD: Tun Sie es doch!)

Dann könnten wir nach Hause gehen.

Gestatten Sie mir aber doch noch einige kurze Anmerkungen zu der Großen Anfrage und zu der Antwort auf die Große Anfrage „Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien in den Kindertagesstätten und Schulen in Niedersachsen“. Wir haben mit der Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage eine hervorragende, umfassende Darstellung dieser sensiblen Frage erhalten. Für diese 42-seitige Arbeit danke ich namens der CDU-Fraktion dem Ministerium und allen Mitarbeitern.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben akribisch alle Fragen bearbeitet und, soweit überhaupt möglich, umfassend beantwortet. Ich danke nochmals für diese hervorragende Arbeit.

In sechs Abschnitte unterteilt hat der Fragesteller Bündnis 90/Die Grünen 55 Fragen mit bis zu 18 Teilfragen aufgeworfen - eine Flut von Fragen, die allerdings kaum Fragestellungen enthält, die zu neuen Erkenntnissen führen würden, sondern längst Erfragtes und Bekanntes oder etwas ent-

hält, was nicht beantwortbar ist, weil es keine erfassten statistischen Daten dazu gibt.

Das fängt gleich mit der Überschrift und den ersten Fragen unter der Nr. 1 in Abschnitt A an, in der die Grünen wissen wollen:

„Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Einwandererfamilien leben in Niedersachsen, und wie viele von ihnen haben a) eine ausländische Staatsangehörigkeit und b) eine deutsche Staatsangehörigkeit (jeweils differenziert nach Herkunftsländern)?“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, zunächst einmal ist Ihre Wortwahl - „Einwandererfamilien“ - in diesem Zusammenhang nicht stichhaltig und statistisch auch gar nicht belegbar. Wir erfassen nur die jeweilige Staatsbürgerschaft. Sie kann sicherlich ein Herkunftsmerkmal sein, sagt aber nichts über den Wunsch der betreffenden Person über ihr künftiges Bleiben in Deutschland aus. In den entsprechenden Statistiken werden auch nichtdeutsche Staatsbürger geführt, die nur vorübergehend in Deutschland leben wollen und nach einer gewissen Zeit Deutschland wieder verlassen wollen. Mit Ihrer Wortwahl suggerieren Sie also falsche Annahmen und verlassen den Boden einer seriösen Politik.

(Ina Korter [GRÜNE]: So ein Quatsch!)

Darüber hinaus haben mich diese Fragen doch erstaunt; denn haben Sie wirklich nicht gewusst, dass eine Erfassung der ethnischen Herkunft deutscher Staatsbürger statistisch gar nicht vorgenommen wird?

(Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo übernimmt den Vorsitz)

Spätestens seit der gescheiterten Volkszählung von 1983 und dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 darf dies gar nicht mehr festgehalten werden. Dabei war es doch u. a. gerade Ihre Partei, liebe Freunde von den Grünen, die vehement gegen die Volkszählung und den ihrer Meinung nach drohenden Überwachungsstaat zu Felde gezogen ist und damals sogar noch zu einem Boykott der vom Bundesverfassungsgericht zugelassenen Fragen aufgerufen hat. Aber ich freue mich; denn nun

scheinen Sie durchaus Interesse an wichtigen Daten der Bundesbürger zu haben und werden der kommenden Volkszählung etwas aufgeschlossener gegenüberstehen.

Auf die Große Anfrage bezogen muss man feststellen: Die Grünen formulieren nicht nur die rund 100 Fragen an die Landesregierung, sie formulieren - in der Einleitung - ihrer Großen Anfrage auch schon die Antworten auf die Fragen, die sie anschließend stellen, wenngleich diese Antworten sehr pauschal ausfallen. Die Antworten sind nicht unbedingt falsch, sondern stellen die Situation der Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft in unseren Schulen im Großen und Ganzen durchaus zutreffend dar; das ist gar nicht infrage zu stellen. Sie haben mit Ihren kleinschrittigen Fragen unseren Ministerialbeamten viel Arbeitszeit abverlangt. Aber sei es drum: Wir haben mit der Antwort der Landesregierung nun eine sehr genaue Beschreibung der Lage der Kinder mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft an unseren Schulen, und wir können anhand der Antworten der Großen Anfrage auch schon erste positive Erkenntnisse über unsere gute Schulpolitik und die von dieser Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen in den letzten vier Jahren eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation gerade auch dieser Kinder gewinnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ausgehend von den PISA-Ergebnissen und anderen Erkenntnissen haben sich die Fraktionen von CDU und FDP und die Landesregierung bereits gleich nach der Regierungsübernahme dieses Problems der nicht hinreichenden Chancen von Kindern mit Migrationshintergrund an niedersächsischen Schulen angenommen. Wir haben sofort die Einsicht umgesetzt, dass für ein schulisches Gelingen aller Kinder - gerade auch der nichtdeutschen Kinder - sichere Kenntnisse der deutschen Sprache von elementarer Bedeutung für die Lernentwicklung der Kinder sind. Je früher die Kinder die deutsche Sprache beherrschen, desto besser sind die Aussichten für ihr Gelingen in der Schule.

Eine Vielzahl von Maßnahmen hat die Landesregierung in diesen vergangenen vier Jahren auf den Weg gebracht. Wir haben einiges in der Antwort gelesen und einiges vom Minister gehört. Ich will einige herausstellen. Diese Landesregierung hat die Kindertagesstätten von Anfang an dem Kultusministerium zugeordnet, also dem Bildungsbereich, und damit den Elementarbereich bildungs-

technisch sehr gestärkt. In dem dann gemeinsam mit den Kindergartenträgern entwickelten Orientierungsrahmen für Bildung und Erziehung im Elementarbereich ist die sprachliche Bildung in einem eigenen Kapitel dargestellt. Daran und an der seit dem Schuljahr 2003/2004 im Schulgesetz verankerten vorschulischen Sprachförderung sehen Sie, meine Damen und Herren, den hohen Stellenwert, den wir dieser vorschulischen Sprachförderung geben. Mit Beginn dieses gerade begonnenen Schul- und Kindergartenjahres wurde die Sprachförderung von einem halben auf ein ganzes Jahr ausgedehnt. Damit werden die bisher schon erzielten guten Ergebnisse der Sprachförderung im Kindergarten noch weiter gesteigert werden können. Noch bessere Deutschkenntnisse sowie die weitere Verbesserung der allgemeinen Schulfähigkeit und des sozialen Lernens werden den Kindern das erfolgreiche Mitarbeiten in der Schule erleichtern.

Für den schulischen Bereich gibt es für die Primarstufe und die Sekundarstufe I ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Sprachförderung, das Sie dem Erlass „Integration und Förderung von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache“ vom Juli 2005 entnehmen können. Ich nenne nur beispielhaft die Sprachlernklassen für Seiteneinsteiger ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen und die intensiven Förderkurse für Sprachanfänger. Übrigens: Wir haben 2003 umgehend die Zahl der Unterrichtsstunden in der Grundschule erhöht, auch im Fach Deutsch, und zwar zur Förderung der Sprachfähigkeit. Die Vorgängerregierung hatte dort sträflich gekürzt und wundert sich dann darüber, dass die entsprechenden Kenntnisse in der deutschen Sprache nicht vorhanden waren.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig mit diesen Verbesserungen haben wir gemeinsam mit der Landesregierung dafür Sorge getragen, dass auch die Pädagoginnen und Pädagogen in den Kindergärten und Schulen für die besondere Sprachförderung noch besser vorbereitet werden. Die Aus- und Weiterbildung dieser Fachkräfte ist mit Blick auf die Sprachförderung entsprechend entwickelt worden. Als Beispiel sei an dieser Stelle nur die Verpflichtung aller Lehramtsstudenten des Faches Deutsch genannt, die Kenntnisse des Erst- und des Zweitsprachenerwerbs nachweisen müssen.

Gerade für Deutsch als Zweitsprache hat die Landesregierung wesentliche Verbesserungen initiiert.

Zum ersten Mal wurden für Deutsch als Zweitsprache eigene Rahmenrichtlinien eingeführt. Im Dezember des vergangenen Jahres wurde eine Kooperation mit dem Goethe-Institut in München - der Minister hat das vorhin bereits angesprochen - für eine entsprechende Fortbildung mit einem sechsmonatigen Fernlehrcurs vereinbart. Daran kann man deutlich sehen: Der Zweisprachigkeit und den daraus resultierenden Chancen für Kinder mit Migrationshintergrund wird von der Landesregierung und von den beiden Regierungsfractionen ein sehr hoher Stellenwert zugebilligt. Dies wird durch den herkunftssprachlichen Unterricht in der Grundschule untermauert, der verstärkt die biculturelle Entwicklung der Kinder für ihr weiteres Leben in Deutschland fördern wird. Für dieses Ziel ist eine umfangreiche Fortbildung der herkunftssprachlichen Lehrkräfte angeschoben worden. Herkunftssprachliche Lehrkräfte sind in die zurzeit laufende Erarbeitung eines Kerncurriculums „Herkunftssprache“ einbezogen. Das ist das Erste seiner Art in Deutschland. Auch hierbei sind wir in Niedersachsen wie in vielen anderen Bildungsbereichen führend. Als Beleg nenne ich das vielleicht noch nicht so bekannte Projekt „Abschlussquote erhöhen - Berufsfähigkeit steigern“. Finanziell unterstützt von der Agentur für Arbeit, haben wir im ganzen Land Berufsstarterklassen für Schülerinnen und Schüler von Haupt- und Förderschulen eingerichtet, in denen sie von Lehrkräften und schulexternen Fachleuten eine individuelle besondere Förderung ihrer Ausbildungsfähigkeit erhalten. Besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund profitieren von diesem Projekt, genauso wie bei dem Projekt „Berufseinstiegsklassen“ an einer großen Zahl niedersächsischer Berufsschulen.

(Glocke der Präsidentin)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich ist nicht nur die Sprachförderung wichtig. Wenn wir aber die Sprachprobleme, die die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund überwiegend haben, überwinden können, dann sind wir dem Ziel der Integration einen großen Schritt näher. Um dieses Ziel aber insgesamt zu erreichen, müssen wir auch die Eltern dieser Kinder davon überzeugen, dass gute Deutschkenntnisse der Schlüssel für eine gute schulische Bildung und spätere berufliche Ausbildung sind. Der Minister hat vorhin schon einiges dazu gesagt. Auch hierbei ist die Landesregierung auf dem richtigen Weg. Die detaillierten Antworten zum Fragenkomplex in Abschnitt E können das belegen. Wir sprechen gerade im Zusammenhang mit der vorschulischen

Sprachförderung auch die Eltern an - speziell die Mütter -, die in entsprechenden Projekten sprachlich gefördert werden.

(Glocke der Präsidentin)

Man kann natürlich laut lamentieren, dass alle unsere guten Maßnahmen und Verbesserungen noch lange nicht hinreichend sind. Man kann durch Teilwahrnehmung Tatsachen schief darstellen. Man kann auch viel mehr fordern, insbesondere mehr Geld. Aber Geld ist nicht alles. Natürlich kann man kritisieren, dass in den letzten Jahren an der einen oder anderen Stelle unter Umständen bestimmte Maßnahmen und Angebote etwas zurückgefahren worden sind. Dafür sind aber andere Maßnahmen in Gang gesetzt worden. Wichtiger ist die Erkenntnis - diese hatten ja schon die Vorredner; selbst Herr Poppe hat dies zum Teil anerkennen müssen -, dass diese Landesregierung die Problematik richtig erkannt hat.

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Albrecht, Sie müssen jetzt zum Ende kommen!

Joachim Albrecht (CDU):

Sie hat sie aber nicht nur richtig erkannt, sondern sie handelt auch richtig und ist auf dem Wege, diese Probleme weiter zu lösen. Das Problem, das wir alle gemeinsam haben, ist - - -

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Albrecht, bitte kommen Sie zum Ende!

Joachim Albrecht (CDU):

- ich komme jetzt zum Ende -, dass die Wirkungen unserer Maßnahmen erst in ca. zehn Jahren konkret erfasst werden. Ich gehe davon aus, dass wir positive Ergebnisse haben werden und dass wir uns nicht auf diesen Ergebnissen ausruhen, sondern dass wir diese Schulpolitik in den nächsten Jahren weiter erfolgreich fortsetzen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Zu einer Kurzintervention hat sich die Kollegin Korter von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemeldet. Bitte schön, Frau Korter!

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz; denn ich weiß, dass es schon spät ist. Aber manches kann man einfach nicht so stehen lassen.

Herr Albrecht, Sie haben wohl die Anfrage nicht ganz oder nur den Anfang und den Schluss gelesen; denn so wenig selbstkritisch wie Sie hat sich nicht einmal Herr Busemann geäußert. Für Sie gibt es offensichtlich gar kein Problem, gar keine Schwierigkeiten mit den Bildungschancen für Migrantinnen und Migranten. Für Sie ist alles in Ordnung.

(Joachim Albrecht [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Sie haben am Anfang gesagt, wir hätten mit unserer Großen Anfrage die Antwort schon selbst gegeben. Es ist natürlich nicht so, dass man eine Große Anfrage stellt, Herr Kollege, wenn man keine Ahnung von Nix hat. Man hat vielmehr eine Vermutung, diese kleidet man in eine Hypothese, und durch die Große Anfrage wird sie verifiziert oder falsifiziert. Das sollten Sie wissen. Aber Sie haben natürlich noch nie eine Große Anfrage gestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Reinhold Coenen [CDU]: Warum stellt man sie dann überhaupt noch?)

Deswegen erkläre ich Ihnen das gerne einmal.

Wenn es nach Ihnen geht, dann wird mir um die Bildungschancen der Migrantenkinder wirklich bange. Sie finden, dass alles in Ordnung ist und schon genug gemacht wird, und meinen, die Kinder müssten sich nur mehr bemühen. Na, vielen Dank, Herr Albrecht. Wenn das Ihre Wahlaussage werden soll, dann befürchte ich wirklich, dass die Bildungschancen der Migrantenkinder bei Ihnen nicht deutlich verbessert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Gibt es den Wunsch auf Erwidern? - Herr Albrecht, bitte! Sie haben anderthalb Minuten Redezeit.

Joachim Albrecht (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Korter, Sie haben wohl nicht ganz gehört.

Erstens habe ich am Anfang gesagt, dass Sie die Probleme durchaus richtig dargestellt haben. Diese sehe ich genauso. Das ist eindeutig.

Zweitens haben Sie auch am Ende anscheinend nicht wieder richtig zugehört - offensichtlich haben Sie mir die ganze Zeit nicht zugehört -, nämlich als ich gesagt habe, wir würden uns auf dem bisher Erreichten nicht ausruhen, sondern wir würden die erfolgreiche Politik in den nächsten Jahren weiter fortsetzen. Das heißt, wir haben durchaus noch eine ganze Menge an Maßnahmen, die wir in der nächsten Zeit gerade für diesen Bereich der Schülerinnen und Schüler umsetzen wollen.

(Zustimmung bei der CDU - Jürgen Lanclée [SPD]: Werden Sie doch einmal konkret!)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Beschlüsse zur Sache werden in der Besprechung nach § 45 Abs. 5 Satz 3 unserer Geschäftsordnung nicht gefasst.

Ich stelle fest, dass die Besprechung der Großen Anfrage damit abgeschlossen ist.

Wir kommen nun zum

Tagesordnungspunkt 8:

Stärkung der Unabhängigkeit in der Justiz - Richterwahlausschüsse einrichten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4013

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Antrag ohne Beratung direkt zu überweisen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Wer der Meinung ist, dass sich der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen damit befassen sollte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es eine andere Meinung? - Das Erste war die Mehrheit. Somit wird sich der Ausschuss für Rechts-

und Verfassungsfragen mit diesem Antrag befassen.

Wir sind damit am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Ich erinnere noch an den Parlamentarischen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 18.17 Uhr.